

Die Bundestagswahl 2005

Mit einer neuen Runde
des Parteienkartells
um Machtanteile in der Deutschland AG
näher an den gesellschaftlichen Abgrund

von

Tristan Abromeit

Juli 2005

www.tristan-abromeit.de

2. Fassung vom 30. 8. 2005

(Neu: Anhang 4,
Gliederungsziffer 4.5 / 4.6.1 / 4.6.2 und 4.7
neu, ausgefüllt oder ergänzt)

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
1	Start mit Momentaufnahmen 3
1.1	In der Uni-Klinik in Greifswald 3
1.2.	Das Café in Bournemauth 5
1.3	Rückblende zum Wahlkampf 1997 8
2	Meine Argumentationsbasis 9
2.1	Wofür ich inhaltlich stehe 9
2.2	Rückblende auf die Wahl von 1997 10
2.3	Keine Angst vor der Stigmatisierung durch das Links-rechts-Schema 13
2.4	Ehrenerklärung mit Einschränkungen für die Akteure 14
2.4.1	Die Ehrenerklärung 14
2.4.2	Die Einschränkungen 15
2.5	Die Republik hat kein Organ für leise Töne 16
3	Mein Geschichtsverständnis 19
3.1	Grenzen und Nutzen der Geschichtsschreibung 19
3.2	Die Schuld der Deutschen ist größer als üblich beschrieben, aber nicht von der Schuld der anderen westlichen Völker zu trennen 19
3.3	Unsere Geschichte im 20. Jahrhundert: Wie ich sie sehe 21
3.4	Die Wirkungskette 26
4	Benennung von Problemfeldern 31
4.1	Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit 31
4.2	Institutionen ohne Vertrauenswürdigkeit: Verfassungsorgane, Parteien, Gewerkschaften, AG-Verbände, Kirchen, Hochschulen, Verfassungsschutz 35
4.3	Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung 38
4.4	Antisemitismus und Rechtsradikalismus 40
4.5	Deutschland und die Welt: Wiedergutmachung /Uno / Militäreinsätze: Rüstung als Selbsthilfe Verteidigung der Menschenrechte / Bündnisse 52
4.6	Anmerkungen zu den Begriffen: Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft und Kapitalismus 55
4.6.1	Marktwirtschaft und Kapitalismus 55
4.6.2	Soziale Marktwirtschaft 59
4.6.3	Zweimal Neoliberalismus und kath. Soziallehre / ev. Sozialethik 71
4.7	Die vernachlässigten Themen: Die Geldverfassung, das Bodenrecht, das Patentrecht, die freiheitlichen Ordnungen des Sozialen Netzes und des Bildungswesens, der Kultur und die Wirkungen der Mehrwertsteuer 79
5	Ist eine Wahlempfehlung möglich? 93
6	Anhänge
	Anhang 1: 14 Auszüge aus verwendeter Literatur zum Unterthema „Die Schuld der Deutschen“, Übersicht am Schluß von Anhang 1 = 74 S.
	Anhang 2: Helmut Creutz Kapitalismus – Was ist das eigentlich? = 13 S.
	Anhang 3: Der Hamburger Appell dazu: a) der Karlsruher Appell von Dr. Harald Wozniewski b) eine briefliche Stellungnahme von Helmut Creutz c) Lob und Tadel für die Unterzeichner des Hamburger Appells von TA = 18 S.
	Anhang 4: Anmerkungen und Textauszüge zum Thema <i>Soziale Marktwirtschaft</i> Auszüge von Erhard, Preiser und andere Autoren = 109 S.

Die Bundestagswahl 2005

Mit einer neuen Runde
des Parteienkartells
um Machtanteile in der Deutschland AG
näher an den gesellschaftlichen Abgrund

1 Start mit Momentaufnahmen

1.1 In der Uni-Klinik Greifswald

Sonntag, den 22. Mai 2005. Ich lag im Krankenbett der Uni-Klinik in Greifswald. Wir hatten den ersten Teil der Vorbereitung unseres Bootes zum Kranen abgebrochen, als ich mich von einem meiner Söhne in die Notaufnahme der Uni-Klinik bringen lassen mußte. Körperliche Erscheinungen deuteten auf Schlimmes hin.

Die Symptome verschwanden aber schnell wieder. Die Suche der Ärzte nach den Ursachen behinderte mich nicht am Gedankenaustausch mit anderen Patienten und im Nachdenken über Gott und die Welt.

Ich sprach mit drei alten Herren über ihre Einstellung zur Vereinigung von BRD und DDR. Alle drei fühlten sich betrogen. Einer war besonders verbittert. Als jugendlicher Soldat hatte er schwer verwundet als Einziger von einer Kompanie an der Ostfront überlebt. Der Dank des Vaterlandes habe darin bestanden, daß man ihm vorgehalten habe, daß er in der Nazi-Armee gedient habe. Seine Existenz, die er sich in der DDR aufgebaut hätte, sei durch die Vereinigung vernichtet worden. Die Kinder seien fortgezogen, weil sie in erreichbarer Nähe seines Dorfes keine Arbeit gefunden hätten. Die Gemeindeverwaltung würden gegen ihn und seine Frau Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Anliegerkosten einleiten, die sie nicht von ihrer Rente bezahlen könnten. Der Mensch von der Gemeindeverwaltung hätte höhnisch gesagt, sie sollten doch Ihr Haus verkaufen, wenn sie nicht zahlen könnten. Aber bei der gegebenen Lage könne er das Haus – das Einzige was ihm noch etwas Freude macht – gar nicht ohne großen Verlust verkaufen. Ihm wäre es recht, wenn die Mauer wieder hochgezogen würde. Ein junger Mann der seine Arbeit als Elektriker verloren hat und als Imker sein Glück probiert, sah sich außerstande, die Wende zu beurteilen, weil er zum Zeitpunkt der Wende erst 8 Jahre alt war.

Ich hatte mir als Reisegepäck das Taschenbuch „Die Republik von Weimar“ von Helmut Heiber, 1966, mitgenommen. Ich denke, ein Gutteil unserer heutigen gesellschaftlichen und politischen Schwierigkeiten sind in der mangelhaften Aufarbeitung der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts begründet. Im Krankbett hatte ich Zeit zum Lesen. Mit der Frage konfrontiert, ob der Krankenhausaufenthalt der Anfang vom Ende ist, stellen sich für einen politisch motivierten Menschen wie mich wie von selbst die Folgefragen ein: „Hast du, Jahrgang 1934 weniger versagt, als dein Vater, Jahr 1905?“ „Hat meine Generation weniger Schuld auf sich geladen als unsere Vätergeneration?“ Ich muß zweimal mit einem Nein antworten. Am Wollen hat es in beiden Generationen bestimmt nicht gelegen. Ich halte es nämlich für eine irige Annahme, daß eine ganze Generation das Böse will und aus kühler Überlegung tut. Aber worin ist denn das Böse, das wir zwar übersehen, aber dadurch nicht aus der Welt schaffen können, begründet?

Den Blick vom Buch hebend, sehe ich auf dem Fernsehbildschirm, der auf halber Wandhöhe montiert ist, daß die ersten Hochrechnungen von der Landtagswahl in NRW gezeigt werden. Ich nehme den Kopfhörer und erfahre bald, daß die CDU den Wahlsieg errungen hat. Ich kann ihren Jubel nach so langer Zeit in der Opposition verstehen. Aber nicht verstehen kann ich ihren Glauben, es mit der FDP etwas besser machen zu können als es die SPD mit den Bündnisgrünen es konnte. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß Schwarz-Gelb am Ende der nächsten Legislaturperiode nicht mit genauso leeren Händen dasteht als die abgewählte rot-grüne Regierung in NRW nach der ablaufenden. Die Parteienrinder (oder sind es nur Ochsen?) stehen doch alle im Augiasstall und das Volk ist noch nicht fähig, die Rolle des Herakles zu übernehmen.

Daß der erneute Stimmenverlust in einem Landtag für die Gesamt-SPD eine Niederlage ist, ist klar. Wenn der Parteivorsitzende Franz Müntefering und Bundeskanzler Gerhard Schröder an diesem Abend nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses für NRW gesagt hätten, der Kanzler und somit seine Regierung treten zurück, dann wäre das ein ehrenvoller Abgang gewesen. Kein Mensch kann von einem anderen mehr verlangen, als er leisten kann. Daß sie aber jetzt versuchen, auf einem verfassungsmäßigen fragwürdigen Weg – der dem Bundespräsidenten Horst Köhler offensichtlich Bauchschmerzen gemacht hat - die Niederlagen in einem Sieg zu verwandeln, ist kein Zeichen von politischer Weisheit und menschlicher Größe.

1.2 Das Café in Bournemouth

Unser jüngster Sohn hat einen einjährigen Bildungsgang auf einem College in Poole an der englischen Südküste absolviert. Mein Frau und ich nehmen die Rückführung zum Anlaß, am Englischen Kanal einen kurzen Urlaub zu machen. Wir genießen die englischen Gärten, die grünen Städte und die Landschaft. Ich denke wie immer, wenn ich eine Landschaft bei Sonnenschein betrachte: „Wie können Menschen überhaupt Kriege führen?“ Zeigt nicht das Hotel, der Strand und die Stadt, daß Menschen verschiedener Rassen und Völker friedlich zusammen leben können. Auch der Besuch der Freiluftübertragung des Live 8 – Konzertes aus London ¹ in Bournemouth mit vielen Besuchern verstärkt den Eindruck, daß die Vorstellung von Kriegen nur Ausdruck von bösen Phantasien sein kann. Doch der Besuch des römischen Bades in der Stadt Bath aus der Zeit der Besatzungs- oder Herrschaftszeit der Römer, die Besichtigung von Corfe Castle, eine Burg mit 1000 jähriger Geschichte, die laut Info im Jahr 1646 von den Palamentariern zur Ruine gesprengt wurde und die vielen Hinweise und Dokumentationen zu den Auseinandersetzungen im Zweiten Weltkrieg belehren einen eines Besseren. Kriege waren und sind leider noch Realität. Es folgen die Berichte über die Krawalle in Edinburgh, die am Rande der Demonstrationen gegen den G-8-Gipfel im schottischen Gleneagles stattfanden und in den Medien wie gewohnt mehr Beachtung finden als die friedlichen Demonstranten. Und dann: Die HAZ vermeldet es am 8. Juli 2005 ² wie folgt:

„London / Berlin / Hannover (p.) Eine verheerende Anschlagsserie mit 37 Toten und 700 Verletzten hat London einen tiefen Schock versetzt und Terrorängste in aller Welt ausgelöst.

...

Die Stadt feierte noch den Zuschlag für die Olympischen Spiele, als am Morgen in drei U-Bahnen und in einem Bus die Bomben explodierten. Wo sich noch am Mittwoch fremde Menschen im Freudentaumel in den Armen lagen, herrschte nur knapp 24 Stunden später Trauer und Entsetzen....“

Meine Frau und ich sitzen an diesem Mittwochmorgen in einem Café in Bournemouth. Das Handy meiner Frau klingelt. Eine Kollegin aus Belgien berichtet ihr über den Terroranschlag. „Gott sei Dank, daß mir die Konzertkarten zu teuer waren und du keine Lust auf einen Abste-

1 Das laut HAZ vom 14. 6. 05 vom irischen Popstar Bob Geldorf angeregt wurde. Und am 2. 7. vermeldet die HAZ unter dem Titel „Die Welterschütterer“ „Die Live-8-Konzerte der größten Stars sollen an diesem Sonnabend fünf Milliarden Menschen aufrütteln zum Protest gegen die Afrikapolitik der Industrienationen.“

2 Ich las es später bei der Durchsicht der in unserer Abwesenheit gesammelten Ausgaben.

cher nach London hattest, sonst wären wir vielleicht unter den Opfern.“ So war sinngemäß die Reaktion meiner Frau. Wir sind dann ins Hotel geeilt, um uns über das Fernsehen zu informieren. Der englisch Premierminister Tony Blair gab eine Erklärung ab, die sich sinngemäß mit der späteren Erklärung der Königin Elizabeth II deckt und in der Neuen Presse vom 9. Juli 2005 zu lesen war::

„...Diejenigen, die hinter diesen 'brutalen Anschlägen gegen unschuldige Menschen' stecken, sollten wissen, 'dass sie unsere Lebensweise nicht ändern werden', sagte sie gestern nach einem Besuch von Verletzten im Royal London Hospital.“

Solche Aussagen sind mehr verharrend und trotzig als hellichtig und mutig. Unsere (der Europäer) Lebensweise – die sicher viel Richtiges und Überdauerndes enthält - wird auf Gruppen, Generationen und Nationen bezogen als zu tief ungerecht empfunden. Und diese Ungerechtigkeit ist eben der Nährboden für den Terrorismus.³

„Erhard Eppler, der einstige SPD-"Querdenker" und pietistische Nervensäge zu Helmut-Schmidt-Zeiten“ (Telepolis) kann wieder klagen über die Privatisierung der Gewalt, so als wenn es sich unter der Einwirkung von staatlicher Gewalt leichter sterben ließe und private Gewalt im Sinne von Terrorismus nicht durch Unterlassungen und Fehlleistungen der Staaten verursacht würde.

Von Unterlassungen können wir hier sprechen, wenn unser Staat bzw. die Staaten die institutionell und strukturell verankerten Lebensweisen nicht entsprechend neuen Ein- und Ansichten anpassen, von Fehlleistungen, wenn die Anpassungen im Widerspruch zu übergeordneten Normen oder sachlichen Erfordernissen vorgenommen werden..

Die Änderung von Lebensweisen ist ein schwieriges Kapitel. Erstens ist die Bildung von sozialen und politischen Normen und in Folge die Anpassung der gesetzlichen Normen ein langwieriger Prozeß. Wir sehen das ja an der Menschenrechtsdiskussion, an der rechtlichen Gleichstellung Geschlechter, Schichten und Völker. Und zweitens muß sich ein so starker Veränderungsdruck aufbauen, daß die verharrenden Kräfte überwunden werden können. Die Geschichte lehrt, daß diese Neuorientierung selten ohne Gewalt vonstatten geht. Wer hier Gewaltverzicht predigt, muß pazifistische Strategien zur Durchsetzung gesellschaftliche Ände-

3 Ich wurde im Zusammenhang mit meinem hier vorliegenden Text auf die Bibelstelle aus dem Buch Hosea Kapitel 10. Vers 12 gestoßen: „**Darum säet Gerechtigkeit und erntet Liebe; pflüget Neues, weil es Zeit ist, den Herrn zu suchen, bis daß er komme und lasse regnen über euch Gerechtigkeit.**“

rungen aufzeigen, zulassen und selber auf Gewalt verzichten.⁴

Ich hatte diesmal als Reiselektüre „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ (Becksteinsche Reihe, 2004) von Max Weber im Gepäck. Wenn ich das auf dem Buchtitel veröffentlichte Bild von Max Weber anschau, dann habe ich das Gefühl, daß dem Verfasser die Erkenntnisarbeit mehr Qual als Freude bereitet hat. Es ist ja schon nachvollziehend anstrengend, sich klar zu machen, welches geistliche und geistige Ringen in der Vergangenheit das geprägt hat, was wir heute als selbstverständlich und nicht für disponibel halten. Dabei ist es doch so, daß das, was Weber als den Geist des Kapitalismus herausgearbeitet hat, auch eine Beschreibung des Umbruchs in der christlichen Ethik der Ökonomie ist. Dabei ist die alte Ethik bezüglich Zins und die wirtschaftliche Realität einerseits und bezüglich des Bodenrechts im Hinblick auf den kirchlichen, institutionellen Egoismus andererseits gescheitert. Und die neue christliche Ethik ist unklar und verlogen, weil sie die institutionellen Mängel in der Ökonomie übersehen oder gar als von der Natur gegeben ansieht. Dieser Umbruch und das dadurch entstandene ethische Vakuum besteht ja in den Kirchen als Zwiespalt weiter fort und macht ihre Hinweise auf ihre Ethikkompetenz so unglaubwürdig. Die alte und die weniger alte christliche Ethik werden in meinem Bücherregal repräsentiert durch die Autoren Johannes Kleinhappl (der zum Schweigen verdonnert wurde) und Oswald von Nell-Breuning, der lange tonangebend war. Es geht mir hier dabei nicht vordergründig um eine Bewertung der jeweiligen Ethik mit „gut“ und „böse“, sondern darum, daß uns bewußt wird bzw. bleibt, daß unsere Lebensweise nicht nur durch unsere Gene diktiert wird, sondern auch stark von den jeweils herrschenden Ideen bestimmt wird. Und Ideen haben meistens eine lange Wirkungsgeschichte, deren Kurs nicht von heute auf morgen geändert werden kann.

4 Private Gewalt unterscheidet sich von der staatlichen oft nur dadurch, daß sich die staatliche den Rahmen der Legalität verschaffen kann. Der Terrorist ist dann der illegale Gewalttäter. Wenn er aber siegreich ist, dann wird er zum Staatsmann. Die HAZ vom 1. 7. 05 vermeldet, daß mehrere US-Bürger den neuen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad als Terroristen erkannt hätten. Am 8. Juli war in der HAZ zu lesen: Papst Benedikt XVI. Sprach in Rom von „barbarischen Akten gegen die Menschlichkeit.“ ... In „National Geographic Deutschland“ vom August 2004 wird ausführlich von den Kreuzzügen, dem vom Papst Urban II. zur Ablenkung vom kirchlichen Verfall und Verschleierung seiner Machtausdehnung inszenierten Terrorismus des Abendlandes gegen das Morgenland berichtet. „Die Gräueltaten im Zeichen des Kreuzes, schreibt der libanesische Schriftsteller Armin Maalouf, würden im Orient < heute noch wie eine Schändung, wie ein Schmach empfunden werden >.“ Am 11. Juli war in der HAZ zu lesen: „Mitterand genehmigte Anschlag auf Greenpeace – Agenten versenkten 'Rainbow Warrior' in Auckland. ... Zwei französische Agenten wurden wegen der Beteiligung an dem Anschlag in Neuseeland zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach weniger als einem Jahr kamen sie jedoch auf französischen Druck frei und wurden in ihrer Heimat als Helden gefeiert. Die neuseeländische Regierung bezeichnete den Vorfall als den ersten Terroranschlag im Land.“ ...

1.3. Die Zeitungslektüre nach dem Abflug

18. Juli 2005. Der Wecker klingelte heute schon um 04.00 Uhr. Wir (unsere Kinder und ich) haben heute meine Frau zum Flughafen gebracht. Sie ist auf dem Weg zu einem weiteren beruflichen Einsatz in Korea. Globalisierung ist für unsere Familie nicht nur ein Stich- oder Schlagwort, sondern ein Teil gelebter Wirklichkeit.

Die Nachrichten vom Terroranschlag in der Türkei noch im Kopf beobachte ich von weitem die Kofferkontrollen in der Abfertigungshalle des Flughafens und denke, bald wird es wieder so weit sein wie im Krieg, wo man sich sichernd, lauschend umsah, bevor man auf die Straße oder das Feld schritt. Aber eine wirkliche Sicherheit durch polizeiliche Maßnahmen kann es beim Stand des heutigen Verkehrs nicht geben. Ich denke, so wie eine Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung und einem allgemeinen anerkannten und gelebten Normenkorsett die beste Kreditsicherung darstellt, so ist die Lokalisierung und Beseitigung der (meistens ökonomischen) Konflikte in und zwischen den Gesellschaften und die gegenseitige Wahrnehmung und Respektierung von kulturellen Unterschieden die beste Sicherheitspolitik.⁵ Leider sind die Reaktionen der Innenminister und Sicherheitspolitiker immer der Art, daß man befürchten muß, daß sie am Ende ihrer Maßnahmen eine Kennzeichnung der Bürger vornehmen wollen, wie es sich die Menschen in den Konzentrationslagern gefallen lassen mußten. Technisch möglich ist sicher bald auch ein implantierter Sender, der als Bewegungsmelder dient, so daß bei Verdacht zu jeder Zeit von jedem Menschen ein Bewegungsprofil erstellt werden kann. Die Finanz- und Wirtschaftspolitiker werden sich bei der Diskussion um die richtigen Maßnahmen einklinken und sagen. „Es genügt uns nicht, daß wir Einsichtsrecht auf alle Konten der sogenannten Bürger erhalten. Wir wollen, daß die persönlichen Identitätsnummern, die ja auch Daten zum sozialen Status enthalten sollen, mit den Kontonummern vernetzt werden, damit wir vorgeben können, wofür die Leute ihr Geld ausgeben dürfen. Erst dann bekommen wir die Konjunktur in den Griff und können soziale Sicherheit herstellen.“ Das will doch kein Politiker. Ich bin mir da nicht sicher. Es entspricht der Logik des Amtes, der Tendenz zum Perfektionismus eines Inhabers einer Rolle mit ihrem Erwartungsdruck. Ein Polizeiminister ist kein Freiheitsminister, auch wenn sein geistiger Vater eine *Philosophie der Freiheit* geschrieben hat.

Wieder zu Hause angekommen, nehme ich mir die Hannoversche Allgemeine Zeitung vor. In

5 Selbstverständlich wird dadurch beim Kredit nicht jeder Betrüger und bei solcher Sicherheitspolitik nicht jeder krankhafte Attentäter ausgeschlossen.

zwei Berichten geht es um Maßnahmen gegen die „Haßprediger“. Als erstes fällt mir wieder eine Reaktion meiner Frau auf einen Bericht vom Samstag mit folgender Schlagzeile ein: „Union will wissen, was in Moscheen gepredigt wird“. Sie sagte sinngemäß: „Was würden wir von der Union wohl hören, wenn aus China gemeldet würde, daß die dortigen Behörden die Predigten in den christlichen Gemeinschaften kontrollieren wollen?“ Auch Politiker sollten sich angewöhnen, jeden Sachverhalt von verschiedenen Seiten zu betrachten. Außerdem: Die Aufrufe zum Haß, zum Widerstand gegen vermeintliches oder tatsächliches Unrecht können in eine moderate Sprache verpackt werden. Die Zensur als Bekämpfungsmittel des bösen Wortes wird ihren Zweck nicht erfüllen, aber dafür die Meinungsfreiheit beschneiden. Die englische Regierung will jene, die den Terror verherrlichen, für lange Zeit ins Gefängnis sperren. Hat die englische Regierung ihre Beteiligung am Terror gegen Irak nicht kürzlich als notwendig und gut propagiert? Will sie sich selber einsperren?

Die HAZ vermeldet am 22. 7. 05: „Köhler löst den Bundestag auf“. Ich habe den Titel für den vorliegenden Text also nicht falsch gewählt.⁶ Die HAZ titelt in der gleichen Ausgabe auch: „Wulff sieht 'große Chance für Deutschland'“. Diese Chance hat Deutschland über die Jahrzehnte gehabt. Sie wurde nie richtig von jenen genutzt, die sich als Aktionäre der „Deutschland AG“ auführten. Es ist zu bezweifeln, daß es nach der nächsten Wahl anders wird.

2 Meine Argumentationsbasis

2.1 Wofür ich inhaltlich stehe!

Wofür ich stehe kann man unter anderem nachlesen in folgenden Texten:

Arbeitslosigkeit / Ursachen – Wirkungen - Lösungen
und eine Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung /1977

Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen. - Februar 1978

Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung
Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
Erstellt zum Programmkongress der Grünen im März 1980

6 Der erwarteten Verfassungsklage gegen die Bundestagsauflösung von MdB Werner Schulz, Jelena Hoffmann und anderen wird kein Erfolg eingeräumt. Ich halte die Klagen trotzdem für eine Ehrenrettung des Bundestages. Es macht sich in den Geschichtsbüchern von morgen gut, wenn wenigstens zwei Mitglieder gegen die Entmündigung des Bundestages gewirkt haben.

Die freie Berufsbildungs-Assoziation, 1. Mai 1982

Darauf kommt es an!

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD
für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung
für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Dezember 1989

Diese Texte und weitere sind einsehbar unter www.tristan-abromeit.de (Texte /Arbeiten)

2.2 Rückblende auf die Wahl von 1997

Im August 1997 habe ich eine Arbeit vorgelegt, die folgenden Titel trägt“

Die Feinde
der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit
beziehen
Ministergehälter und Abgeordnetendiäten
dargestellt am Beispiel der Rechtschreibreform
auf dem Hintergrund unserer Ökonomieprobleme und Demokratiedefizite

Ich bringe daraus folgende Abschnitte, die ich zur leichteren Abgrenzung zum aktuellen Text zentriert wiedergebe. Der gesamte Text von 1997 ist unter der Nr. 17 auf meiner Internetseite einsehbar.

2.2.2 Freie Gesellschaft eine Ideologie?

Gerade an den politischen Reibungsverlusten und der Kumulation gesellschaftlicher Probleme zeigt sich, daß unser Anspruch, eine freie und offene Gesellschaft zu sein, reine Ideologie ist. Wäre unsere Gesellschaft das, was sich nur als Ideologie herausgestellt hat, nämlich eine freie, dann wären die erforderlichen Anpassungsprozesse immanent. Sie würden sich sozusagen automatisch vollziehen. Man brauchte nicht zu überlegen, ob nur verlorene Kriege gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen. Es zeigt sich hier aber auch ganz deutlich, daß eine freie Gesellschaft, in der zudem Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit nicht nur Füllworte für politische und religiöse Predigten sind, sich nicht dadurch einstellt, daß man sie sich wünscht, sondern nur dadurch, daß man sie schafft. Aber vor dem Schaffen kommt die Analyse. Aber diese Analysearbeit wurde eben schon nach dem letzten verlorenen Krieg, noch bevor der zweite Schritt zur Sozialen Marktwirtschaft getan wurde, abgebrochen. Die einen wollten die (Soziale) Marktwirtschaft nicht, weil sie nur den nationalsozialistischen Staatskapitalismus in einen Privatkapitalismus transformieren wollten, und die anderen wollten die (Soziale) Marktwirtschaft nicht, weil sie sich immer noch von einer am marxistischen Zentralismus ⁷

⁷ Der marxistische Zentralismus, auch in der Form des demokratischen Zentralismus kann aufgrund seiner Theorie nur eine Variante des Staatskapitalismus hervorbringen. Er produziert, was er bekämpfen will. Diese Kennzeichnung darf aber nicht als eine generelle Abwertung von Karl Marx verstanden werden. Erstens ist das Erkennen und Gestalten auch ein dialektischer Prozeß, in dem der Irrende eine wichtige Rolle spielt, und zweitens habe ich neulich erst ein Papier in der Hand gehabt, in dem ein Zeitgenosse mit Marx argumentierend durchaus Zeitgemäßes und Richtiges sagte.

orientierten Ökonomie mehr versprochen. Herausgebildet hat sich dann ein Modell, das aus diesen beiden Strömungen abgeleitet wurde und als Sozialdemokratismus bezeichnet werden kann. Es ist ein System, das die Fehler im Fundament der Wirtschaftsordnung außer Acht läßt und die daraus folgenden gesellschaftlichen Verwerfungen durch unsystematische, willkürliche am Wahlerfolg orientierte staatliche Interventionen beseitigen will, aber gerade dadurch neue Verwerfungen programmiert und neue Interventionen erforderlich macht. Hauptträger dieses Modells - wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung - waren die CDU/CSU und die SPD, aber auch die FDP. Und obwohl dieser Sozialdemokratismus seine Untauglichkeit bewiesen hat und die verworrene Politik ein Ausdruck dieses Loslösungsprozesses ist, besteht bei den (westdeutschen) Bündnisgrünen nach anfänglicher dezentraler Zielsetzung eine starke Neigung zu dem Auslaufmodell *Sozialdemokratismus*.

Diese Loslösung von einem sich als untauglich erwiesenen Modell bedeutet aber nicht eine Hinwendung zur Marktwirtschaft. O. Lambstorff, H. Kohl, G. Schröder und auch J. Fischer stehen für die Rückkehr zum Kapitalismus, und das ist immer noch ein System von Ausbeutung von Mensch und Natur, nicht durch die „bösen“ Unternehmer, sondern durch fehlerhafte Strukturelemente, die für viel Geld, das die Ausgebeuteten zahlen müssen, von den politischen Parteien und den Nutznießern aufrecht erhalten werden.

2.2.3. In der Politik herrscht eine Systemblindheit.

Erst wenn wir erkennen:

- daß jede Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eine gesetzte Ordnung ist
(Silvio Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*),
- daß es zwischen den reinen Typen der Zentralverwaltungswirtschaft und der Verkehrswirtschaft nur Mischformen gibt
(Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*),
- daß der Weg zum Zentralismus immer ein Weg in die Knechtschaft ist
(Friedrich August Heyek, *Der Weg zur Knechtschaft*),
- daß die Alternative zum Zentralismus der Föderalismus ist
(Pierre Joseph Proudhon, dargestellt von Karl Hahn in *Föderalismus - Die demokratische Alternative*)
- daß der Mensch das Maß für die Wirtschaft ist und nicht umgekehrt
(Wilhelm Röpke, *Die Lehre von der Wirtschaft*),
- daß die Überwindung von wirtschaftlicher Drangsal in Freiheit prinzipiell möglich ist
(John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*),
- daß es heute um die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus geht
(Dieter Suhr, *Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus, monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft, / Geld ohne Mehrwert, Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten / Gleiche Freiheit - Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft*),
- daß *Der Nebel um das Geld* sich lichten muß (Bernd Senf), denn u.a.: *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie* (Gerhard Ziemer),
- daß wir erkennen müssen, daß kollektive Verdrängungen in der Ökonomie die Gesellschaft vergifteten < Erinnert sei an das Bodenrechtsproblem >
(Adolf Damaschke, *Die Bodenreform*),
- daß wir, damit die Gesellschaft nicht erstickt, *Weniger Staat* benötigen (Leopold Kohr)⁸
- wenn allgemein Verstanden wird, daß wir in der Rolle des freien Volkes oder einer anderen einschränkenden Herrschaftsform (bei vorhandener Durchsetzungsmacht) zwar die Freiheit haben, die Ordnung, die gelten soll, frei zu wählen, daß es aber nie die freie Wahl bei den

8 Es gibt sicher noch andere Autoren und Bücher, die in diesem Zusammenhang benannt werden müßten.

Ergebnissen der gewählten Ordnung gibt,
- wenn wir begreifen, daß die freie und humane Gesellschaft das Ergebnis einer Systemwahl ist, aber jedes System an Bedingungen geknüpft ist, erst dann können politische Kommentare erhellend wirken,⁹ politische Planungen Klarheit bekommen und Entscheidungen der Gesetzgeber die für die Akzeptanz erforderliche Sinnhaftigkeit und Dauer bekommen, weise Selbstbeschränkung und Gerechtigkeit ausstrahlen.

2.2.4 Die richtige Wirtschaftspolitik als Ziel

Sicher hat Lambsdorff Recht, wenn er meint, mit „Friede, Freude Eierkuchen“ könne keine richtige Wirtschaftspolitik erreicht werden. Auf dem Weg zur richtigen Wirtschaftspolitik muß vielen auf die Füße getreten werden, besonders jenen, die von den desolaten Zuständen profitieren, aber auch Lambsdorff, den Mitgliedern der Parlamente, Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Eine Ökonomie, die nicht ein Maximum von Menschen Frieden, Freude und einen vollen Bauch ermöglicht, ist einfach ein ständiger Angriff auf die Menschenrechte. Eine Volkswirtschaft, die nicht allen Menschen entsprechend ihren Begabungen und Neigungen eine Erwerbsarbeit ermöglicht, ist keine Volkswirtschaft, sondern eine verfassungswidrige Privilegenwirtschaft. Und die Mitglieder der Parlamente, der Redaktionen und gesellschaftswissenschaftlichen Institute sind für den Bestand von Frieden und Demokratie (noch) eine größere Gefahr als die Mitglieder links- und rechtsradikaler Gruppen.

2.6.7 Regierungswechsel = Fortschritt?

Mir erscheint zur Zeit der Regierungswechsel wie die Ablösung des Gespannes am oder im Göpel, das die Dreschmaschine auf der Tenne - in der widersinnig leeres Stroh gedroschen wurde, angetrieben hat. Das neue Gespann im Göpel kann keine neuen Wege gehen, es muß wie das Vorgängergespann immer im Kreise gehen. Es ist kein Fortschritt, wenn die Dreschmaschine statt mit Weizen- nun mit Roggenstroh beschickt wird.¹⁰

2.6.8 Mit Kohl schneller zur neuen Wende

Ich bin dafür, daß unser Bundeskanzler Helmut Kohl¹¹ die Gelegenheit bekommt, weiter zu

9 Ich habe im März dieses Jahres in einem Schreiben an die Redaktion der HAZ den Mangel an systemanalytischen Denken in der Berichterstattung beklagt. Ich habe damals u. a. geschrieben:

„Der Begriff „Globalisierung“ wird allgemein so gehandelt, als handle es sich um neue Tontafeln vom Berg Sinai, die nur von geheimnisvollen, noch unbekanntem Priestern, gelesen werden könnten, von deren Inhalt aber soviel bekannt geworden sei, daß wir uns Regeln einer neuen Religion zu unterwerfen hätten. Ich hätte gerne einmal in der HAZ gelesen, was „Globalisierung“ von den positiv besetzten Begriffen, Welthandel und Welttoffenheit unterscheidet.

Der Begriff „Neoliberalismus“ scheint mir, hat heute die Funktion des Begriffes „Juden“, den dieser für die Zeit, die in barbarischen Nationalsozialismus führte, gehabt hat. Es ist gut, daß ein Neoliberaler als solcher nicht so leicht zu erkennen ist, sonst müßte er auch bald ein Zeichen, wie den Judenstern tragen. Wenn die Medien nicht in der Lage sind, das gefühlte Böse und das tatsächliche, strukturell verursachte Böse den Menschen zu erklären, so wirken sie wie Saboteure der Freiheit und Humanität. Beim Begriff „Neoliberale“ ist besonders fatal, daß er sowohl für die heutigen Vertreter der Dschungelökonomie steht, wie auch für jene, die eine der geistigen Quellen (Freiburger Schule / Ordoliberalen) der Erfolgsgeschichte ausmachen, die wir unter Ludwig Erhard am Beginn unserer Republik erlebt haben.“

Ich erhielt vom Chefredakteur Dr. Wolfgang Mauersberg die Antwort: „Systemanalyse überlassen wir den Philosophen.“ Der Redaktion genügt es offensichtlich, die allgemeine Verwirrung zu spiegeln. Aufklärung ist wohl nicht ihre Sache. Es kann aber auch sein, daß wir aneinander vorbei geredet haben.

10 Das ist ein museales, aber treffendes Sprachbild. Ein Besuch z.B. im Museumsdorf Cloppenburg macht noch deutlicher, was gemeint ist. Auf dem Hof am Jadebusen, auf dem ich 1958 gearbeitet habe, gab es noch ein Göpelhaus.

11 Ohne Ironie: Ich halte Helmut Kohl für einen respektablen Menschen. Seine Tragik liegt darin, daß es ihm gelungen ist, über seine Erkenntnisgrenzen hinaus Politik zu machen.

machen. Ich persönlich habe dann die Chance die zweite, diesmal gesamtdeutsche Wende noch zu erleben, die dann die westdeutsche Nomenklatura abwickelt, hoffentlich mit zusammengestrichenen Pensionen wie bei den SED-Bonzen.

Wenn die Menschen nun gegen ihr Gefühl, daß ein Regierungswechsel nichts bringt, Grün-Rot zur Macht verhelfen, dann besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die notwendige neue Wende sich um Jahre verschiebt. Die Gefahr einer unkontrollierten Revolution oder eines Staatsstreiches wächst mit jedem Jahr.

Leider stimmt die Geschichte immer noch. Sogar die Schreibreform ist im Zeitpunkt dieser Niederschrift noch ein Medien-Thema. Nur ein paar Namen müssen ausgewechselt werden.

2.3 Keine Angst vor der Stigmatisierung durch das Links-rechts-Schema

In dem kleinen Buch von Victor de Kowa „Katechismus des gesunden Menschenverstandes“, 1949 ist vorne als Motto zu lesen:

Wir haben nicht zu unterscheiden
zwischen Ost und West, nicht
zwischen Rechts und Links, nicht
zwischen Rot und Schwarz, sondern
wir haben nur zu unterscheiden
zwischen Gut und Böse!

Die Gründer der grünen Partei haben sich 1980 damit beholfen, daß sie sagten, wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, wir sind vorne. Die Schwierigkeit besteht darin, in der Politik zu erkennen, was gut und böse, was vorne ist. Beim Militär ist auf dem Rückmarsch vorne die entgegengesetzte Richtung wie auf dem Vormarsch.

Wer eine parteipolitische Brille trägt, weiß in der Regel, was gut und böse ist und wer die Repräsentanten des Fort- und Rückschrittes sind. Ich selber neige dazu, der politischen Mitte die Hauptschuld daran zuzuschreiben, wenn in dieser Welt mit linken oder rechten Parolen oder Welterlösungsprogrammen Menschen eingesperrt, ausgesperrt und ermordet wurden und werden. Die politische Mitte neigt nämlich dazu, gesellschaftliche Widersprüche, Probleme solange mit „faulen“ Kompromissen zu verdecken und zu vertuschen, bis der entstehende Überdruck sich gewaltsam ein Ventil sucht.

Wer sich ernsthaft Gedanken um unsere nationale und Welt-Gesellschaft macht, hat die Schwierigkeit das Wollen und Tun der Akteure mit eindeutigen Begriffen zu belegen. Was und wer ist progressiv oder konservativ. Wer oder was ist links, recht oder mittig? Gibt es

überhaupt Personen oder Personengruppen, die nur linke, rechte oder mittige Positionen vertreten - soweit diese benennbar sind? Hat das Morden mit rechten, rassistisch motivierten Einstellungen größeres Gewicht als das Morden mit linken, ideologisch motivierten Einstellungen? Ich denke, daß die Zeitgenossen, die man allgemein zur Intelligenz zählt, unter dem unmittelbaren Eindruck der schrecklichen Hinterlassenschaft des nationalsozialistischen Regimes fehlsichtig wurden und diese Fehlsichtigkeit dann an die nachfolgende Generation weitergereicht haben.

Wer sich fortan vom Stigma des bösen Deutschen befreien wollte oder eine politische Karriere anstrebte, mußte sich zu der zur Religion gewordenen absoluten, unendlich großen und alleinigen Schuld der Deutschen bekennen. Dieses war soweit nützlich, wie es ermöglicht hat, den Hunger und das Elend im Nachkriegsdeutschland ohne all zu große Reibungsverluste zu überwinden. Die grausigen Fehlleistungen der Deutschen hat diese Religion aber nicht erklärt, die Welt wurde dadurch nicht besser und neue Schuld wurde auch nicht vermieden. Es hat aber dazu geführt, daß die Antifakeule als politisches Instrument entwickelt werden konnte. Und das Böse in Politik der Nachkriegszeit und der Gegenwart kann man ja nicht mehr zugeben, denn es hatte ja seinen gedanklichen Ort in der Nazi-Vergangenheit gefunden.

2.4 Ehrenerklärung mit Einschränkungen für die Akteure

2.4.1 Die Ehrenerklärung

Aus der Sicht der Wähler gibt es sicher zu häufig Anlaß zu Klagen über vermeindliche oder tatsächlich Mängel in Bezug auf den Charakter oder der Kompetenz der politisch aktiven Bürgerinnen und Bürger, die Politiker oder Politikerinnen genannt werden, wenn ihre politische Arbeit zum Beruf wird. Die Regierungsform der Demokratie ist aber kein Versprechen, daß nur fehlerfreie Menschen die öffentliche Sache vertreten. Aber das Verfahren zur Selektion der Volksvertreter sollte schon so angelegt sein, daß es zu einer Optimierung der Auswahl führt. Das sehe ich nicht als gegeben an. Der Wille zur Macht und zur Beherrschung der Bürger scheint mir ausgeprägter zu sein als der Wille, dem Bürger selbstbestimmte Gestaltungsfreiheit zu erwirken.

Bei den Mitgliedern der Parteien ist es wohl so, daß zu häufig die aufgesetzte Parteibrille

nicht die Sehnsüchte für das gemeinsame Gute oder Böse erhöht, sondern die normale politische Fehlsichtigkeit aufgrund der Nähe zum Konkurrenten noch verstärkt. Es kommt leider zu leicht dazu, daß eigene Denken und Tun dadurch auf- oder überzubewerten, indem dasjenige der Mitglieder der Konkurrenzparteien abgewertet wird. Dazu gibt es objektiv keinen Grund, das beweist sich spätestens dann, wenn mit Abgeordneteninnen und Abgeordneten, die vorher abgewerteten Konkurrenzparteien angehören, eine Koalition gebildet wird. Die Volksverderber von gestern sind dann plötzlich die Retter der Nation. Nach meinem Dafürhalten kann aber ein großer Teil der Mitgliedschaft der politischen Partei beliebig ausgewechselt werden. Manche Mitglieder würden es gar nicht merken, wenn es die äußerliche Symbolik nicht gäbe.

Parteispendenaffäre, Bestechungen, unerlaubte Nebeneinkünfte, Rotlicht-Beziehungen und was es noch gibt, sind kein Grund die Politiker insgesamt zu verdammen. Gerade wenn man eine harte Kritik vortragen will oder muß, gilt das christliche Liebesgebot, besonders für Menschen, die man als Feinde betrachtet. Schwieriger scheint mir zu sein, die eigenen ParteifreundInnen zu lieben. Das liegt wohl an der gemeinsam erlebten Parteigeschichte, die im Regelfall eine Geschichte der Reibungen ist. Ich habe jedenfalls keine Mühe, die Bürgerinnen und Bürger, die man im engeren oder weiteren Sinn zur Politikerkaste zählen kann, mit freundlichen Augen zu sehen und Humorvolles, was über sie berichtet wird, mit meinen Ohren aufzunehmen.

2.4.2 Die Einschränkung

Wenn ich die Politik bei uns kritisiere, dann kritisiere ich mich auch selbst, denn ich bin seit 1967 nacheinander als Mitglied drei verschiedener Parteien dabei. Ich weiß auch, daß mich meine eigene Haltung und Zielsetzung – wenn man sie sich zeit- oder ortsversetzt in den Nationalsozialismus oder in die SBZ und späteren DDR denkt – mich wie verstorbene Freunde ins KZ, nach Sibirien oder Bautzen gebracht hätte. Trotzdem kann meine bzw. unsere Kritikbasis nicht der höhere Freiheits- und Wohlstandsgrad sein, den wir seit der Gründung der BRD erreicht haben, sondern die Kritikbasis muß jene sein, die in der Idee von einer demokratischen und freien Republik und in der Idee von einer in sich sozialen Marktwirtschaft angelegt ist und das Volumen an Leid in dieser Welt das ein politisch wacher Geist hätte verhindern können. Die meist nicht freiwillig übernommene Blindheit der Akteure, die sich

bis hin zur böswilliger Ignoranz ausgebreitet hat, läßt sich nicht auf einer Kuhhaut beschreiben.

2.5 Unsere Republik hat kein Organ für leise Töne

Mich regt schon wieder auf, daß ich so stark auftragen muß, um überhaupt eine Chance zu haben, gehört zu werden. Noch schlimmer: Mich erbot, daß ich mich aufblähen muß, um Selbstverständlichkeiten unter das Volk zu bringen. Dies Schreiben macht mir keine Freude. Ich würde lieber mit dem einen Enkel ein Baumhaus zimmern und mit einem anderen ein Kajak bauen. Aber die Enkel haben keine Zukunft, wenn die Einsichtsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht gesteigert und die Orientierungslosigkeit der Politik nicht überwunden wird. Also worauf reagieren noch unsere politischen Debattenredner und Parlamentarier? Auf Stichworte, die die Sprachregelungen über die Nazizeit in Frage stellen. Warum? Weil dort – wie ich schon sagte - die Schuld der Gegenwart versteckt wurde. Erinnern wir uns an den „Fall Martin Hohmann“, das heißt an die abweichende Meinung eines Abgeordneten. Was für ein Gezeter in Folge. Ich habe den Vorgang in nachfolgend benannten Text verarbeitet: „Ich bin ein Täter! Du bist ein Täter! Wir sind alle ohne Wahlfreiheit Mitglieder eines Volkes von Tätern!“ Der Text ist unter der Nr. 29 auf meiner Internetseite zugänglich. Welch eine Aufregung auch bei der Union über den SPD-Abgeordneten Ludwig Stiegler bei seinem Vergleich von programmatischen Aussagen der CDU zur Arbeit mit der NS-Propaganda. Die Vorgänge zeigen, daß die verblichenen Nazis heute dadurch noch über uns herrschen, daß ihr Sprachmißbrauch indirekt bestimmt, was wir sagen dürfen. Ich wäre als SPD-Mitglied in der Sache aber zurückhaltender gewesen, weil SPD-Mitglieder nicht nur Opfer waren, sondern auch ungewollt, aber nachhaltig Förderer der NSDAP. Ich komme darauf zurück.

Ich weiß aus eigener Erfahrung wie es schmerzt, bei unserer Nazi-Geschichte und deren problematischen Aufarbeitung als Nazi oder Faschist beschimpft zu werden. Als Schuljunge wurde ich als Nazi beschimpft, nur weil ich einer konfessionellen Minderheit angehörte. Ich wußte damals noch nicht, daß meine Mutter und ich unmittelbar nach meiner Geburt an verschiedenen Orten vor den staatlichen Terroristen in brauner Uniform versteckt wurden. Als ich Anfang der 80er Jahre das älteste Mitglied der GRÜNEN berechtigt gegen Faschismusvorwürfe verteidigte, sollte ich wegen Verharmlosung des Nationalsozialismus aus der Partei

ausgeschlossen werden. Ich habe damals gesagt, die Grünen sollten aufpassen, daß sie später Besseres vorzuweisen hätten als die NSDAP. Nun, die Schlußbilanz ist noch nicht geschrieben. Für mich war das Parteiausschlußverfahren eine große Kränkung.¹² Nicht nur, daß ich mich in den 50er Jahren eine pazifistische Haltung erarbeitet hatte, mein Boot nach Gandhi „Mahatma“ benannt hatte, damals schon für die Durchlässigkeit des eisernen Vorhanges wirkte, mich früh an linken Idealen orientiert, so daß ich meine damals einzige (späte) Bildungschance, die Lehre in einer Genossenschaftsbank, nicht wahrgenommen hätte, wenn ich nicht überzeugt gewesen wäre, daß eine Genossenschaft etwas in Richtung Sozialismus sei.

Also im vollen Bewußtsein der Bewertungsproblematik unserer Geschichte und in Kenntnis der Wirkungen des Verdachts auf den Einzelnen, Vertreter des Bösen zu sein, sage ich als Einschränkung der Ehrenerklärung der politisch Aktiven: Ich und Du, unsere Generation, die in die Nazizeit hinein geboren wurde und mehr oder weniger alle respektablen Personen gelten, haben im Verbund mit der ganzen weißen Rasse passiv oder aktiv (indirekt) mehr gemordet als unsere Elterngeneration unter und mit der Herrschaft der Nationalsozialisten. Unsere Mordwaffe war nicht das Gas, sondern die ökonomische Ignoranz. Die Orte des Sterbens waren und sind im heutigen Zeitalter der Massen-Medien zumindest genauso sichtbar wie die Konzentrationslager in der NS-Zeit. Ich gründe dieses Urteil auf die Erkenntnis, daß das Morden in Folge von Kriegen und durch den Hunger in der Hauptsache seine Ursache in einer westlichen, fehlerhaften Ökonomie hat. Das Wissen um eine Ökonomie, die einen allgemeinen Frieden und Wohlstand für alle ermöglicht hätte, wurde von den Kasten der Politiker, Gesellschaftswissenschaftlern und Fachjournalisten nicht zur Kenntnis genommen oder gar abgeblockt, so daß es nicht weitervermittelt und angewendet werden konnte.

„Mehr als 850 Millionen Menschen hungern weltweit - Tendenz steigend. Pro Jahr sterben 30 Millionen von ihnen, ganz ohne Katastrophen wie kürzlich in Südasien. Die Berichterstattung darüber tut sich dennoch schwer, berichtet die Frankfurter Rundschau.“ (www.inwo.de)

¹² Journalisten und Redakteure glauben anscheinend, daß das Nachplappern und Unterstellen schon die eigene Recherche ersetzt. Unter dem Titel „Opfer des Boulevard: Wie Menschen durch gnadenlosen Journalismus zerstört werden“ hat Report Mainz am 18. 7. 05 das Thema zum Beitrag seiner Sendung gemacht.

Jean Ziegler
in
Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, 2002

3. Die Zerstörung der Menschen

Demografen veranschlagen die durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen Verluste folgendermaßen: 16 bis 18 Millionen Männer und Frauen fielen im Kampf; Dutzende Millionen von Kombattanten wurden verletzt und teilweise verstümmelt.

Wie viele Zivilisten wurden getötet? 50 bis 55 Millionen. Die Zahl der verwundeten Zivilisten beziffern die Demografen auf mehrere hundert Millionen. Und etwa 12 bis 13 Millionen Geburten unterblieben infolge des Krieges. Diese Zahlen berücksichtigen nicht die Verhältnisse in China, für die statistische Angaben fehlen. Was ist heute aus der neuen, vom Nationalsozialismus befreiten Welt geworden, dieser Erde der Gerechtigkeit, der Sicherheit und der Würde, welche die Sieger von 1945 gewollt haben?

Nach Zahlenangaben, welche die Sonderorganisationen der UN veröffentlichten, belief sich die Zahl der in den 122 Ländern der Dritten Welt durch wirtschaftliche Unterentwicklung und extreme Armut verursachten Todesfälle im Jahr 2001 auf etwas über 58 Millionen. Von schwerer und dauerhafter Invalidität aus Mangel an Einkünften, Nahrung und Trinkwasser sowie durch den fehlenden Zugang zu Medikamenten sind mehr als eine Milliarde Menschen betroffen.

Anders gesagt: Hunger, Seuchen, Durst und armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gang.(103 ff.)

Es besteht ja nun das Problem der Zurechenbarkeit. Wie viel Opfer hat jede westliche Nation verursacht, wieviel jedes Parteimitglied, wieviel jeder Parlamentarier. Aber so wie in der Vergangenheit mit der Veröffentlichung von Mitgliederlisten der NSDAP bewiesen werden sollte, daß es nicht nur einige Täter gegeben hat, sondern daß eine große Zahl von Deutschen die Greuel der Nazis zu verantworten hatten, so werden von uns heutigen Parteimitgliedern irgendwann auch Mitgliederlisten veröffentlicht werden, um unsere Mitschuld am heutigen Elend und Sterben zu beweisen.

Im Anhang gebe ich eine Liste von Professoren wieder, die den „Hamburger Appell“ unter-

schrieben haben. Sie haben somit für sich selbst als Mitglieder einer andere Verantwortungsgruppe ganz freiwillig schon für diesen späteren Fall der Benennung der Schuldigen – ohne es zu wollen - Vorarbeitet geleistet.

3 Mein Geschichtsverständnis

3.1 Grenzen und Nutzen der Geschichtsschreibung

Die Geschichtsschreibung ist nach meinem Verständnis keine Reproduktion realer Abläufe – was sie schon aus der notwendigen Verdichtung von Zeiträumen nicht sein kann – sondern die Kunst dem Schreiber / Forscher wesentlich erscheinende Fakten und Vorgänge wertend und zusammenfassend zu beschreiben. Diese wertende Beschreibung kann der sachlichen Wahrheit, einer Ideologie oder einem Auftraggeber verpflichtet sein. Die Beschreibungen von Kriegen sind daher bei den Siegern und den Verlierern nicht identisch. Sie gleichen sich vielleicht im Einzelfall aus opportunistischen Gründen an – zum Beispiel um die Motivation für eine gemeinsame Armee zur Abwehr eines neuen gemeinsamen Feindes zu fördern.

Da die Geschichte im Regelfall mehr- und selten eindeutig ist, dürfte es auch in einer freien Gesellschaft kein staatlich verordnetes Geschichtsbild geben. Selbst die Leugnung von allgemein anerkannten Tatbeständen, wie der Holocaust, dürfte nicht zu einem Straftatbestand gemacht werden, weil eine solche strafrechtliche Norm das hohe verfassungsrechtliche Gut der Lehr- und Meinungsfreiheit wenn nicht aufhebt, so doch einschränkt.

Die Geschichtsschreibung und -deutung ist im schlimmsten Fall ein Instrument der politischen Manipulierung und Unterwerfung und im besten Fall eine Hilfe, die Gegenwart besser zu verstehen und die Zukunft besser gestalten zu können.

3.2 Die Schuld der Deutschen ist größer als üblich beschrieben, aber nicht von der Schuld der anderen westlichen Völker zu trennen

Wenn wir Deutschen in der eigenen geschichtlichen Schuldzuweisung bescheiden sind, denken wir nur an den Holocaust, wenn wir besonders „ehrlich“ sind, dann räumen wir ein, daß wir auch die Schuld an dem 1. und 2. Weltkrieg haben. In depressiven Stimmungen steigern

wir uns in unserem Schuldgefühl und erklären uns auch schuldig für alle sonstigen Übel dieser Welt. Wir sollten die Geschichte daraufhin durchsehen, ob es nicht noch Steigerungsmöglichkeiten für unser Schuldgefühle gibt. Wir könnten zum Beispiel unseren Anteil an dem Morden der Westeuropäer in den Kreuzzügen – das schon im Inland bei den Juden eingeübt wurde – einbeziehen. Da wir ein gutes Drittel der Einwanderer in Amerika gestellt haben, müssen wir uns unsere Quote an der Ausrottung der Indianischen Völker und an die Versklavung von Schwarzafrikanern und das kriegerische Morden der USA nach 1945 auch anrechnen lassen. An der kolonialen Unterwerfung der schwarzafrikanischen Völker haben wir auch unseren Anteil. An der Ermordung von Massen des Armenischen Volkes durch die Türken sind wir auch nicht schuldlos.

„Ohne die stillschweigende Unterstützung der kaiserlichen Regierung in Berlin hätten Istanbuls Herren diese entsetzliche Mordkampagne nie ausführen können, so sehr es auch Lepsius und viele deutsche Zeugen ehrt, daß sie alles in ihrer Kraft Stehende versuchten, dem Morden Einhalt zu gebieten. Aber die Machthaber in Berlin schwiegen und ließen es zu, daß eine Million Erschlagener, Erschossener und Verhungertes mehr auf ihr Schuldkonto eingetragen wurden.“ ... „Drei Jahrtausende Armenien“ von Burchard Brentjes, 1984, S. 9

Auch unseren Anteil an das Morden in Rußland, der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Ländern dürfen wir nicht übersehen, denn erstens wurden die dortigen Mörder von den Ideen eines Deutschen, von Karl Marx, beflügelt¹³ und zweitens hat die damalige deutsche Staatsmacht aus ganz egoistischen Gründen die Revolutionäre durch Deutschland geschleust und gefördert. Das interne russische Morden war das Wunschprogramm der deutschen Regierung.

„Deutschlands Hebammenrolle bei der Geburt des bolschewistischen Russland beschränkte sich nicht auf die Bereitstellung eines Sonderzuges durch Deutschland für Lenin und einige andere führende Revolutionäre. Deutschland hat außerdem die bolschewistische Parteiarbeit in Russland im Sommer und Herbst 1917, die die Oktoberrevolution erst möglich machte, finanziert. Und es hat dem bolschewistischen Regime im Sommer 1918, in der ersten und größten Krise seiner noch ungefestigten Herrschaft, wahrscheinlich das Leben gerettet - mindestens entscheidende Rückendeck-

13 Ich selber traue mir kein Urteil darüber zu, in wieweit Marx selbst für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden kann. Man müßte in jedem Fall die Auseinandersetzungen zwischen den Staatssozialisten und den anarchistischen Sozialisten (Marx – Proudhon) berücksichtigen. Generell halte ich es für problematisch, Denker für die Folgen ihres Denkens haftbar zu machen, weil es das Ende des Denkens bedeuten würde. Jeder neue Gedanke wäre dann eine Bedrohung. Ich ordne die Haftung für den neuen Gedanken dem Handelnden zu, denn dieser muß die Folgen der Umsetzung eines Gedankens abwägen.

kung gewährt. Auch war diese ganze Zusammenarbeit, mit all ihrer haarsträubenden Problematik auf beiden Seiten, keine Improvisation des Augenblicks. Ihre Wurzeln reichen bis ins erste Kriegsjahr zurück.“

Sebastian Haffner in
„Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches
im Ersten Weltkrieg“, 2001, S. 84 ff.

Die dann einsetzende Schuld unter dem Nationalsozialismus und der Versuch der Wiedergutmachung gegenüber den Juden durch die BRD hat dann die Folgeschuld gegenüber den Palästinensern erzeugt, denn ohne den Verfolgungsdruck auf die Juden durch die Nazis und ohne die Zahlungen der BRD an Israel wäre der Staat Israel in der heutigen Form wohl nicht entstanden.

Aber außer der Schuld des Mordens in der Dritten Welt durch die Stützung einer falschen Ökonomie muß ja auch noch die Schuld erwähnt werden, die die deutsche Ökonomie- und Politikberatung gegenüber den ehemaligen „sozialistischen“ Ländern auf sich geladen hat. Die Millionen Opfer des kommunistischen Experimentes wurden von uns durch unsere Blindheit nochmals totgeschlagen – einfach verhöhnt.

3.3 Unsere Geschichte im 20. Jahrhundert - wie ich sie sehe.

Zur Demokratie gehört auch, daß sich die Bürger zum Ablauf der Geschichte ihr eigenes Bild machen und nicht vorschreiben lassen, wie die zurückliegende Zeit zu betrachten ist. Ich habe den Vorteil, daß sich noch eigene Wahrnehmungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit in meinem Gedächtnis gespeichert haben. Diese eigene Erinnerung – die sicher nicht immer zuverlässig ist – in Beziehung gesetzt zu den Aussagen in der Literatur, die ich im Laufe der Zeit durchgesehen habe, erlauben mir ein eigenes Urteil. Ich kann natürlich für mein Urteil genauso wenig eine Allgemeingültigkeit beanspruchen wie andere, aber vielleicht regen sie an, geschichtliche Festlegungen zu überprüfen.

So wichtig und richtig es nach der eigenen Schuld als Person oder Nation zu fragen, so wichtig ist es auch nach den Rahmenbedingungen zu forschen, innerhalb derer die Schuld ge-

tätigt wurde. Außerdem ist es notwendig, die eigene Schuld in ein Verhältnis zu setzen zu der Schuld anderer. Dieser Vorgang ist keine Verharmlosung, sondern die Möglichkeit, ein Maß zu finden. Eine unendlich große Schuld ist nicht begreifbar, sie macht depressiv oder führt zur Leugnung der Schuld überhaupt und provoziert Rebellion.

Wenn wir heute die guten Deutschen sind, dann können ohne Mutation, ohne feststellbare genetische Veränderung die Deutschen von gestern nicht die in der Wolle gefärbten Bösen gewesen sein.¹⁴ Erfreulicherweise gibt es unterschiedliche kulturelle Prägungen der Menschen in den verschiedenen Gesellschaften. Die Unterschiede sind aber nicht so groß, daß die Menschen in gleicher politischer und sozialer Lage total unterschiedlich reagieren, besonders dann nicht, wenn sie organisatorisch und arbeitsteilig auf den gleichen Entwicklungsstand sind. Was den Juden in Deutschland passiert ist, hätte ihnen auch mit einer anderen fixen Idee als Begründung in einem anderen Industriestaat passieren können. Untersuchungen über das Umkippen der lebensnotwendigen konstruktiven Aggression nach entsprechender Manipulation der Experimentier-Gruppen in eine lebensfeindliche in den USA werden unter Verschuß gehalten, weil nach politischer Definition nur die Deutschen dazu fähig sind.

„Doch die klassischen Erinnerungen an die Konzentrationslager der Nazis stimmen mit der Aussage der Auschwitz-Überlebenden Dr. Ella Lingens-Reiner überein: 'Es gab nur wenige Sadisten. Nicht mehr als fünf bis zehn Prozent.'“

So heißt es bei Norman G. Finkelstein in „Die Holocaust-Industrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“, 2001, S. 65. Wir müssen uns klar machen, daß die Menschen in den Industrieländern, die darauf dressiert sind, ohne Rücksicht auf eigene Gefühle und Befindlichkeiten Autos oder Panzer zu produzieren, Aktenberge abzuarbeiten oder Strafzettel zu verteilen, sehr leicht in die Lage kommen können, andere Menschen serienmäßig zu töten, wenn ihnen das mit dem nötigen Druck und an Pflicht und Treue anknüpfenden Begründungsapparat abverlangt wird.¹⁵ Es ist egal ob dies in Deutschland, den USA oder in China geschieht. Die formale Benennung eines Staates als demokratisch ist da kein Schutzwall. Der wichtigste Schutz gegen destruktive Aggressionen, die sich in der Regel gegen Minderheiten mit besonderen Kennzeichen austoben, scheint mir zu sein, daß die Menschen weder kulturell

¹⁴ Ich habe schon zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten jeweils mit je einem KZ-Täter und einem KZ-Opfer unter einem Dach gewohnt. Der Täter wurde gehängt. Das Opfer starb an den Folgen der Leiden, die er sich im Krieg und KZ zugezogen hatte. Wenn mir nicht nachträglich Ausschnitte aus den Biographien dieser beiden Männer bekannt geworden wären, könnte ich heute noch nicht die auf diese beiden Menschen bezogene Frage der Klassifizierung nach gut und böse vornehmen. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, waren Täter und Opfer beide im KZ Esterwegen. Dies führt mich in Gedanken zu den Anmerkungen zu Carl von Ossietzky, die ich bei Carl J. Burckhardt gelesen habe und unter „Auszüge“ wiedergebe, zurück.

¹⁵ Siehe dazu auch die Textauszüge 3 und 4, Auszüge aus „Die Ordnungen des Terrors / Das Konzentrationslager“ von Wolfgang Sofsky und „Der vormundschaftliche Staat“ von Rolf Henrich.

entwurzelt noch sozial bedroht werden. Eine Schutzfunktion hat auch die individuelle Selbstachtung, die nicht systematisch zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit oder eine vom individuellen Leistungsvermögen abgekoppelten Einkommensverteilung zerstört wird. Die Toleranz gegenüber anders Denkende und Seiende ist dann am größten, wenn der eigene Magen nicht knurren muß und die eigenen vier Wände sicher sind und genügend Nestwärme geben. An all diesem hat es den Deutschen in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gefehlt. Sicher hat es bei uns eine Überbetonung des Nationalen und des Militärischen gegeben. Aber nur bei den Deutschen?

„DIE ABKEHR VON BISMARCK

Der erste der großen Fehler, die Deutschland gemacht hat, war, den Ersten Weltkrieg überhaupt zu verursachen. Das hat es nämlich getan.

Mit »Kriegsschuld« hat das nichts zu tun. Von »Kriegsschuld« zu sprechen, war nach dem Ersten Weltkrieg aufseiten der Sieger Scheinheiligkeit und Heuchelei. Schuld setzt ein Verbrechen voraus, und Krieg war damals kein Verbrechen. Er war im Europa von 1914 noch eine legitime Einrichtung, durchaus ehrenhaft und sogar ruhmvoll. Er war auch nicht etwa unpopulär. Gerade der von 1914 war es nirgends. Gejubelt wurde im August 1914 nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Russland, Frankreich und England. Die Völker fühlten damals alle, dass ein Krieg wieder einmal fällig war, und begrüßten alle seinen Ausbruch mit einem Gefühl der Befreiung. Aber dass er fällig geworden war, lag an Deutschland.

Der große Bruch zwischen Frieden und Vorkrieg hatte um die Jahrhundertwende stattgefunden. Und was sich damals geändert hatte, war die deutsche Politik. Sonst nichts.

...

Jede Sünde beginnt als Gedankensünde, und jeder Fehler beginnt als Denkfehler. Auch dieser. Ehe die deutsche Politik sich änderte, änderte sich das deutsche Denken. Man fühlte sich nicht mehr als saturierter Staat. Man fühlte sich unbefriedigt, zu kurz gekommen; zugleich spürte man seine wachsende Kraft. Der Gedanke des »Durchbruchs«, der »Weltpolitik« und einer »deutschen Sendung« erfasste Deutschland: eine Stimmung des Aufbruchs und Ausbruchs. Das drückte sich zuerst in

Büchern und Zeitungsartikeln, Universitätsvorlesungen, Manifesten und Vereinsgründungen aus, dann auch in politischen Entschlüssen und diplomatischen Aktionen. Etwa seit dem letzten Jahrfünft des 19. Jahrhunderts spielte das ganze deutsche Orchester plötzlich ein neues Stück.

Das Friedenssystem des 19. Jahrhunderts kann man in einem Satz zusammenfassen: In Europa herrschte Gleichgewicht, und außerhalb Europas herrschte England. Bismarck hatte dieses System nie umstürzen wollen; er hatte nur ein einiges und mächtiges Deutsches Reich in dieses System einfügen wollen, und das war ihm geglückt. Seine Nachfolger wollten das System umstürzen und durch ein anderes ersetzen. In Zukunft sollte es heißen: Außerhalb Europas herrscht Gleichgewicht, und in Europa herrscht Deutschland.

Auf dem Kontinent sollte Deutschland nicht mehr einer unter Gleichen sein, sondern Führungs- und Ordnungsmacht. Auf den Weltmeeren aber und in der überseeischen Welt sollte England nicht mehr Hegemonialmacht sein, sondern nur noch einer unter Gleichen. Das alte europäische Gleichgewichtssystem - so die Theorie, die von den besten akademischen und publizistischen Köpfen des damaligen Deutschland seit den späten neunziger Jahren in immer neuen Variationen bestechend vorgetragen wurde - musste jetzt, im Zeitalter des Imperialismus, zu einem Weltgleichgewichtssystem ausgeweitet werden, und dieses neue Weltgleichgewicht musste England abgerungen werden, so wie vor Jahrhunderten das europäische Gleichgewicht früheren kolonialen Führungsmächten - Spanien, Frankreich - abgerungen worden war. »Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir wollen auch einen Platz an der Sonne« - und zwar nicht nur, wie bisher, von Englands Gnaden. Daher die große Kriegsflotte, die Deutschland nun plötzlich nötig zu haben glaubte und zu bauen anfang. »Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.«

Sebastina Haffner a.a.O. S. 11 u. 14 ff.

Aus der Sicht eines verantwortlich, politisch Handelnden sah es so aus:

„Die Verzweiflung, welche alle Deutschen mit voller Staatsgesinnung erfaßt hat, als unser für unbesiegbar gehaltenes Reich zusammen-

brach, hat auch den Glauben an uns selbst und an die Folgerichtigkeit unsrer geschichtlichen Entwicklung zum Reich in Vielen vernichtet. Deshalb erschien es mir als Pflicht, meine Erinnerungen niederzuschreiben, weil ich den Nachweis bringen kann, daß unser altes Staatsgebäude nicht morsch und veraltet war, sondern für jede Fortbildung die Fähigkeit besaß; daß ferner die politische Legende, eine rücksichtslose Autokratie und eine kriegslüsterne Militärkaste hätten diesen Krieg entfesselt, der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Im Besonderen hat der Kaiser den Krieg nicht gewollt, er war vielmehr mit seinen besten Kräften bemüht, ihn zu verhindern, nachdem er die Gefahr erkannt hatte.

Wenn die Geschichte gerecht ist und durch Legendenbildung nicht zu sehr gefälscht wird, so dürfte sie erweisen, daß das weitaus größte Maß von Verantwortung an diesem Krieg auf Seiten unserer Feinde liegt.

Nach dem Straßenrecht auf See wird bei Zusammenstößen dem die Schuld beigemessen, der die Gefahr der Lage erzeugt hat, nicht aber dem, welcher im letzten Augenblick durch unrichtige Beurteilung einen Fehler beim Ausweichen beging. Unser Unglück ist aber nicht aus Schaffung von Macht entsprungen, sondern aus der Schwäche, die sich auf denken Gebrauch der Macht nicht verstand, weder zur Friedensbewahrung noch zum Friedensschließen, sowie aus der Täuschung über unsere Gegner, über die Natur ihrer Kriegsziele und Kriegführung und über das Wesen des Wirtschaftskriegs.“

„Erinnerungen“ von Alfred von Tirpitz, 1919, Aus dem Vorwort

Hier ist mir das Bekenntnis von Tirpitz wichtig, daß man das Wesen des Wirtschaftskrieges nicht verstand. Versteht man heute das Wesen des Wirtschaftskrieges, der zum Teil andere Formen angenommen hat, besser? Ich fürchte nein. Die Ökonomieprofessoren, die den erwähnten Hamburger Appell unteschrieben haben, geben das jedenfalls nicht zu erkennen. Karl Walker, der einen Menschen für die Ökonomie als verloren ansah, wenn er an einer Hochschule Ökonomie studierte, hat die Zusammenhänge, die zu Wirtschaftskriegen führen, vielfach beschrieben, zum Beispiel in der vor mir liegenden Schrift „Überwindung des Imperialismus“ vom Dezember 1946. Es geht im wesentlichen um das Rentabilitätsdiktat des Kapitals und die Versorgung mit einem funktionsgerechten Geld in erforderlichem Umfang. Besonders das letzte war vor dem 1. Weltkrieg nicht gegeben. Die Mehrzahl der westlichen Staaten hatte ein Goldwährungssystem. Da die Konjunktur in einer wachsenden Wirtschaft von einer Vermehrung der Zahlungsmittel abhing, Gold aber in den meisten Ländern nicht oder nicht ausreichend gefördert werden konnte, hing die notwendige Goldzufuhr von dem Handelsbilanzüberschuß ab. Da dies aber für alle Goldwährungsländer galt, war der Krieg vorprogrammiert – egal ob die jeweilige Regierung imperialistisch oder zurückhaltend friedliebend war. Logisch ist, daß der eigene innervolkswirtschaftliche Überschuß bei den ausländischen Handelspartnern einen deflatorisch wirkenden Fehlbetrag ergeben mußte. Im Grunde

wirken die tödlichen ökonomischen Systemfehler, die in einer fehlerhaften Geldverfassung, aber auch in einem falschen Bodenrecht liegen, bis heute fort. Jedenfalls haben diese Systemfehler sehr viel mehr mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus zu tun als der auch vorhandene Antisemitismus.

3.4 Die Wirkungskette

Die ganze Wirkungskette stellt sich für mich wie folgt da:

Die Deutschen veranstalten mit einer Vielzahl von Nationen eine kriegerische Olympiade. Sie verlieren das Spiel und werden als alleiniger Verursacher des Schadens hingestellt. Schlimmer: Obwohl sie für ihre Nation aus idealistischen Motiven Gut und Leben opferten, werden sie wie die Verbrecher behandelt. Nicht klug geworden aus den Folgen vorangegangener Kriege setzen die Sieger (gegen die Opposition aus dem eigenen Lager) Deutschland in Form eines Friedensdiktates den Fuß auf die Kehle. Und nun beginnt das eigene, eigentliche Zerstörungswerk. Eine Regierungsform mit einer zentralen Führungsfigur, wie sie der Kaiser war, wird dem Volk ungefragt genommen und durch eine ungewohnte Regierungsform, die Demokratie genannt wurde, ersetzt. An der Einführung und Gestaltung hatten bestimmt 99% der Menschen in Deutschland kein Mitwirkungsrecht. Diese neue Regierungsform war mit einem extremgroßen Unverstand in Sachen Währung verbunden. Erst wurden durch eine Superinflation alle Vermögen, die sich in Geld ausdrückten, entwertet. Dies hatte ein Durcheinanderwirbeln gewachsener Gesellschaftsschichten, nicht nur in Bezug auf Vermögen, sondern auch in Bezug auf Bedeutung, zur Folge. Da die währungspolitischen Zusammenhänge nicht bekannt waren, mußte der Vorgang erst allgemein der jungen Demokratie oder speziell den Juden angehängt werden.¹⁶ Aber viel Schlimmer hat in Richtung Untergang der Weimarer Republik die Deflation gewirkt, die eine Folge des Wahns der Rückkehr zur Goldwährung war. Die Blindheit der Politiker gegenüber diesen Vorgängen war besonders unter den Sozialdemokraten ausgeprägt. Diese Blindheit seitens der SPD war nicht Ausdruck einer Flucht vor der Verantwortung sondern ihrer Befangenheit im Marxismus, der keine plausiblen Erklärungsmuster für die Vorgänge bereithielt. Auf die intensiven Aufklärungsversuche theoretisch anders orientierter Mitglieder innerhalb der SPD wurde mit Parteiaus-

¹⁶ Die Juden eigneten sich als Sündenböcke besonders gut, weil sie durch das Zinsnahmeverbot der Christen und die Verbote für die Juden, ehrliche Berufe auszuüben über die Jahrhunderte hinweg stark im Währungs- und Geldwesen vertreten waren. Da die Menschen schon immer wußten, daß mit dem Geldwesen etwas nicht stimmte, haben sie die Ursachen dafür den Juden angelastet. Silvio Gesell war wohl der erste Ökonom der sagte, daß dies ein großes Unrecht sei, weil die Fehler nicht in Personen sondern in der Ausgestaltung der Währung verankert seien.

schlüssen reagiert. Wenn es unter den Ökonomen nicht ein paar Ausnahmen in Bezug auf die Deflationspolitik, die mit dem Namen Brüning verbunden ist, gegeben hätte, müßte man von der ersten Bankrotterklärung der Wirtschaftswissenschaft sprechen.¹⁷

Der dann einsetzende Erfolg der Nationalsozialisten ist keine Folge des auch vorhandenen Antisemitismus – eine gesamteuropäischen Fehlhaltung - und der mörderischen Gesinnung oder genetischen Veranlagung der Deutschen (Nach jüdischen Quellen war die Weimarer Republik eine hohe Zeit des Judentums.), sondern der Not, in die sie die **Demokraten** gebracht hatten.¹⁸ Ein jüdischer Zeitzeuge und Parteifreund, der selber im KZ gesessen hat, sagte mir sinngemäß: „Die Menschen, die auf eine Wende hofften, hatten doch nur noch die Wahl zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten.“ Er hatte sich für die Kommunisten entschieden. Daß die Deutschen die NS-Propaganda „Vernichtung des Judentums“ nicht wörtlich nahmen, allenfalls als eine Rücknahme ihres vermeintlichen oder tatsächlichen Einflusses kann man schon daraus ersehen, daß die wirklichen NS-Mörder sich beklagten, daß jeder Deutsche persönlich seinen guten Juden geschont wissen wolle.¹⁹

Beim Lesen einer Beliebtheits-Scala der deutschen PolitikerInnen, an der Joschka Fischer auf Platz 1 stand, habe ich zu einer Zeitzeugin, Jahrgang 1913, bissig bemerkt: „Der Joschka soll sich nicht zu viel darauf einbilden. Hitler wurde einst auch von den Deutschen geliebt.“ Ich wurde dahingehend belehrt, daß die Deutschen Hitler nicht geliebt, sondern verehrt haben. Das ist in der Tat ein Unterschied. Bei mir stellte sich aber die Frage ein: „Wie stark müssen die Deutschen gelitten haben und welche positiven Veränderungen ihres Lebens müssen sie unter dem Nationalsozialismus erfahren haben, daß sie Hitler, diesen krankhaften Menschen, verehren konnten?“

Es bleibt aber der Wahrheitsgehalt des Spruches: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient!“ Darin ist ja der Hinweis auf die Verantwortung des Volkes als Ganzes für die Dinge enthalten, die in seinem Namen durch seine Regierung geschehen. Die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze korrespondiert mit der vielfach erlebten Ohnmacht an dem

17 Siehe dazu meinen Text Nr. 26.1 „Brüning, Schröder, Lafontaine ...“ auf meiner Internetseite.

18 Vergessen sollte man auch nicht die heimlichen finanziellen Förderer, die glaubten die Nationalsozialisten für eigene Zwecke nutzen zu können. Aber das ist ein strittiger Punkt, wo viel Unklarheit herrscht.

19 Ich wollte den Sachverhalt an Hand der Schrift aus dem Jahr 1957 mit dem Titel „Die Juden und wir“ mit Beiträgen von Helmut Genschel, Prof. Dr. Hans Köhler, Horst Bethmann und Prof. Dr. Theodor Heuss überprüfen. Mein Blick blieb dabei auf folgende Passage hängen:

„Zwei Perioden der Judenverfolgung im 'Dritten Reich' sind zu unterscheiden:

1. die Periode der weitgehend 'friedlichen', gesetzmäßigen antijüdischen Maßnahmen, die zweimal durch Progrome propagandistisch vorbereitet wurden – durch kurze, aber extreme Höhepunkte der Verfolgung. Diese Entwicklung dauerte etwa bis 1940 und spielte sich in voller Öffentlichkeit ab.

2. Die Periode der planmäßigen Judenvernichtung, die streng geheim gehalten wurde und in der Zeit von 1941 bis 1945 stattfand.“ (S. 9)

Ganzen, nichts oder nichts Erkennbares ändern zu können. Bewirkt zum Beispiel dieses Schreiben etwas - beeinflusst es den Kurs unserer Republik? Ich kann es hoffen, wissen kann ich es nicht.

Gott sei Dank gibt es ja ein von der Nazi-Politik abweichendes Verhalten von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. (Die Gedenksendungen zum 20. Juli erinnern uns daran.) Sie sind heute unsere Helden, die uns in unserer Schmach aufrichten. Und doch empfinde ich die These „Ihr, die Bürger, hättet doch Hitler verhindern können!“ sachlich falsch oder einfach nur ungerecht. Warum haben z. B. die US-Amerikaner den Krieg ihrer Regierung gegen den Irak nicht verhindert?

Das Kollektiv der Demokraten hätte bei weniger politischer Blindheit und ökonomischer Dummheit Hitler verhindern können, nicht aber den zweiten Weltkrieg. So wie die Marktwirtschaft für eine gedeihliche Entwicklung den Frieden braucht, so braucht der Kapitalismus den Krieg und die Zerstörung. Der Kapitalertrag hängt ab von der Knappheit der Güter, die bekanntlich mit der Dauer friedlicher ökonomischer Phasen abnimmt. Mir sind Texte aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg in Erinnerung, in dem die Hoffnung auf einen Krieg Ausdruck verliehen wird, damit der Kapitalertrag, der Zins wieder in die Höhe geht.

Es scheint mir auch nicht gerechtfertigt zu sein, Deutschland die alleinige Schuld an dem zweiten Weltkrieg zu geben. Deutschland hat nicht nur Friedenstauben beschossen. Die USA waren an einem Krieg als Konjunkturprogramm stark interessiert. Rußland, das ja seinen „sozialistischen“ Ideen Weltgeltung verschaffen wollte, so las ich es, habe am Anfang des Krieges so herbe Verluste hinnehmen müssen, weil es auf einen Angriff aber nicht auf eine Verteidigung vorbereitet war. England soll schon lange vor dem Krieg Pläne für einen Bombenkrieg gegen Deutschland in der Schublade gehabt haben. Und zu dem deutsch-polnischen Verhältnis: War der Krieg wirklich nur ein einseitiger Akt der bösen Deutschen gegen die unschuldigen guten Polen?

Das Buch des letzten Hohen Kommissars des Völkerbundes „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“, 1960, erweckt bei mir einen anderen Eindruck.

„Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der >freien< und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel

Sembat, > daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage < .
Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien
Stadt sollte der letzte polnische Außenminister Jozef Beck schreiben:
>Das Statut der freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindestens ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.“ (S.24)

Am Ende seiner Mission und des Buches schreibt Burckhardt:

»Es erscheint mir ganz zwecklos, mich zu der Lage zu äußern, die sich, wenn Sie diesen Brief erhalten haben werden, vielleicht weiterentwickelt hat. Mir scheinen sich zwei gegensätzliche Strömungen abzuzeichnen — auf der einen Seite eine wachsende Spannung an den Grenzen durch provozierende Propaganda usw. und auf der anderen Seite eine zunehmende Abneigung unter den Deutschen gegen einen allgemeinen Krieg. Welche von beiden aber wird überwiegen}« (S.350)

...

Zu allerletzt, vor dem Abschluß meiner Mission, ereignete sich noch einer jener ominösen Flottenbesuche, wie sie innerhalb eines unsinnig ausgefüllten Protokolls immer wieder zu Komplikationen geführt hatten. Der deutsche Kreuzer > Schleswig-Holstein < machte vor der Westerplatte fest. Der Kommandant stattete mir mit seinen Offizieren den obligaten Besuch ab. Ich ließ meinerseits die vorgesehenen üblichen Einladungen ergehen, zu denen ich die Vertreter des Senats und Mitglieder des Konsularkorps einlud. Es war nicht während meines Gegenbesuches an Bord des Kreuzers, sondern bei dem Empfang in meinem Hause, daß der Kommandant des Kriegsschiffes mir plötzlich mit einem verstörten Gesichtsausdruck anvertraute: > Ich habe einen furchtbaren Auftrag, den ich vor meinem Gewissen nicht verantworten kann.< Wäre dieses Geständnis bekannt geworden, so ist es anzunehmen, daß dieser Offizier zum Tod durch Erschießen als Hochverräter wäre verurteilt worden. (S. 351)

Auf der letzten Seite wird dann nochmals deutlich wie zwei Diktatoren großer Staaten Politik zu Lasten kleiner Staaten gemacht haben. (Die Betonung liegt auf „große Staaten“ und nicht auf „Diktatoren“.) Damit will ich aber nicht sagen, daß kleine Staaten im politischen Zeitgeschehen nur Opfer sind. Kleine Staaten haben die Aufgabe, durch messerscharfe Analyse und offener Debatte Bedrohungspotentialen, die in und zwischen den Staaten sich entwickeln können, sichtbar und daher beherrschbar zu machen. Mir scheint, daß ist im vorigen Jahrhundert zu wenig geschehen. Wie ist das heute im Verhältnis Deutschland zu den USA und China? Haben wir heute nicht diesen Auftrag der Gefahrenabwehr?

Einen Tag später saß ich mit dem lettischen Außenminister Munters in Riga im Offiziersklub. Munters sagte mir wörtlich das gleiche, was der polnische Staatspräsident Moscicki mir im Beginn des Jahres 1937 erklärt hatte, nämlich: > Wir fürchten nichts, Rußland wird nicht erlauben, daß Deutschland uns anrührt, Deutschland wird Rußland daran hindern, uns etwas zu tun. < Drei Wochen später überließ das Deutsche Reich die baltischen Länder den Sowjets, Munters, ein begabter, junger Politiker wurde deportiert, und Hitler führte die deutschen Balten zur Umsiedlung in die noch warmen Häuser vertriebener Polen.

Von jetzt an sah der Westen nur den einen Gegner: Deutschland. Auf beiden Seiten der Fronten des Zweiten Weltkriegs wurden größte menschliche Leistungen, höchste Taten des Muts und der Treue vollbracht, gleichzeitig wurden Verbrechen begangen, deren Grauen in der Erinnerung der Menschen unaustilgbar vorhanden sein wird als unheimliches Mahnmal.

Während der Jahre des Kampfes und über den Kampf hinaus hat man nicht begriffen, daß hinter der Episode des Nationalsozialismus die eigentliche Entscheidung erst einsetzte.

Wie man aber am letzten Absatz sieht, hatte es Carl J. Burckhardt, der als Vermittler von beiden Seiten jeweils als der Agent der Gegenseite gesehen wurde, nicht nötig, eine der Kriegsparteien zu schmähen. Die Entscheidung hinter der Episode des Nationalsozialismus zwischen Ost und West ist Gott sei Dank nicht mit Kanonen entschieden worden, sondern durch die Implosion des „sozialistischen“ Systems. Dies schützt uns aber nicht vor der nächsten Explosion des Kapitalismus, der Mutter der Revolutionen und des Terrorismus.

Im Namen Deutschlands sind viele Verbrechen geschehen. Dies ist aber kein Grund Verbrechen gegen Deutsche in eine verdiente Strafe umzudeuten. Die Verbrechen der USA mit den Atombombenabwurf, der Engländer mit der Städtebombardierung oder der Sowjets mit ihrem Welterlösungsplan in Form eines Superkonzentrationslager haben die gleiche moralische Qualität wie das Morden in den deutschen Konzentrationslagern.

Wenn es ein Völkerrecht gibt, daß die Vertreibung, Vergewaltigung, Vernichtung von Kriegsgefangenen und die Vereinnahmung von Gebieten unterlegener Kriegsgegner als Unrecht bezeichnet, dann hat dieses Völkerrecht auch Gültigkeit, wenn Deutschland der unterlegene Kriegsgegner war. Natürlich kann dieses Unrecht nicht mit neuem Unrecht ausgeglichen werden. Die Deutschen haben aber das Recht und die heutigen Partner und einstigen Kriegsgegner haben die Pflicht nicht nur das Unrecht durch Deutsche, sondern auch das Unrecht an Deutsche und Deutschland zu benennen. Alles andere ist Manipulation und Gift für eine ge-
deihliche Entwicklung in Europa.

4 Benennung von Problemfeldern

Jedes der nachfolgend aufgeführten Stichworte kann ganze Bücher füllen. Mir kann es hier also nur darum gehen, Defizite oder Mängel zu benennen.²⁰

4.1 Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit²¹

*< Der die Verwandlungen scheut
mehr als das Unheil,
was kann er tun
wider das Unheil >*²²

Macht und Legitimation

«Dse Gung fragte den Meister nach den Grundlagen einer guten Regierung.

Kung Fu-Dse sagte: Ausreichende Nahrung, eine ausreichende Armee und Vertrauen in den Herrscher.

Und müßte unbedingt eine dieser drei Voraussetzungen aufgegeben werden, fragte Dse Gung weiter, welche würdet Ihr an erster Stelle opfern?

Die Armee, erwiderte der Meister.

Und wenn von diesen zweien noch eine aufgegeben werden müßte, welche wäre es dann?

Die Nahrung, sagte der Meister. Denn seit Menschengedenken müssen alle sterben. Doch ohne das Vertrauen des Volkes kann keine Regierung bestehen.»

Konfuzius²³

Mir scheint der mangelnde Mut zu „Verwandlungen“, zum Wandel unserer Gesellschaft, unseres Staates und das mangelnde Vertrauen in unsere Parlamente und Regierungen sind das wesentlich Kennzeichen unserer Zeit. Und das, was sich die Wählerinnen und Wähler mit der nächsten Wahl allerhöchstens erhoffen dürfen, ist, Abgeordnete und Regierungsmitglieder in den Sattel zu heben, die sich selbst und den Wählern etwas weniger vormachen und bei dem

20 Ich hatte die hier vorliegende Arbeit an dieser Stelle unterbrochen, um zu erst die drei Anhänge fertig zu stellen, was länger gedauert hat, als angenommen. Die verbleibende Zeit erzwingt Lücken und Kürze. Zu dem Unbehagen, mich überhaupt mit dem Thema Bundestagswahlen produzieren zu müssen, kommt das Unbehagen durch den Zeitdruck zu oberflächlich sein zu müssen. Oberflächlichkeit und Gründlichkeit korrespondieren dann noch mit der Forderung nach der Kürze des Textes. Es ist sicher eine Kunst in zehn Sätzen zu sagen, was nur mühsam in 1000 Sätzen beschrieben werden kann. Aber die Entschlüsselung der Kurztexte setzt dann auch noch voraus, daß der Leser schon das gedacht hat, was der Kurztext-Verdichter beschreibt. Es gilt aber doch die Zahl der Menschen zu vermehren, die unsere Gesellschaft erstmals oder verstärkt nachdenklich beobachten und ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen.

21 Ich bitte auch meine Ausführungen zur Demokratie in meiner Arbeit „Sprache, Amerikanisierung, Globalisierung und Demokratie“ Text Nr. 30.1 und 30.2 auf meiner Internetseite zu beachten.

22 Max Frisch in „Biedermann und die Brandstifter“, hier zitiert nach Walter Fabian aus „Versagen wir zum zweiten Mal? Die Bildungsreform, zum Beispiel“ in „Die zornigen alten Männer“, 1979. Ich habe daraus Auszüge in die „Dokumentation 1“ zu meinem Offenen Brief vom 1. Mai 2001 mit dem Titel „Angenda Niedersachsen 2001 / Zweiter Teil“ gestellt. Auf meine Internetseite Text Nr. 19.1.

23 Dieses Zitat fand ich bei: Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat, S. 122

notwendigen Wandel die Fragen der Freiheit und Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren wie bisher. Wer von den bisherigen Amts- und Mandatsinhabern diesen Satz liest, wird vermutlich im Regelfall empört einwenden: „Das haben wir doch immer gemacht!“ „Unsere Wähler sind nur zu faul, richtig hinzuschauen.“²⁴ Es zeigt sich aber auf die Gemütslage der einzelnen Menschen und auf unserer Gesellschaft als Ganzes bezogen, daß zwischen Wollen und Wirken, zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit, und zwischen Selbsteinschätzung und Fremdeinschätzung große Unterschiede bestehen. Wir haben uns über die Jahre in allen Angelegenheiten unserer Republik selbst etwas vorgemacht, vorgelogen. Zweimal wurde uns ein Regierungssystem übergestülpt, das als Demokratie bezeichnet wurde, aber nur eine Hülse war. In der Literatur - nicht in der rechten, sondern eher in der linken - sprach man vom Oktroi, von dem aus höherer Machtvollkommenheit der Sieger Angeordnetes. Wie man auch die Rolle des Parlamentarischen Rates am Beginn der BRD bewertet, es bleibt das Faktum, daß die Masse der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg – wie vorher nach dem Ersten – in einer Lebenssituation waren, die gar keine Zeit und Kraft für Verfassungsfragen ließ. Und in der Tat sind die Deutschen als gesellschaftliche Gesamtheit noch nie gefragt worden, ob sie eine Demokratie wollen und ob sie eine Vorstellung davon haben, was das sein könnte. Am Anfang bestimmten unter Aufsicht der Sieger von diesen genehmigte Vertreter, was denn eine Demokratie bei uns sein sollte. Danach haben die Volksvertreter die Verfassung so hingebogen (zurückhaltend ausgedrückt: so ausgedeutet), daß sie, die Vertreter, selbst bestimmt haben, wer künftig in Folge der Legislaturperioden ihre Nachfolger sein sollen. Die Wahlakte selbst haben bei der gegebenen Parteienfinanzierung, der Beherrschung des Wählerwillens von oben mit Hilfe der Erkenntnisse der Sozialwissenschaften keine wesentlich bessere Qualität als die Akklamationen in Diktaturen. Das Auftreten der Grünen war sozusagen eine Panne, wie jetzt „Die Linke“ eine Panne im „System“ ist. Aber keine Bange. „Die Linke“ wird genauso schnell in das Kartell integriert werden wie die Grünen und dadurch neutralisiert werden.

Mit der Ausrufung einer Demokratie hat man den Bürgern suggeriert, daß man jetzt eine Demokratie hätte, und da man nun eine Demokratie sei, sei auch der Staat, in dem wir leben gut. Wer an diese Zweckpropaganda glaubt, macht sich natürlich Illusionen. Nun könnte man sagen, um glücklich zu sein, brauchen wir Illusionen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn

24 Selbstverständlich hat jede Partei mit ihrer Fraktion im Bundestag eine Erfolgsbilanz vorzulegen. Diese Erfolgsbilanzen sind aber mehr Werbemittel als Erfolgskontrollen. Übereinstimmungen mit den Akteuren feststellen kann. Dies darf einen aber nicht Blind gegen die Tatsache machen, daß im Gesamtzusammenhang die Politik nirgendwo Schlüssigkeit aufweist.

die Leistungen der demokratischen Verfassung (mit und ohne Anführungsstriche) unseres Gemeinwesens den Erwartungen entsprechen würden. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Also müssen wir uns bequemen zur Kenntnis zu nehmen, daß die Demokratie kein Zustand ist, den die selbst ernannten Vertreter unserer Väter und Großväter uns beschert und ein für alle Male beschlossen hätten, sondern daß die Demokratie ein Auftrag an jede Generation ist, die Verfassung und die sich daraus ergebenden Institutionen und Strukturen auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen und entsprechend den Ergebnissen weiter zu entwickeln. Demokratie ist also ein Prozeß und kein Besitz auf dem man sich ausruhen kann.. Wenn wir Demokraten sein wollen, müssen wir uns bequemen, die eigene Denkfaulheit und das Verharrungsvermögen derjenigen zu überwinden, die ihre Ämter als von Gottes Gnaden verliehen betrachten. Es sind ja in der Tat auch an vielen Plätzen (auch im Internet) Menschen damit beschäftigt, unter den Ziel-Bedingungen der Erweiterung von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit über die Erneuerung oder Erweiterung der Demokratie nachzudenken.

An dieser Stelle angekommen, wurde mir ein E-Mail-Ausdruck mit Anlagen von meiner Ex-Frau ²⁵ hereingereicht. Ein Rolf Dahmer, der sich Strategieberater nennt und in Portugal lebt und den ich schon als Teilnehmer an einem Demokratieforum (in Form einer E-Mail-Liste) kenne, verweist auf den Frankfurter Systemsforscher und Sozialkybernetiker Prof. h.c. Wolfgang Mewes und schreibt in dem an einen Philosophen in Berlin gerichteten Brief u.a.:

„Goethe hätte das, was Mewes lehrt in extrem konzentrierter (und spiralförmiger) Form wie folgt zusammengefaßt:

'In dem Augenblick, in dem man sich einer Aufgabe verschreibt, bewegt sich die Vorsehung auch. Alle möglichen Dinge, die sonst nie geschehen, um einem zu helfen. Ein ganzer Strom von Ereignissen wird in Gang gesetzt durch diese Entscheidung und er sorgt zu den eigenen Gunsten für zahlreiche unvorhergesehene Zufälle, Begegnungen und materielle Hilfen, die sich kein Mensch vorher je so erträumt haben könnte. Was immer Du kannst oder Dir vorstellst, dass Du es kannst, beginne es. Kühnheit trägt Genius, Macht und Magie in sich. Beginne jetzt.' Goethe“

In einem Text von 1976 entwickelt Mewes die Unterscheidung der linearen Denkweise vom Kreisdenken und schildert dann das kybernetische Denken, daß die Vorteile beider vorher geschilderten Denkweisen verbindet. Es geht dabei natürlich um das positive Entwicklungspotential, daß die Menschen und in der Summe als Gesellschaften hätten, wenn sie sich eine

25 Sie ist Sozialarbeiterin im Unruhestand. Bei einer späteren Rückfrage, wo sie denn die Papiere her hätte, stellte sich heraus, daß Rolf Dahmer ihr Verwandter ist, der ihr die Ausdrücke als Anlage zu einem Brief zugeschickt hatte.

andere Denk- und Betrachtungsweise zulegen würden. Es wird auch auf die negativen Konsequenzen hingewiesen, wenn die einzelnen Politikbereiche ohne Rücksicht auf das gegenseitige Einwirken gestaltet würden. (Die Ordo-Liberalen sprachen hier von der Interdependenz der Teilordnungen.)

Dahmer warnt aber auch mit Popper:

„Ein ganz mulmiges Gefühl befällt mich, wenn ich im Zusammenhang mit der Brüsseler Menschenbeglückungspraxis an folgende Worte von Karl R. Popper denke:

' Aber von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der Gefährlichste. Ein solcher Wunsch führt unvermeidlich zu dem Versuch, anderen Menschen unsere Ordnung, Werte aufzuzwingen, um ihnen so die Einsicht in die Dinge zu verschaffen, die uns für ihr Glück am wichtigsten zu sein scheinen; also zu dem Versuch, ihre Seelen zu retten. ...
... der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle.'
Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. ...“

Mewes, der wohl viele Unternehmen erfolgreich beraten hat, sagt, daß viele Probleme im Unternehmensbereich darauf zurückzuführen seien, daß die Unternehmen der Gegenwart ihre Ziele auf den Gewinn reduziert hätten und nicht mehr fragen würden, was sie den Geschäftspartnern und der Gesellschaft Gutes tun könnten. Warum mancher brave Unternehmer kein Erfolg hat, erläutert er mit Aristoteles und Platon:

„Die Lösung hatten im Grunde schon Aristoteles und Platon gefunden. Einerseits Aristoteles mit der Feststellung, dass das Ziel, unter dem ein Mensch (oder Unternehmen) handelt, seine ganze Entwicklung bestimmt. Das heißt: ist das Ziel falsch, entwickelt sich auch alles andere falsch. ...

Andererseits Platon mit der Feststellung, dass es für Mensch (und Unternehmen) zwei grundverschiedene Verhaltensweisen bzw. Verhaltensziele gibt: Erstens die egozentrische Verhaltensweise mit dem Ziel des maximalen Gewinns für einen selbst und zweitens die alterozentrierte (d.h. An 'den anderen' bzw. der Mitwelt orientierte) Verhaltensweise mit dem Ziel, einen möglichst spürbaren Nutzen für seine Mitwelt zu entwickeln. ...“

Als Erfahrungswert gelte, daß die Unternehmen mit den alterozentrierten Verhaltensweise die erfolgreicherer seien. Wenn wir die Zwänge außer Acht lassen, die das Rentabilitätsprinzip erzeugt, leuchtet das eigentlich unmittelbar ein, weil man Menschen und Unternehmen mit der alterozentrierten Verhaltensweise und einer humanen, sympathischen Zielsetzung lieber kon-

taktiert als die ichbezogenen mit undurchsichtiger oder abstoßender Zielsetzung, bei denen man immer das Gefühl hat, der will bzw. die wollen einen über den Tisch ziehen.

Wechseln wir hier die Begriffe Mensch und Unternehmen gegen Mandatsträger und Parteien aus, dann wissen wir, woran es bei uns hapert. Selbstverständlich werden alle Wahlkämpfer von allen Parteien sagen: „Ja, darum geht es uns doch, um das Gemeinwohl, auch wollen wir die Menschen nicht zwangsweise beglücken.“ Das mag bei einem Großteil der Idealisten unter den Parteimitgliedern so empfunden werden. Realpolitisch betrachtet sind das aber Ammenmärchen, die ständig von der professionellen Wahlwerbung erneuert werden. Die ganze Politik unserer politischen Klasse²⁶ läuft auf die Unterwerfung der Bürger und nicht auf ihre Befreiung hinaus. Die Gründe dafür liegen nach meiner Einsicht wiederum nicht in einem bösen Willen, sondern a) im Selektionssystem der Mandatsinhaber, das einseitig bestimmte Charakterzüge bevorzugt und b) im Mangel am Denken in Ordnungen, Systemen mit ihren Erfordernissen und Folgen.

4.2 Institutionen ohne Vertrauenswürdigkeit:

Verfassungsorgane, Parteien, Gewerkschaften,
AG-Verbände, Kirchen, Hochschulen, Verfassungsschutz

„Was die evangelischen Kirchen in der durch die Formationsverdrängung in Deutschland charakterisierten historisch einmaligen Lage ihren Mitgliedern zu sagen wußten, ist am Ende nicht viel mehr gewesen, als daß in der Nachfolge des Leidens Christi nichts Außergewöhnliches sei und Benachteiligungen ein besonderes Merkmal christlichen Daseins in dieser Welt darstellen. Mit dieser pauschalen Bewertung des Leidens, die nichts mehr weiß vom alten protestantischen «Durst nach Gerechtigkeit» und ihrem Verzicht auf die unüberhörbare Verurteilung aller inhumanen Konsequenzen der Parteipolitik, haben die Landeskirchen selber erheblich dazu beigetragen, den von der christlichen Ethik her motivierten Widerspruchsggeist gegen alles Unrecht mundtot zu machen.

Statt den Durst nach Gerechtigkeit zu löschen, wurde ein sich frühzeitig ausbreitendes evangelisches Selbstbewußtsein gehätschelt, das von Selbstmitleid nur so trieft. Entsprechend diesem Selbstverständnis erleiden Mitglieder der christlichen Gemeinde Nachteile in Schule und

26 Ich habe wohl vergessen zu sagen, daß ich den Begriff Klasse hier einfach als einen Sammelbegriff der Menschen verstehe, die Einfluß in der Politik und auf die Politik haben. Der Begriff ist nicht wertend gemeint.

Beruf, da sie sich religiös bekennen. Man fühlt sich kontrolliert von den Sicherheitsorganen des «atheistischen Weltanschauungsstaates». Die Wahrnehmung fremden Leidens ist diesem der bürokratischen Kirche komplementären Exklusiv-Bewußtsein längst abhanden gekommen. Wie sollte man sonst die Überbetonung gerade des christlichen Leidensweges im Staatssozialismus verstehen?“

So schildert Rolf Henrich die Evangelische Kirche in der DDR vor der Wende in seinem 1989 im Westen erschienenen Buch „Der vormundschaftliche Staat - Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ (S.323 ff). Im Grunde schildert er aber auch die heutige Evangelische Kirche und jegliche andere Organisation oder Institution von Bedeutung, die durch Anpassung an die Verhältnisse überleben wollen. In dem Bildband „Deutschland – Das Land in dem wir leben – Porträt in Bild und Wort“, 1966, fand ich in dem Beitrag „Die deutsche Geschichte“ von Dr. Gerhard Linne in dem Kapitel „Machtkampf zwischen Kaisern und Päpsten“ den Satz:

„Es war eine Bewegung zur Macht hin, wie alles in der Geschichte, was ursprünglich aus rein geistigen Wurzeln kommt, zu politischer Manifestion drängt.“

Man kann wohl sagen, daß ohne Organisation, ohne Institutionalisierung die Ideen wirkungslos bleiben oder verloren gehen. Das Vertrackte daran ist nur: Wenn das Hilfsmittel, die Organisation oder Institution, erst einmal gegründet ist, dann wird die Idee, die zur Gründung, zur Einrichtung geführt hat, nebensächlich - nicht in der Selbstdarstellung, aber im realen Alltag. Es darf nichts mehr gemacht werden, was die Organisation, die Institution gefährdet. Ich habe einen Satz von Mitscherlich in Erinnerung, der beinhaltet, daß es eine Art Naturgesetz sei, daß Organisationen über kurz oder lang gegen die Ziele wirken würden, die zu ihrer Gründung geführt hätten. Wenn das so ist, wäre daraus zu folgern, das Organisationen bei ihrer Gründung einen Selbstauflösermechanismus implantiert bekommen müßten, damit sie wieder von der Bildfläche verschwinden, wenn ihre Zielsetzung und ihr Wirken zu sehr auseinander klaffen.

Ich will mit diesen Darlegungen für ein gewisses Verständnis für unsere Organisationen werben, die mehr oder weniger ja alle unter Vertrauensverlust leiden. Die Einschränkung „gewisses Vertrauen“ ist dabei berechtigt, denn letztlich muß jedes einfache Mitglied, jeder haupt- oder ehrenamtlicher Funktionär (Mitarbeiter) die Verantwortung für das übernehmen, was in und im Namen der Organisation passiert. Das Durchlavieren, die mangelnde Ausrichtung der Organisationen auf die eigentlichen Kernziele, macht sie so unglaubwürdig, gibt ihnen den Schein der Verlogenheit.

Bei den Theologen und Mitarbeitern der Kirchen habe ich den Eindruck, daß sie mehr auf Wirkungen der Kirchensteuer bauen als auf die Macht ihres Gottes, die sie den einfachen Kirchenmitgliedern vermitteln wollen. Völlig unnötig, denn würden sie sich für eine bessere Ökonomie einsetzen, flössen ihr auch reichliche freiwillige Mittel zu.²⁷ Die Gewerkschaften sind gegründet worden, um die soziale Lage der Arbeitnehmer zu verbessern. Seit Jahrzehnten wirken die Gewerkschaften gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Völlig unnötig, denn wenn sie ihre ideologischen Scheuklappen abstreifen würden, würden sich ihnen auch neue Perspektiven für die Ursprungsziele erschließen. Die Parteimitglieder sind völlig unnötig in die Rolle der Prügelknaben gerutscht. Sie hätten – bei der Wahl besserer Zielereichungsmaßnahmen – verhindern können, daß aus dem Mitwirkungsrecht der Parteien ein Monopol (gegenüber unabhängigen Bürgern) wurde, wobei dann noch wenige Parteien ein Kartell gebildet haben um durch den Ausschluß eine großen Zahl von Mitbewerbern von der Mitwirkung auszuschließen.

Die Themen Verfassungsorgane und Verfassung sind ein besonders betrübliches Kapitel. Der Umgang mit der Verfassung im Vereinigungsprozeß ist aus meiner Sicht einfach als Verfassungsbruch zu werten. Notdürftig wurde die Verfassungswunde mit einem rechtstechnischen Pflaster zugeklebt. Ausgeheilt ist die Wunde immer noch nicht, wenn uns die politische Geschäftigkeit das auch weiß machen will. Die Handhabung der Verfassung für Europa ist ein Verrat an demokratischen Prinzipien. Kein Mandatsträger, kein Verfassungsrichter, kein Präsident ist aus Protest zurückgetreten oder hat sich geweigert, sich unter diesen Umständen wählen zu lassen. Der „Verfassungsschutz“ als Organisation zum Schutz der Verfassung ist unter der Bedingung, daß seine Auftraggeber selber Verfassungs- und Demokratiefeinde sind, ein schlechter Witz. Der Verfassungsschutz ist nur ein Spitzeldienst für die, die sich die staatliche Macht (Anteile an der Deutschland AG) gestohlen haben. Und wenn die Arbeitgeberverbände uns glauben machen wollen, daß sie die Hüter der Marktwirtschaft sind, dann hat das so viel Glaubwürdigkeit, wie die Aussage einer Puffmutter, die sagt, daß sie die Hüterin der Tugend der Frauen ihres Hauses sei.²⁸ Welches Vertrauen haben denn noch unsere Hochschulen? Die Außenstehenden haben Angst davor, was sie in ihren Forschungsstätten in militärischer und technischer Hinsicht an Bedrohlichem ausbrüten und die Studenten und Assis-

27 Ich habe neulich bei Max Weber gelesen, daß Anfang des vorigen Jahrhunderts die Christen freiwillig Beiträge für ihre Kirchen in einer Höhe gezahlt hätten, die bei den Kirchen in Deutschland mit ihrem Kirchensteuersystem zu einer Austrittswelle geführt hätte.

28 Das Bild behagt mir nicht, denn wenn man die Schizophrenie in der Bewertung von Sexualität außer acht läßt, dann können auch Huren tugendsam sein.

tenten unterwerfen sich dem fremdbestimmten Lernen mit einem Rest von Hoffnung, dadurch doch noch einen erträglichen und einträglichen Arbeitsplatz zu erhalten. Häufig ist das ein Wettlauf zwischen Hase und Igel. Schon die Hochschulgebäude verbreiten in der Regel Düsternis und keine Zukunftshoffnung.

4.3 Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung

Es geht mir hier an dieser Stelle nicht darum Theorien über die Ursachen oder Behebung von Arbeitslosigkeit vorzustellen, auch nicht Statistiken habe ich im Sinn. Nicht einmal die Hinweise, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur ein Problem der Arbeitslosen, sondern auch der Arbeitnehmer ist, die noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, weil ihre Wahlmöglichkeiten dadurch eingeschränkt werden, und weil sie durch die Unterbeschäftigung der Wirtschaft unter Lohn- und Leistungsdruck gesetzt werden, ist noch erwähnenswert - weil bekannt. Ja, selbst Unternehmen leiden unter der Arbeitslosigkeit, weil diese für einen Teil ihrer Kunden Einkommensminderung und damit Nachfrageausfall bedeutet. Zu dem läßt die Situation es zweckmäßig erscheinen, sich in Kaufzurückhaltung zu üben. Und Kaufzurückhaltung als Ausgleich für das gestiegene Arbeits- und Einkommensrisiko befördert das, wo vor es schützen soll. Selbst für Eltern mit Arbeit ist die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen ein Problem, weil sie den in einer aufsässigen oder sonstigen Phase befindlichen Sohn bzw. befindliche Tochter, der bzw. die ohne Chance im Arbeitsmarkt ist, nicht vor die Tür setzen können. Nicht nur ein unnötig ausgedehntes Bildungssystem, sondern auch die Arbeitslosigkeit verzögert den Zeitpunkt, wo die jungen Menschen sich verselbständigen und einen eigenen Haushalt gründen können. All das ist ja bekannt, selbst der Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird diskutiert.

Auch braucht man heute die Parlamentarier und Regierungsmitglieder nicht mehr über die Verschuldungsproblematik des Staates aufklären. Es gibt Schulduhren und Zinsticker, die das Problem deutlich machen. Vor wenigen Jahren tat man noch so, als gäbe es das Problem nicht. Ob die Verschuldungssituation der Wirtschaft und der Privathaushalte inzwischen auch in den Köpfen der Politiker verankert ist, weiß ich nicht zu beurteilen. Hier ist die Situation durch die gesamtgesellschaftliche Saldierung von Schulden und Guthaben auch mehr verschleiert. Es ist nicht unmittelbar sichtbar, daß sich die Forderungen (die Guthaben) immer wachsen und bei immer weniger juristischen und natürlichen Personen konzentrieren und auf

der Gegenseite immer mehr Menschen mit wachsenden Schulden zu verzeichnen sind..

Der deutsche Staat könnte sich durch eine Inflation entschulden, wenn wir noch eine eigene Währung hätten. Dieser Weg wäre aber aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen, die die Deutschen mit Inflationen gemacht haben, äußerst riskant. Hingegen würde Vollbeschäftigung bei einem Zinssatz von Null oder darunter die öffentlichen Haushalte stark entlasten und Mittel für eine wirkliche Tilgung freimachen. Wenn wir die Erfahrungen, die wir in der BRD mit der Politik bisher gemacht haben, auf die Zukunft anwenden, wird dieser Weg aber nicht gegangen werden. Die Folge ist dann, daß automatisch die Staatsverschuldung zunimmt. Irgendwann werden alle Staatseinnahmen (einschließlich der zusätzlich erpreßten Steuern) für die Zinszahlungen verwendet werden müssen. Der Staat wird quasi Eigentümer weniger Kapitalanleger. Die Bürger befinden sich dann unabstreitbar in der Zinsknechtschaft. Es wird wieder einer kommen, der den Begriff mißbraucht und dem Volk Erlösung verspricht und nicht bringt, aber sie dafür in eine noch größere politische Knechtschaft führt als dies die Nazis vermochten.²⁹ Wir können dann sagen: Die Geschichte wiederholt sich nicht genau so wie gehabt, aber doch ähnlich.

Da viele Mitglieder der politischen Klasse inzwischen doch wissen, daß Hitler nicht möglich wurde, weil die Deutschen einem Rassenwahn anheim gefallen waren, sondern weil die Demokraten währungspolitisch versagt haben – sonst würden sie nicht so empfindlich reagieren, wenn der Verdacht ausgesprochen wird, sie würden eine Brüning'sche Politik machen - ist mir unverständlich, daß sich ein Mensch, wie Gerhard Schröder z.B., lieber als Lügner, Versager oder gar Verbrecher beschimpfen läßt, als das freiwirtschaftliche Problemlösungsangebot³⁰ zu prüfen und anwenden zu lassen. Wie ich schon an anderer Stelle berichtet habe, hat es wesentlich an der SPD gelegen, daß in der Weimarer Republik ein praktikables Verfahren nicht zur Rettung der Republik und ihrer Bürger angewendet wurde. Heute haben wir wieder eine Führungsriege in der SPD, die dieser Partei Schande macht. (Das sollte aber nicht als Zuspruch zu den anderen Parteien mißverstanden werden, die haben ihren eigenen Dreck am Stecken.)

29 Wer Wachstum, Wachstum über alles singt, muß auch hinnehmen, daß das Böse wächst.

30 Das in den Formenkreis der Sozialen Marktwirtschaft gehört.

4.4 Antisemitismus und Rechtsradikalismus

Der Antisemitismus ist genauso irrational wie der Philosemitismus, und der Rechtsradikalismus ist im wesentlichen die Krücke, mit denen die politische Mitte dem Volk ihren aufrechten Gang vortäuschen kann.

4.4.1 Antisemitismus

Der Antisemitismus ist, nach dem was ich für mich aus der Literatur gefiltert habe, wesentlich aus den ökonomischen Problemlagen im Ablauf der Geschichte entstanden, und da wo er religiös motiviert erscheint, scheint er mir auch noch ökonomische Interessen zu verschleiern. Da die Erkenntnisse Silvio Gesells, daß unsere ökonomischen Probleme nicht personal, sondern strukturell / institutionell verursacht sind, nicht von der Wissenschaft und Politik aufgenommen wurden, konnten seine Erkenntnisse sich bisher auch nicht als ein Schutz der Juden gegen Unterstellungen – und mehr - entfalten.

Aber nicht nur die Mängel der „großen“ Ökonomie wurden den Juden angelastet, sondern ihre überdurchschnittliche Tüchtigkeit, die sie sich als Angehörige einer Minderheit, die überleben wollte, aneignen mußten, wurde in Zeiten der Unterbeschäftigung oder Preiskämpfen als ungerechtfertigte Überlegenheit empfunden. Nahum Goldmann, aus dessen Biographie ich im Anhang 1 Auszüge bringe, benennt ja noch weitere Eigenschaften, die zum Antisemitismus geführt haben, die mir aber von untergeordneter Bedeutung erscheinen. Die rassistische Begründung des Antisemitismus dürfte jüngeren Datums und vor allem mit dem Nationalsozialismus verbunden sein. Das diese Begründung überhaupt eine politische Prägekraft gehabt hat, zeigt wie stark die geistige Verwirrung in unserer Gesellschaft in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gewesen ist.

Verwirrend ist auch, daß es unter den Juden den Antisemitismus gegeben hat und wohl noch gibt. In dem letzten Auszug aus „Entspannen Sie sich, Frau Ditzfurth“ berichtet Klaus Schmitt³¹ über den Antisemitismus bei Karl Marx. Gestern Abend, als ich mich auf den weiteren vorliegenden Text vorbereiten wollte, las ich in einem Beitrag von Elisabeth Meyer-Renschhausen über Franz Oppenheimer³², daß Oppenheimer vom Autor von „Freiland – Ein

31 Siehe dazu im Anhang 1, Auszug 14.

32 „Bewegte Wissenschaft wider das Bodenmonopol: Franz Oppenheimer (1864 – 1943) – eine biographische Skizze“, vervielfältigtes Manuskript ohne Datum / Und: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Vom Dritten Weg nach

soziales Zukunftsbild“, Theodor Hertzka, wohl angeregt wurde, diesen aber nie persönlich aufgesucht hätte, schon deshalb nicht, weil Hertzka ein fanatischer Antisemit war. Hertzka hatte aber jüdische Eltern. Wir haben hier dann einen Antisemitismus vorliegen, der wohl eine Distanzierung von der im Sozialisationsprozeß erworbenen jüdischen Kultur oder Religion ist.

Wenn also irgendwo antisemitisch argumentiert wird, dann ist zuerst die meistens irrationale Ausgangslage derjenigen freizulegen, die ihren politischen und persönlichen Frust immer noch auf die Juden hier und anderswo abladen zu können glauben.

Die Rolle der Philosemiten³³ ist aber auch nicht besser als die der Antisemiten, weil sie durch die Überhöhung der Juden den letzteren die „Munition“ liefern. Ich bin auch schon mehrfach auf Äußerungen gestoßen, wo Juden sich über unangenehme Umarmungen von Philosemiten beklagten. Gewünscht wurde, daß sich sowohl die Anti- wie auch die Philosemiten ein realistisches Bild von den Juden machen. In der Tat unterscheidet sich doch ein jüdischer Mensch in seinen Anlagen nicht von anderen Menschen. Daß es unterschiedliche kulturelle Ausprägungen unter den Menschen gibt, ist doch normal. Wenn wir heute nach Israel schauen³⁴, sehen wir Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht, Selbstaufopferung und krassen Egoismus, Arbeitslosigkeit und Überlastung wie in anderen westlich orientierten Staaten.

Aber sowohl der Anti- wie Philosemitismus machen eine normale Kritik sowohl der Israeliten wie auch der Juden bei uns schwer. Dabei ist offene Kritik erforderlich, damit sich Unbehagen aufgrund von Haltungen und Handlungen nicht in dumpfe Ablehnung und in Formen von Haß verwandelt. Und es gibt viel zu kritisieren:

Wenn eine Volk-ohne-Raum-Politik der Nazis von Übel war, dann ist auch eine solche Politik der Israelis von Übel. Wenn der deutsche Nationalismus von übel ist, dann ist auch ein israelischer Nationalismus von Übel. Wenn eine nord-koreanische Atombombe oder eine iranische Atombombe von Übel ist, dann ist sie es auch in israelischer Verfügungsmacht. Wenn es von Übel ist, daß deutsche Stiftungen versuchen, über den Klageweg wieder an ehemaliges Eigentum von Deutschen in Polen und anderswo zu kommen, dann ist auch von Übel wenn jüdische Stiftungen das gleiche für Erben von ehemaligen Eigentümern in Deutschland

Eden: Franz Oppenheimer (1864-1942), in: Ästhetik & Kommunikation, Heft 85/86, 23.Jg. Mai 1994, 168-174

33 Merkwürdigerweise übersehen die Anti- wie auch die Philosemiten, daß die Palästinenser auch zu den Semiten gehören. Im Brockhaus ist zu lesen: ... „S. Sind keine Rasse, sondern bestehen in der Hauptsache aus Armeniden und Orientaliden, zu denen auch indoeuropäische Völker gehören. ...“

34 Ich war selber zwar schon an der Küste Libanons und im Suezkanal aber leider noch nicht in Israel. Ich tröste mich damit, daß eine meiner Töchter im Kibbuz gearbeitet hat.

machen. Die Liste läßt sich weiter fortsetzen.

Wie Norman Finkelstein denke auch ich, daß sich eine „Holocaust-Industrie“ herausgebildet hat, die die Schuld der nichtjüdischen Deutschen ausbeutet bzw. ausgebeutet hat. Daß wir uns auf diese Arte der Gutmachung eingelassen haben, ist zu Lasten der Palästinenser gegangen. Bedacht wird auch nicht, daß die Wiedergutmachungsleistungen in der Hauptsache aus dem Arbeitsertrag jener deutschen Generationen aufgebracht wurden und werden, die selbst durch den Krieg gelitten haben und oft genug genau so viele familiäre Verluste an Hab und Gut, durch Tot und Verstümmelungen zu verzeichnen hatten, wie die Juden, die anspruchsberechtigt auf Widergutmachtungszahlungen waren oder sind. Diese Menschen wurden nicht als Opfer getröstet, sondern als Täter geschmäht. Sie waren die Schuldigen, obwohl sie sich nur im Einzelfall als Schuldige erkennen konnten. Also sie zahlten für etwas, was sie nicht verursacht hatten. Das Vermögen des Nazi-Deutschlands war ja nicht mehr da, teils wurde es von anderen Staaten annektiert, zum größten Teil zerbombt. Ihnen wurde gesagt: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber zahlen müßt ihr trotzdem. Als Dank dafür dürft ihr Euch für alle Zukunft mit einem Minderwertigkeitskomplex erzeugenden Schuldgefühl abplagen.“ Wenn man dann noch bedenkt, daß der Zentralrat der Juden häufig wie das (moralische) oberste Verfassungsorgan auftritt und auch noch Sonderkonditionen für einwandernde Juden³⁵ durchsetzt und den Eindruck erweckt, daß ihm eigentlich noch das Recht zu steht, Urteile von Gerichten zu kassieren, die nicht in seinem Sinn sind, dann wundert mich, daß der Antisemitismus sich bei uns nicht in einem größeren Umfang etablieren konnte.

Wer sich selber ein Bild machen will von den geschichtlichen Abläufen im vorigen Jahrhundert und insbesondere von der Schuld der Deutschen, hat es schwer, weil der Vorgang so komplex ist und die zu sichtenden Zeugnisse so umfangreich sind, daß es zum Verzagen ist. Dies ist aber kein Grund für einen freiheitlichen und demokratisch sich verstehenden Staat, seinen Bürgern eine Definition der Schuld per Gesetz zu verordnen. Wir müssen lernen, mit den Widersprüchen und den unterschiedlichen Wahrnehmungen zu leben, weil wir uns sonst alle gegenseitig aus der Gemeinschaft der „anständigen“ Deutschen ausschließen müssen. Jede Sichtweise der Vorgänge hat so lange eine Darseinsberechtigung, bis sie durch eine qualitativ bessere abgelöst wird – und zwar nicht durch eine kollektive Mehrheitsentscheidung, sondern als individuelle Einsicht.

35 Ungleichbehandlung der Zuwanderer

In der Zeitung „Die Welt“ war am 6. Februar 2001 unter dem Titel „Ein Mann sieht rot“ ein Interview mit dem schon erwähnten Norman Finkelstein zu lesen. Da ist unter anderem zu lesen:

„Die Welt: Sie bezeichnen sich den Holocaust als Ideologie.

Norman Finkelstein: Genauer: als ideologisches Konstrukt, das ursprünglich den Interessen der jüdischen Elite in Amerika diente und jetzt zu einem Instrument der Bereicherung verkommen ist, zum Wiedergutmachungsschwindel.“

Daß der Jude Finkelstein vielen nichtjüdischen Deutschen und sicher auch einer Minderheit der Juden aus der Seele spricht, weil sie schon lange diesen Eindruck gewonnen haben, ist die eine Sache. Die andere Sache ist, wie diejenigen, denen die Aussage aus sachlichen oder politischen Gründen ganz und gar nicht schmeckt, damit umgehen.

Unter www.welt.de/data/2001/07/05/503899.htm fand ich einen Beitrag von Walter Laqueur mit dem Titel:

„In Deutschland geboren – Amerikas Europapolitik lebte von den Emigranten - ...“

Er setzt sich mit ihren Wirkungen und Einstellungen auseinander und schreibt dann:

„Es soll nicht verschwiegen werden, dass ihre Geduld gelegentlich auf eine harte Probe gestellt wurde. Um nur ein Beispiel zu nennen. Die Tatsache, dass ein absurdes Buch wie das von Norman Finkelstein nicht nur von der Mehrzahl der Deutschen ernst genommen wurde und lange auf der Bestsellerliste erschien, musste zu Rückschlüssen führen über deutsche Meinungen und Stimmungen, die unterschwellig vorhanden waren, über die man in diplomatischen Kreisen nicht geredet hatte, die unter den meisten Gebildeten tabu gewesen waren, über die man aber jetzt endlich frei reden konnte. Ein Fenster war geöffnet worden, wie sich ein deutscher Literat ausgedrückt hatte, aber nicht der frischen Luft, sondern Gerüchen, die einer vergangenen Zeit angehörten. Es ist zu zeitig, darüber zu urteilen, ob es sich bei der Finkelstein-Affäre um eine vorübergehende Entgleisung handelt oder ob ein Wandel in der deutschen öffentlichen Meinung eingetreten ist, der letztlich politische Folgen haben wird.

Warum muß Walter Laqueur, der nach Redaktionenauskunft eine bedeutende Karriere mit viel Einfluß hinter sich hat, in der Situation, wo die Wahrheit und die Propaganda nur schwer zu unterscheiden sind, einen Kritiker der Mehrheitsmeinung mit der Wertung „absurdes Buch“ und „Finkelstein-Affäre“ belegen und indirekt die Deutschen davor warnen, vom Glauben an ihre Schuld abzuweichen. Es gehört zur „Offenen Gesellschaft“ (Popper), abweichende Meinung zu ertragen und wenn nötig geduldig und Schritt für Schritt Argumente der Gegenmeinung oder einer anderen Erkenntnis vorzutragen. Wer sich hier verweigert, gibt den Kritikern mit abweichenden oder gegenteiligen Meinungen von vornherein recht.

Auch der verstorbene französische Widerstandskämpfer und Historiker, Paul Rassinier, hat das Recht, ernst genommen zu werden, wenn er sagt, in der Schilderung des Ablaufes und der Wirkungen des Nationalsozialistischen Terrors sind mehr als Fehler enthalten. Es ist ein Unding, den politisch rechten Kräften einen solchen Autor zu überlassen und jene anderen, die zu einem solchen Werk greifen, um sich ein unabhängiges Urteil zu bilden, in die rechte Ecke schieben zu wollen. Ich empfinde, die ganze geistige Haltung in dieser Diskussion ist von unterdrückerischer Art, wie sie in der NSDAP und auch in der SED zu Hause war.

Eine solche Auseinandersetzung – wie diese - ist auch für mich eine emotionale Anstrengung. Ich erhole mich dadurch, daß ich jetzt ein Zitat von Rafael Seligmann aus dem Artikel „Braucht Deutschland ein jüdisches TV-Magazin?“ (Ebenfalls von der Internetseite der *WELT*.) wiedergebe:

... „Die Zahl der Filme, Dokumentationen, Diskussionen über den Holocaust schwoll lawinenartig an. So lange, bis im Bewusstsein der Bevölkerung das Judentum mit der Shoah gleichgesetzt wurde. Der erhobene Zeigefinger und selbstgerechte Belehrung ersetzten das Wissen. Hier hatte Martin Waiser recht. Es war nicht mehr zum Aushalten.

Das deutsche Judentum hat eine 1600-jährige Geschichte. Es repräsentiert Gesetz, Glaube, Geschichte, kulturelle Vielfalt und Erneuerung. Die Hebräer waren und bleiben Teil der deutschen Geschichte, Gesellschaft und Kultur. Das Wissen darum darf nicht unter Leichenbergen ersticken.

1993 wurde ich als Musterjude gebeten, Drehbücher für einen deutsch-jüdischen Fernsehfilm zu schreiben. Meiner Bedingung, die meschuggene Normalität des heutigen jüdischen Lebens in Deutschland aufzuzeigen, wurde sogleich zugestimmt: 'Eben dies wollen wir.' Man glaubte sich so einig wie einst in der deutsch-jüdischen Symbiose. Das Produkt des fünf Jahre später gesendeten Streifens 'Schalom meine Liebe' (der Titel ist ein Monstrum) war eine Anhäufung von Klischees. Jüdische Figuren tragen grundlos Bärte und sprechen gebrochen deutsch. So wird dem 'dummen' Zuschauer eingetrichtert: So sind Juden.

Nein! So sind sie nicht, zumindest nicht heute in Deutschland. Die Hebräer dieses Landes sind nicht Heinrich Heine, Albert Einstein, Therese Giehse, Max Liebermann, Walther Rathenau und Victor Klemperer. Wir sind nicht so gescheit, aber wir leben - ebenso wie unsere christlichen Mitbürger. Die Philosemiten werden enttäuscht sein, aber die viel gepriesene Klezmer-Musik hat mit dem deutsch-jüdischen Kulturerbe nichts gemein. Das deutsch-jüdische Erbe ist mehr als eineinhalb Jahrtausende älter als Hitler und es wird noch zumindest eineinhalbtausend Jahre weitergehen. Seine Heimat ist nicht das verklärte Schtetl Osteuropas, sondern sie liegt vor der eigenen Haustüre. Erst wenn dies begriffen wird, dann haben Hitler und die seinen endgültig verloren.

Nicht ein jüdisches, aber ein deutsch-jüdisches Fernseh-Magazin könnte helfen, dies zu

verstehen. Denn beide Völker und Kulturen sind unentrinnbar miteinander verwoben. Solche Beiträge könnten das deutsch-jüdische Erbe wiederbeleben und damit das meschuggene deutsche Selbst-Bewusstsein normalisieren. Dazu braucht es keine Musterjuden, aber Mut und Verstand.“

(Rafael Seligmann ist Schriftsteller und Politologe in Berlin.)

Ich überlege nun, ob die Wirkungszeit des Judentums auf unsere Kultur nicht schon länger dauert als 1600 Jahre. An Nahum Goldmann (Mein Leben, Auszüge im Anhang 1) anknüpfend ist der Monetheismus eine jüdische Schöpfung, das daraus hervorgegangene Christentum beginnt mit dem Juden Jesus. Also hat das Jüdische bei den germanischen Völkern mit dem Eindringen der christlichen Religion begonnen und vielleicht bevor ein Jude, eine Jüdin überhaupt in den germanischen Völkern gesichtet wurde.

Da das Eindringen des Christentums häufiger ein Gewaltakt mit Verdrängung anderer Religionen war und keine friedliche Übernahme einer „höherstehenden“ Religion, sondern die Vertreibung alter Götter, hat die geschichtliche Beschäftigung mit diesem Thema bei Leuten, die dem Christentum ablehnend gegenüberstanden, sicherlich eine in Richtung Antisemitismus fördernde Wirkung gehabt. Dies darf aber nicht dazu führen, daß uns Deutschen verübelt wird, wenn wir uns mit unserer eigenen Geschichte beschäftigen oder uns für die Götter unserer Ur-Urahnen begeistern.

4.4.2 Der Anti-Antisemitismus als Verteidigungsstrategie des Kapitalismus

Eine andere Frage beschäftigt mich: Wird der Anti-Antisemitismus als Verteidigungsstrategie für den Kapitalismus mißbraucht? Ich meine folgendes: Unter den Juden waren bekannter Maßen immer einige, die besonders gut die Möglichkeiten des Kapitalismus (hier nicht gleich Marktwirtschaft) zu nutzen wußten. Nach Nahum Goldmann (s. Auszüge) sah der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart in den Juden einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus (Hier sicher als Synonym für Marktwirtschaft benutzt). Unter dem Einfluß der Boden(rechts)reformer, wozu auch Franz Oppenheimer gehörte, hat Israel sich ein Bodenrecht zugelegt, daß nur 3% seiner Fläche in privatem Eigentum belassen hat.³⁶ In einem anderen mündlichen Berichte eines Städteplaners hieß es aber, daß die Israelis stark im

36 CGW-Rundbrief 05/2 Juni 2005, Biblische Quellen zur Bodenreform, www.cgw.de

Bodenmarkt der Bundesrepublik engagiert sind. Wenn sie nun beim Boden die gleich gespaltene Ethik sich angeeignet haben wie sie der Talmut ihnen beim Zins vorgibt, dann dürfen sie über den Boden die eigenen Brüder nicht ausbeuten, aber wohl die Fremden.

Norman G. Finkelstein schreibt in seinem Buch (S. 41), daß von den 40 reichsten Amerikanern 16 Juden sind. Abgesehen davon, daß die Vermögenskonzentration die Idee von Demokratie sabotiert und zu ökonomischen Fehlentwicklungen führt, ist das so lange kein Problem, wie die Erträge aus dem Kapital (Boden und Geld) nicht dazu eingesetzt werden, die Quellen des arbeitslosen Einkommens am Fließen zu erhalten. Ein solches Verhalten ist menschlich allzu verständlich, politisch aber mehr als töricht. Das Gefährdungspotential, welches schon durch die Kapitalkonzentration entstanden ist und weiter wächst, bedroht nicht nur die Juden als Gesamtheit, sondern die Menschheit. Die Zeitgenossen, die sich für eine Boden- und Geldreform stark machen, stehen hier vor der Frage, ob hier vielleicht Gelder zu Leuten fließen, von denen sie als Antisemiten diffamiert werden, um durch eine Anti-Aufklärung die alten Zustände aufrecht zu erhalten. Das ist noch nicht als Verdacht formuliert, sondern nur als Frage, die gestellt werden muß, wenn man sich unverständliche Widerstände erklären will, die den Reformern entgegengebracht werden.

4.4.3 Der Rechtsradikalismus

Ich weiß nicht, wen die Bürger mehr fürchten müssen, Linksextreme, Rechtsextreme oder die lahme und genauso verlogene Mitte, die durch „faule Kompromisse“ keine Probleme löst, aber immer neue schafft. Ich mag keine Vermummten Gestalten und keine Glatzköpfe, wenn die Vermummung oder der Glatzkopf nicht als Schmuck gemeint ist, sondern zur Uniform wird. Ich weiß nur, daß eine Gesellschaft nicht ihre Extreme wegschließen kann. Das Verhältnis zwischen der politischen Mitte und den politischen Extrempositionen ist eine Korrelation, eine Wechselbeziehung. Ist die Leistung der Mitte gut, sind die politischen Extreme schwach und umgekehrt. Linkes und rechtes Agieren per Gesetz und Gefängnis³⁷ zu verhindern, bedeutet das politische Thermometer an einem bestimmten Punkt zu fixieren. Als Kontrollinstrument fällt es dann aus. Auch ist der Haß auf die Rechten nicht besser als deren Haß auf die Linken und Mittigen. Traditionell werden in der BRD – nicht immer aber in den letzten Jahren - linke Aktivisten mit einem Bonus bedacht und rechte mit einem Malus. Man soll sich aber nicht täuschen, beide Marschrichtungen führen in den Abgrund. Trotzdem haben die Lin-

³⁷ Kriminelles Verhalten muß natürlich in allen Lagern verfolgt werden.

ken und Rechten die gleichen politischen Rechte wie die Mittigen und auch das Recht, mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden. Wenn die Extremen verteufelt werden, muß man sich nicht wundern, daß sie sich teuflisch verhalten.

Finkelstein meint, daß die USA und Israel den Holocaust instrumentalisieren, um von den eigenen Problemen abzulenken. Nach meiner Einschätzung haben bei uns die Rechtsextremen für die politische Mitte diese Funktion zu erfüllen. Wie stünden denn unsere Regierungen (in unterschiedlicher Zusammensetzung) da, wenn sie nicht die Methode „Haltet den Dieb!“ anwenden könnten? Die Rolle des imaginären Diebes hat die politische Mitte den extremen Rechten zugedacht, um sich selbst als Schützer der guten Werte, der FdGO (= Freiheitlich demokratische Grundordnung) darstellen zu können. Ich betone es nochmals: Ich sage es ohne Sympathie für die Rechte.

Im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Kapitulation ist es ja zu einer Auseinandersetzung darüber gekommen, ob der Tag als ein Tag der Befreiung oder ein Tag der Niederlage zu verstehen ist. Ich denke, die Diskussion ist zu oberflächlich geführt worden. Allein darunter, was die Menschen damals als Befreiung verstanden haben, sind sehr unterschiedliche Zustände zu verstehen. Natürlich hat es viele Menschen gegeben, die sich vom nationalsozialistischen Terror, von den Wirkungen einer lebensfeindlichen Ideologie befreit fühlten. Da viele Menschen sich aber nur noch in der Hoffnung durch die Tage schleppten, daß der Krieg bald zu Ende sei, war die Kapitulation eine Befreiung von der Ungewißheit, wann das Erhoffte eintreten würde. (Für viele war das Ende des Krieges aber nicht das Ende ihres Leidens.) Die einen fühlten sich befreit, weiterhin unsinnige Befehle ausführen zu müssen, die anderen fühlten sich vom Bombenhagel oder vom Tieffliegerbeschuß befreit. Es war aber auch eine Niederlage. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß die Menschen damals das Ende des Krieges erstens mit unterschiedlichen politischen Einstellungen, in unterschiedlichen Rollen und ohne unser heutiges Holocaustwissen im Kopf erlebt haben. Ein mir lieber Mensch, der als Jugendlicher den Held spielen wollte und bei der Waffen-SS gelandet war, war eher verwirrt als befreit. Erst landete er wie viele deutsche Soldaten in den Rheinwiesen zur Sonderbehandlung durch das US-Militär. Für diese Menschen war die Kapitulation keine Befreiung. Was der SS vorgeworfen wurde, hat er aber erst in französischer Gefangenschaft erfahren und nicht aus eigenem Erleben. Ich selber kann mich erinnern, daß das Kriegsende nur ein Wechsel von einem Angstzustand in den anderen war. Als der Krieg zu Ende ging, aber noch versprengte Soldaten unser Fluchtloch im Moor passierten und die Granaten noch vereinzelt über uns

flogen, habe ich meinem Bruder (Jahrgang 1939) vom Barßeler Markt, von den Karussells und von den Marktbuden mit dem Glitzerzeug erzählt. Die Erlebnisse und Empfindungen, die mit dem Kriegsende verbunden waren, sind also vielfältig und nicht mit einem Begriff zu fassen. Für die einen war es Befreiung, für die anderen eine Niederlage, und für noch andere war es beides. Neulich habe ich die Antrittsrede von Bundespräsident Heinemann gelesen. Heinemann geht – Bundespräsident Heuss zitierend - genau auf diese gemischte Lage ein. Von dem Teil der Bevölkerung, der das Ende als Niederlage erlebt hat, kann man nicht einmal alle als Nazi-Treue einstufen, weil die Bedrohung einer Gesellschaft von außen die inneren Widersprüche überspielt. Wenn Not am Mann ist, muß man sogar eine Regierung unterstützen, die man sonst zum Teufel wünscht. So ist diese Haltung. Autoritäre Regime haben sich im Laufe der Geschichte diese Verhaltensweise der Untertanen ja auch zu Nutze gemacht, indem sie einen Krieg anzettelten, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Im Anhang 1 befinden sich auch Auzüge aus dem Tatsachenroman „Die Schleuse“ von H.P. Dietrich (alias Horst Bethmann). Dort wird berichtet, wie sich selbst noch inhaftierte ehemalige jüdische Offiziere für einen Sieg des Reiches und nicht für seine Niederlage aussprachen. Wer auf den Staat fixiert ist, kann sich wohl nur schwer von diesem distanzieren, wenn er Unrecht tut. Und diese Haltung ist doch nicht mit dem Nationalsozialismus untergegangen.

Noch ein Wort zum Rechtsradikalismus und zur Jugend.³⁸ Nicht alles was sich unter jungen Menschen als rechtsradikal gebärdet ist wirklich verinnerlichter Nationalismus oder gar Nationalsozialismus. Einen Teil der Aktionen und Äußerungen kann man getrost auf das Konto „Loslösung von der Elterngeneration und Protest gegen die Erwachsenenwelt“ buchen. Das ist auf der linken Seite nicht anders. Womit kann man am besten seinen Protest ausdrücken? Natürlich mit Dingen, die die Welt der Erwachsenen verbietet. Besonders reizvoll und mutig ist dann, Symbole zu tragen oder hochzuhalten, die verboten sind und als böse hingestellt werden. Ich bin sogar der Meinung, daß nicht immer die Juden gemeint sind, wenn jüdische Gräber geschändet werden. Es werden vermutlich häufig nur Ventile für die Abneigung gegen die Erwachsenen und den Haß auf das Leben, wie es sich für den Frustrierten darstellt, gesucht. Das macht die Vorgänge nicht besser, sie bedürfen aber einer anderen Reaktion unsererseits. Bei der Bewertung des Verbots, Nazi-Symbole zu tragen und zu zeigen, bin ich mir unsicher. Wir müssen auf der einen Seite sehen, daß solche Verbote eine Einschränkung der Meinungsfrei-

38 Mein Sohn Falk hat nach Landwirtschaftslehre, Zivildienst und Krankenpflegerausbildung im Sozialarbeiterstudium 1995 eine Arbeit mit nachfolgend genannten Titel angefertigt: „Die Bedeutung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster für Jugendliche“. Ich will sie hier nicht zitieren oder referieren, sondern nur sagen, daß sie mir als Informationsquelle diente.

heit sind. Auf der anderen Seite sind die Verbote durch ihre Umgehung und Überschreitung gute Ableitungen von Aggressionen, die sonst womöglich einen gefährlicheren Weg suchen müßten. Eine unerwünschte Haltung kann man mit diesen Verboten begrenzt unterdrücken, aber nicht aufheben.

Wenn die Nazi-Symbole gezeigt werden dürften, hätten sie mit großer Wahrscheinlichkeit eher einen abschreckenden als ein werbenden Effekt. Es ist auch eine irriige Annahme, daß Symbole eine politische Bewegung auslösen können. Es ist umgekehrt, Bewegungen schaffen sich ihre Symbole und sterben mit den Bewegungen. Wenn sie trotzdem überleben, sind sie nur noch Dekoration. Ein Beweis dafür ist mir auch der gescheiterte Versuch von Victor de Kowa, der auch davon ausging, daß die Nationalsozialisten durch das Tragen des Parteiabzeichens viel Zulauf erhalten hätten. Erst hätten sich wenige mit dem Zeichen zur NSDAP bekannt, dann, durch die Wenigen ermutigt, immer mehr Menschen. Das hätte eine Sogwirkung gehabt. Er selber wollte, daß sich im Nachkriegsdeutschland die große Mehrheit der Bürger mit dem PAX-Zeichen schmücken und dadurch zeigen, daß sie einen neuen Geist repräsentieren und ein neues Deutschland wollen. Ich habe zwei kleine Schriften von Victor de Kowa. Die eine heißt „Katechismus des gesunden Menschenverstandes“, die andere, aus der ich nachfolgend zitiere, heißt „Kyrie Eleison – Ich kann nicht anders / Pax“³⁹

Wir sind überzeugt davon, daß
es nicht und nie mehr darauf ankommt,
wer recht hat, sondern bei allem, was wir
tun und denken, kommt es nur darauf an,
was Recht ist! So stark muß unsere Überzeugung
sein, daß wir dadurch die anderen ändern. Denn dadurch,
daß die einzelnen Menschen mit Gott verbunden sind, sind
sie auch untereinander verbunden. WÜNSCHEN, BITTEN,
BETEN SIE MIT MIR, DASS SEIN WILLE GESCHEHE
NICHT NUR IM HIMMEL, SONDERN AUCH AUF
ERDEN! GEBEN SIE SICH MUTIG ZU BEKENNEN ALS
EINER, FÜR DEN ES KEINE RELATIVEN BEKENNT-
NISSE ZU DEN GESETZEN DER BERGPREDIGT GIBT!
MACHEN SIE IHREN FRIEDENSWILLEN SICHTBAR!
TRAGEN SIE MIT MIR DAS PAX-ABZEICHEN! Denn
wer nicht gegen den Krieg arbeitet, der arbeitet dafür.
Man ist entweder Christ oder Soldat.
Beides zusammen geht nicht.

39 Victor de Kowa war Schauspieler (Im Film „Des Teufels General“ nach Carl Zuckmayer der Gegenspieler von Kurt Jürgens.) Seine Hefte haben mich durch die Jahrzehnte begleitet. Ich weiß heute nicht mehr, ob ich sie im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg erworben habe oder ob ich sie von seiner Schwester oder Mutter erhalten habe. Ich bin mit seinem Neffen gemeinsam auf einem Schiff gefahren.

Das Zeichen hat sich nicht durchgesetzt, weil die Idee, die es verkünden sollte, nicht gesiegt hat.

Noch ein Wort zur Verfassungsfeindlichkeit von Menschen, die einen anders gearteten Staat wollen. Ich weiß nicht, ob es eine vergleichende Studie über autoritäre und freiheitliche Staaten gibt. Wenn es sie gibt und die Verfasser nicht dafür bezahlt wurden, daß sie die großen Unterschiede „feststellen“ sollten, dann wird es dem Leser mit großer Wahrscheinlichkeit erschrecken, wie viel Übereinstimmung - institutionell und strukturell – es zwischen totalitären und freiheitlichen Staaten gibt.

Unabhängig von dieser Aussage ist es doch so, daß es für einen totalitären Staat systemangemessen ist, wenn die Mächtigen sagen, wer einen anderen Staat will als den, den wir repräsentieren, den machen wir einen Kopf kürzer, sperren ihn weg oder weisen ihn aus. Das ist sozusagen die innere Logik eines totalitären, aber eben nicht eines freiheitlichen Staates.

Die Gründer eines freiheitlichen Staates würden sagen:

„Wir – das Volk, die Repräsentanten oder die Auserwählten - haben über den Staat, in dem wir leben, nachgedacht und ihm eine Form gegeben, deren Zeichnung die Verfassung ist. Die Zustimmung wurde durch eine Mehrheitsentscheidung herbeigeführt. Ob wir mit der beschlossenen Verfassung die richtige Form über den Tag hinaus gefunden haben, wird die Zukunft erweisen. Es gab bei der Abstimmung Unterlegene mit anderen Ansichten und die in unseren Verfassungsstaat später Hineingeborenen und Zugezogenen werden vermutlich zum Teil auch andere Vorstellungen von ihrem idealen oder optimalen Staat haben als wir. Da wir einen freiheitlichen Staat wollten und der Wettbewerb eine Bedingung der Freiheit ist, ist es logisch, daß unsere unterlegenen Mitbürger und die mit der jetzigen Verfassung unzufriedenen Neubürger das Recht haben, eine andere Verfassung und damit eine andere Form des Staates anzustreben. Im Extremfall muß unsere Verfassung mit dem Entwurf einer Verfassung konkurrieren, die einen totalitären Staat ermöglichen soll. Diesen Fall haben wir einkalkuliert. Unser „Verfassungsschutz“ besteht darin, daß wir die Verfassung so formuliert und beschlossen haben und weiter entwickeln werden, daß immer eine überwältigende Mehrheit unserer Bürger mit dieser Verfassung und ihrer Weiterentwicklung zufrieden und glücklich sind.“

Nach diesem Verständnis sind nicht diejenigen die Verfassungsfeinde, die einen anderen Staat

und eine andere Verfassung wollen, sondern diejenigen, die die Verfassungsorgane personell besetzt haben und die geltende Verfassung willkürlich auslegen, brechen oder ohne Auftrag umformulieren.⁴⁰

Wenn es bei uns keine Menschen gäbe, die einen anderen Staat wollen, sollte man sie dringend suchen. Denn die Freiheit ist dann am meisten gefährdet, wenn man sie für selbstverständlich hält. Die Freiheit braucht die ständige Herausforderung durch jene, die sie abschaffen wollen. (Und eine politische Klasse, die kein Gespür mehr hat für Ehrlichkeit in Verfassungsfragen, muß von der vereinten Bürgerschaft auf den Topf gesetzt werden.)

(An dieser Stelle hat Josef Hüwe, der diese Arbeit ab Gliederungsziffer 4 korrigiert hat, einen Zettel mit folgendem Wortlaut eingefügt: „Willst Du hier nicht vorsorglich (damit man Dir nicht doch „Verfassungsfeindlichkeit“ anhängen kann) darauf hinweisen, dass nach dem Grundgesetz die Grundrechte in keinem Fall in ihrem Wesensgehalt angetastet werden dürfen? (Art. 19/2 GG)“

Antwort: Nach meinem Verständnis sind die Grundrechte angeboren, also Naturrecht, soweit sie als positives Recht gefaßt werden, handelt es sich um einen Versuch, diesen Rechten ein sichtbares Kleid zu geben. Dieses Kleid ist aber keine Garantie für ihre Wirksamkeit. Ich vermute, daß in ganz frühen Gesellschaften weit vor unserer Zeitrechnung die Grundrechte für die Menschen eine gefühlte Wahrheit war. Dieses Wissen ist mit den Entwicklungen der Gesellschaften, ihren Schichtungen, der Ausprägung von Herrschaftsformen verloren gegangen und konnte erst mit der Aufklärung durch eine bewußte Wahrheit wieder das Licht der Welt erblicken. Es wäre interessant zu erfahren, in welchen Religionen, Philosophien und geschichtlichen Gesellschaften die Menschenrechte in welchem Umfang zwischenzeitlich als gegeben betrachtet wurden. Also, für einen freiheitsliebenden Menschen können die Menschenrechte nie zur Disposition stehen. Aber die Niederschrift der Grundrechte in einer Verfassung ist noch kein Beweis dafür, daß sie auch durchgängig konkret in einer Gesellschaft gelten. Und die Leistungsschwäche der Demokraten setzt – wie zu Weimars Zeiten – die Grundrechte der Gefahr aus, daß die Mitglieder unserer oder einer anderen Gesellschaft – wenn es hart auf hart kommt - lieber konkretes Brot statt abstrakte Grundrechte wählen. Die Benennung der Grundrechte in der Verfassung sind somit nur ein begrenzter Schutz gegen eine neue Diktatur.)

40 Es ist ein schlechter Witz, wenn ein Verfassungsorgan, das nach Weisungen der Verfassung handeln soll, die Verfassung einfach ändern kann, wenn diesem irgendeine Artikel nicht mehr in den Kram passen.

4.5 Deutschland und die Welt:

Wiedergutmachung / UNO / Militäreinsätze / Menschenrechte – Völkerrecht /
Bündnisse / Außenpolitik
(Einfügung vom 27. August 2005)

Eine Gesellschaft, in deren Namen ein Massenmord getätigt wurde, kann genauso wenig wie ein einzelner Mörder die Tat bzw. die Taten an jenen wieder gutmachen, die ermordet wurden. Auch ist eine Wiedergutmachung an Angehörigen der Ermordeten nur bedingt möglich. Was möglich ist, ist für den einzelnen Mörder wie auch für eine Gesellschaft, die in einem bestimmten Abschnitt ihrer Geschichte mörderisch war, dem eigenen Volk oder der Weltgemeinschaft etwas zu geben, was das Leben Einzelner oder der Weltgemeinschaft fördert. Konkretisiert wäre das zum Beispiel für unser Volk die Aufgabe, in den eigenen Grenzen modellhaft der Welt zu zeigen, wie man demokratische, ökonomische und ökologische Probleme bei kultureller Vielfalt und Zunahme von Lebensfreude entwickelt. Dieser Aufgabe haben wir uns verweigert, statt dessen glaubten wir uns freikaufen zu können, was die Probleme, die Schuld – wie schon an anderer Stelle gesagt – nur vermehrt hat.

Nun glaubt die Politik, wir könnten unserer Mitverantwortung für die Welt durch Militäreinsätze gerecht werden. Wie ehrlich ist eine solche Politik? a) Uns ist doch der Feind abhanden gekommen, und die Politik hat die Schwierigkeit, die enormen Kosten für das Militär zu begründen. Also muß der Ersatzfeind her. Gott sei Dank – so werden die Militärfachleute und Rüstungslobbyisten hinter der vorgehaltenen Hand sagen -, Gott sei Dank haben wir die Terroristen – und die müssen wir mit internationalen Militäreinsätzen bekämpfen und dazu taugt die alte Ausrüstung nichts. Also doch nicht so schlechte Zeiten für unser Geschäft.

b) Wenn irgendwo in dieser Welt die Waffen sprechen, dann haben westliche Länder – einschließlich Deutschland - schon vorher daran verdient. c) Nach dem zweiten Weltkrieg, das Grauen noch in frischer Erinnerung, hat die Mehrheit der Deutschen – besonders die Mütter – gesagt, nie wieder Waffen, nie wieder Krieg. Heute Demonstrieren Frauen und Männer – besonders wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, wenn ein Rüstungswerk oder ein Bundeswehrstandort geschlossen werden soll, weil ihnen der eigene Arbeitsplatz wichtiger ist als „pazifistische Träumereien“ oder die Unversehrtheit oder das Leben von Menschen, die nicht unmittelbar vor der eigenen Tür leben. (Und in der Tat ist die ganze Rüstung, wenn man sie ehrlich betrachtet, mehr ökonomisch als sicherheitspolitisch begründet.) Schwerter zu Flugscharen, dieses Ziel – das haben die freiwirtschaftlichen Gründungsmitglieder schon zu

Beginn der grünen Partei gesagt – läßt sich nicht mit der derzeitigen Ökonomie erreichen.

Ich will ja nun gar nicht sagen, daß jegliche militärische Aktion im Ausland unnützlich oder gar schädlich ist. Nur, hier gibt es gleich wieder rechtliche und moralische Probleme. Wir können Terroristen (die sich selbst natürlich als legitime Vertreter einer Klasse oder ihres Volkes sehen.) nicht ungesetzliches Handeln vorwerfen, wenn wir selber ohne Rechtsgrundlage und meistens auch noch ohne eine saubere moralische Position außer Landes am fremden Ort als militärische Schutz- oder Schlichtungsmacht auftreten. Eine Zustimmung des Bundestages heilt nach meinem Dafürhalten den Mangel nicht, denn es gibt ja noch das Völkerrecht. Wenn dieses auch noch in Übereinstimmung mit dem militärischen Einsatz ist, dann ist ja noch nicht die Hürde der Menschenrechte genommen, die ja so laut, oft und zu Recht von den westlichen Staaten eingefordert werden. Nehmen wir an, in einem afrikanischen Staat soll ein Bürgerkrieg beendet werden, auf der einen Seite ein Diktator (oder auch nur eine autoritäre Regierung), auf der anderen Seite die Bürger, die um ihre Menschenrechte kämpfen. Auf welche Seite würden wir uns schlagen? Und würden wir uns überhaupt in Bewegung setzen, wenn das Land keine Rohstoffe hätte, die wir gerne haben würden oder wenn wir nicht von einer befreundeten Macht unter Druck gesetzt würden, doch bitte gefälligst unseren Beitrag zu leisten?

Nun kommt sicher der Hinweis, die UNO müsse den Einsatz beschließen und die Kontingente der nationalen Streitkräfte anfordern. Aber hier müßte wiederum geklärt werden, ob das Völkerrecht bei der Beurteilung und der Entscheidung über den Einsatz den Vorrang haben soll oder die Menschenrechte. Dann plagt noch die Frage: Wie demokratisch und handlungsfähig ist die UNO denn? Wird sie überhaupt reformiert werden können und wenn ja, dann eine Form erreichen, die mehr ist als eine kleine Variante des Statuses, den sie am Ende des Zweiten Weltkrieges von den damaligen Siegermächten bekommen hat? Es gibt gute Gründe, die UNO zu stärken und zu reformieren. Wenn die verharrenden Kräfte aber so stark sind, daß das nicht möglich ist, dann hätten wir als mittelgroßer Staat nicht die Aufgabe uns resignierend zu fügen, sondern die Pflicht, aus der UNO auszutreten, um so eine neue UNO zu ermöglichen. Wenn wir erst 10 weitere Staaten zum Mitmachen gefunden haben, folgen schnell die nächsten 50. Das schafft dann schnell eine Basis für eine gleichberechtigte und ernsthafte Reformdebatte.

Die Politik der USA können ja wohl nur politisch Blinde oder jene gutheißen, die davon profi-

tieren. Das ist aber kein Grund für einen generellen Antiamerikanismus. Erstens ist es ja so, daß es ja wirklich zu einem erheblichen Teil Verwandte der Deutschen, noch mehr der Europäer insgesamt sind. Zweitens können wir für alle Lebensbereiche aus dem Denken und Tun der Einwanderer aus Europa und der ganzen Welt (und ihren Nachfahren), die US-Bürger geworden sind, für uns schöpfen. Vieles was als amerikanisch bei uns abgelehnt wird, ist nicht ein Ausdruck der Kultur der USA, sondern des Kapitalismus. Was wir aber nicht tun sollten, ist, der US-Politik-Klasse in den Hintern kriechen. Diese Neigung haben deutsche Politiker, die nach dem Krieg etwas werden wollten, oder bleiben wollten, doch ausgeprägt gehabt. Die Bedrohung aus dem Warschauer Pakt bis zum Fall des Eisernen Vorhanges hat das nur verdeckt. Wir haben durchaus den den US-Amerikanern viel zu verdanken. Von Selbstlosigkeit und Nächstenliebe kann man aber nur bei den Hilfsorganisationen sprechen. Die Amerikanische Politik war immer eigennützig – ohne politische oder wirtschaftliche Rendite hat sie noch nie einen Einsatz geleistet.

Die Befangenheit der europäischen Politiker in der Nachkriegspolitik hat dazu geführt, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhanges die NATO als Gegenmacht zur Sowjetmacht nicht aufgelöst wurde. Der USA-Politik konnte das nur recht sein, weil sie auf diese Weise die Europäer weiterhin unter Kontrolle hatte und noch hat. Für die Eigenentwicklung Europas, für das Verhältnis zu Rußland und in Bezug auf eine mögliche Rolle Europas als Schlichter oder Gegengewicht in der Dritten Welt, halte ich das aber für schädlich.

Heute (am 27. 8. 05) läßt die Hannoversche Allgemeine Zeitung unter der Schlagzeile „Am Verhältnis zu den USA scheiden sich die Geister“ das Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Hans-Peter Schwarz zu Wort kommen. Es wird auf sein Buch „Republik ohne Kompaß – Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik“ hingewiesen. Ja, unsere Republik ist ohne Kompaß, auch wenn sie einen Außenminister hat, der den Deutschen ein beliebter Politiker ist (oder war?).

Es ist aber kein Wunder, daß unsere Republik ohne außenpolitischen Kompaß ist. In einem autoritären Staat kann die Außenpolitik leicht zielgerichtet sein, weil sie nur von einem Machthaber oder einer Machtklicke abhängt. In einem demokratischen Staat ist das sehr viel komplizierter. Aber eine zielgerichtete Außenpolitik wird dann unmöglich, wenn das Staatsvolk wie das Deutsche nach einer mehrdimensionalen Katastrophe noch gar nicht zu sich selbst gefunden hat. Es ist sozusagen der Fluch der Bösen Tat, die Verhinderung der Selbstfindung unserer Gesellschaft im Einigungsprozeß durch das Parteienkartell, daß uns auch in

diesem Bereich heute noch Schwierigkeiten macht und weiter machen wird. Ein Regierungswechsel in Berlin bei gleicher Geisteshaltung bringt uns in Bezug auf die Außenpolitik auch nichts. Hans-Peter Schulz findet es laut HAZ es völlig unverständlich, daß die SPD die EU-Krise in ihrem Wahlmanifest verschweigt. Nun, alle Parteien haben genügend Grund, die EU nicht zu erwähnen. Denn es ist doch offensichtlich, daß unter ihrer Mitwirkung die Idee vom Europa der Freien sich immer mehr zum Europa der bürokratischen Herrschaft fehlentwickelt hat. Und wie sollten unsere Wahlkämpfer den Wählern erklären können, daß sie einerseits zu dumm sind, um an der europäischen Verfassung mitzuwirken, aber andererseits klug genug sein sollen zu erkennen, daß ihre Partei XYZ die Republik retten kann?

4.6 Anmerkungen zu den Begriffen: Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft und Kapitalismus

4.6.1 Marktwirtschaft und Kapitalismus

Im Anhang 2 befindet sich der Beitrag von Helmut Creutz mit dem Titel „Kapitalismus – Was ist das eigentlich?“ Ich habe an dem Beitrag weder etwas auszusetzen noch hinzuzufügen. Ich will das Thema hier nur aus einer anderen Perspektive beleuchten.

Im Anhang 4 habe ich Texte (komplette und Auszüge) zusammengestellt, die

- a) auf die Wurzeln der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft verweisen,
- b) das Ringen um die Form der Ökonomie nach dem Zweiten Weltkrieg verdeutlichen,
- c) daß der Begriff von dem Wortpaar *Soziale Marktwirtschaft* im Zeitpunkt der Gründung der BRD ein anderer war als heute und
- d) die Soziale Marktwirtschaft schon in der Startphase gescheitert ist:
 1. weil das Konzept noch nicht von seinen theoretischen Unklarheiten befreit war und
 2. weil das (noch unreife) Konzept nicht gegen den Unverstand aller Parteien und Ver-

bände durchgesetzt werden konnte.^{41 / 42}

41 Es hat sich auch hier gezeigt – wie bei der zweimaligen Einführung der Demokratie in Deutschland –, daß man einer Gesellschaft nicht einfach ein Ordnungsmodell überstülpen kann, ohne ihren Mitgliedern die Gelegenheit zu geben, sich das neue Prinzip nachdenkend anzueignen.

42 Wenn die Soziale Marktwirtschaft in den ersten Jahrzehnten der BRD trotzdem eine Erfolgsgeschichte war, dann liegt das an der Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Modells in einer ausgesprochenen gesellschaftlichen Mangelsituation. Spätestens zum Zeitpunkt der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ (s. Anhang 4) hatte die Idee Soziale Marktwirtschaft ihre Strahlkraft verloren und keine klaren Konturen mehr. Ich habe die hochkarätigen

Marktwirtschaft ist weder ein Synonym noch ein Gegenbegriff zu *Kapitalismus* und auch nicht zu *Sozialismus*. Die Gleichsetzung der Begriffe erfolgt zum Teil aus Gedankenlosigkeit, aber auch als Abwehrstrategie aus zwei verschiedenen Richtungen. Mit einer Abwehrstrategie von „rechts“ haben wir es zu tun, wenn die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft dazu benutzt wird, um Fragestellungen nach der Berechtigung des Kapitalertrages, der Verzichtbarkeit auf den Kapitalismus abzuwehren oder gar zu tabuisieren. Mit einer Abwehrstrategie von „links“ haben wir es zu tun, wenn mit den ökonomischen Verwerfungen, die der Kapitalismus unvermeidbar erzeugt, die Marktwirtschaft desavouiert, abgewertet werden soll, um eine zentrale Wirtschaftslenkung als die bessere Alternative erscheinen zu lassen.

Der Gegenpol zur Marktwirtschaft - auch Verkehrswirtschaft genannt – ist die Zentralverwaltungswirtschaft – auch Kommandowirtschaft genannt. Wir haben es also mit einer dezentralen und einer zentralen Ordnung zu tun. Dazwischen gibt es nur Mischformen. Diese Organisationsprinzipien gibt es schon so lange, so lange es so etwas wie Gesellschaft gibt. Aber seit Walter Eucken (1891 – 1950) sind uns diese Prinzipien bewußter und als Mittel der Gesellschaftsgestaltung zugänglicher geworden.

Die Entsprechung zu Kapitalismus ist der Begriff Sozialismus. Während nun der Kapitalismus ein Überlagungsprinzip ist, das durch natürliche oder durch die Rechtsordnung verursachte Monopole einen arbeitslosen Ertrag (Zins, Rendite, Dividende oder auch Bevorzugung) ermöglicht und die große Mehrzahl der Menschen zu einem fremdbestimmten Handeln nötigt, ist der Sozialismus das Bemühen, das arbeitslose Einkommen in Arbeitseinkommen zu überführen und die Fremdbestimmung aufzuheben.

Den Kapitalismus gibt es nun in Form des Privatkapitalismus mit seinen Vermachtungs- und Ausbeutungstendenzen (die Renditeerwartungen der privaten Anleger sind die wesentliche Steuerungsgröße) und den Staatskapitalismus (die Ausbeutung und Steuerung erfolgt durch Zinssätze, die von der zentralen Lenkung festgesetzt werden, durch die Willkür bei der Vergabe von Bodennutzungsrechten und des Nutzungsentgeltes und durch die Art der Entlohnung, die sich nicht an den tatsächlichen Knappheitsverhältnissen orientiert, sondern an politischen Zielgrößen⁴³ und Verschwendung in Form von Fehlplanungen.

Referenten auch alle namentlich aufgeführt, weil weder sie noch ihre Kollegen in der Wissenschaft und den Verbänden in den folgenden 33 Jahren eine Klärung herbeigeführt haben.

43 Wenn der Staat die Löhne so niedrig bemißt, damit er Geld für Investition in die Hände bekommt, dann ist

Die Vorstellungen vom Sozialismus unterschieden sich von Anbeginn durch die Wege, die beschritten werden sollten. Die liberalen oder anarchistischen Sozialisten wollten den dezentralen Weg gehen. Die marxistischen Sozialisten setzten ihre Hoffnung auf eine zentrale Ordnung.⁴⁴ Diesen beiden unterschiedlichen Wegen liegen unterschiedliche Kapitalismusanalysen zu Grunde. Die einen sahen die Ursache der Ausbeutung in der Zirkulation (Zirkulationssozialisten) und die anderen im Eigentum an den Produktionsmitteln (Eigentumssozialisten). Für beide Positionen stehen am Anfang zwei Namen, zwei Gegenspieler: Pierre Joseph Proudhon (1809) – 1865) und Karl Marx (1818 – 1883). Der zentralistische Weg zum Sozialismus wurde mit negativem Erfolg und unzähligen Toten begangen. Der dezentrale Weg zum Sozialismus ist nur Ansatzweise (Soziale Marktwirtschaft) probiert worden und steht noch vor seiner Bewährungsprobe.

Also, die Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, die ohne zentrale Pläne auskommt. Die Kooperation und Koordination der betriebswirtschaftlichen Einzelpläne erfolgt über den Markt. Wesentliche Steuerungselemente des Marktes sind: Das Vertragsrecht (es bietet die Formen der Einigung an, die das Angebot und die Nachfrage benötigt, um zusammen kommen zu können.), der Wettbewerb mit Monopolfreiheit und die freien Zugänge zu den Märkten und ganz wesentlich, eine freie Preisbildung auf der Basis einer funktionsgerechten Währung.

Der Kapitalismus dagegen ist ein Überlagerungsprinzip, das aufgrund von Monopolen (Boden und zum Teil auch Patentrecht) und unzulänglicher Währungsverfassung den Arbeitsertrag anzapfen kann, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Das Merkwürdige ist, daß in der Vergangenheit gerade die Menschen sich für die Zentralverwaltungswirtschaft begeistert haben, die sich selbst als progressiv, fortschrittlich und sozial verstanden. Es muß mit der von Mewes weiter oben erwähnten linearen Denkweise und dem Kreisdenken zusammen hängen. Das Er- und Durchdenken von zentralistischen, hierarchischen Modellen ist offensichtlich einfacher (sozusagen von Knotenpunkt zu Knotenpunkt) als jenes von Modellen, in denen sich die Kräfte ohne zentrale Vorgaben gegenseitig

das auch Ausbeutung, denn den ideellen Teil am Staatsvermögen kann der Arbeitende ja nie einlösen.

Den Anteil am DDR-Vermögen, den die damaligen Bürger durch diese Art Zwangssparen erworben hatten, ist nach der Wende durch die Politik der Alt-BRD verschleudert worden.

44 Daß dieser Weg in die Knechtschaft führt, war den libertären Sozialisten von Anfang an klar.

beeinflussen und regulieren.

In der Marktwirtschaft kann man auf den ersten Blick keine Ordnung entdecken, sie scheint bei flüchtiger Betrachtung das reine Chaos zu sein. Dieser Eindruck wird durch die Verfälschung der Marktdaten und Güterströme, die der Kapitalismus bewirkt, noch verstärkt.

Seit es die Lehre von der Kybernetik gibt (Mewes nennt sie spiralförmiges Denken), sollte der Zugang zu marktwirtschaftlichen Modellen und Ordnungen aber leichter sein. Die Marktwirtschaft ist nämlich ein kybernetisches Modell. Und weil es so ist, lassen sich die Störungsquellen auch leicht lokalisieren – und wenn man will, auch beheben. Durch den Mewes-Beitrag bin ich wieder an eine Studie für Sozialökonomie meines verstorbenen Freundes Elimar Rosenbohm aus dem Jahr 1965 erinnert worden. Sie trägt den Titel „Die kybernetische Automatisierung ...“. Da ich zwischenzeitlich beschlossen habe, zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ einen vierten Anhang zu produzieren, werde ich die Gliederungsziffern 4.4. Kybernetische Planwirtschaft?, 4.41 Gefahr der Überrationalisierung und 4.42 Die „geregelte“ Marktwirtschaft aus Rosenbohms Studie dort zugänglich machen.

In den letzten Jahren wurde vielfach die zunehmende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche beklagt. Die Klage erscheint mir dort berechtigt, wo die Deregulierung oder Privatisierung nicht eine ordnungspolitisch begründet Stärkung der Marktwirtschaft, sondern nur eine ordnungspolitisch verschleierte Förderung kapitalistischer Interessen ist.⁴⁵ Im Klartext: Dem konzentrierten Geldkapital müssen rentable Anlagen geschaffen werden. Die Klage erscheint mir aber auch oberflächlich zu sein, weil die Entstaatlichung und Deregulierung auch neue Freiräume für die Dezentralisation und daraus folgernd für die Selbstbestimmung schafft. Es werden diese Bestrebungen (oder Notwendigkeiten) nur unter den Bedingungen der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft betrachtet und nicht unter einer optimierten, funktionierenden. Es macht aber keinen Sinn, ein unaufhebbares Monopol zu privatisieren. Als Beispiel sei genannt die Kanalisation einer Stadt mit Anschlußzwang der Hauseigentümer.

Wir müssen uns aber klar machen, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt, zu Nutzungsrechten, Eigentum, Konsum und allen schönen Dingen des Lebens zu kommen: Es gibt a) die Zutei-

⁴⁵ Hinter dieser Politik ist weniger der Erfolg einer bestimmten Lobby zu vermuten, als vielmehr die Hilflosigkeit der Wirtschaftspolitik, die nicht weiß, wie sie sonst das Geld aus den vollen Kassen der Reichen (Kapitalsammelstellen) ohne Bedarf wieder in den Geldkreislauf bringen kann. Es ist in der Wirtschaftspolitik eben so, daß ein Fehler einen oder mehrere neue produziert.

lung nach Berechtigungskriterien von oben, die auch im demokratischen Gewande noch autoritär und willkürlich ist. Und es gibt b) die Zuteilung über den Wettbewerb, die marktwirtschaftliche, die dem Modell der Basisdemokratie entspricht, aber nicht im Sinne von Mehrheitsentscheidungen, sondern im Sinne von Entscheidungen der Betroffenen. Zur Verdeutlichung: Wenn für die Schaffung von fehlenden Kindergärten (in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft) in einem Stadtteil oder Dorf gekämpft wird, sind die Kinder, der der Anlaß dafür waren, erwachsen, wenn alle politischen Ebenen erfolgreich bearbeitet wurden. Die Chance, sich vergeblich jahrelang für eine Sache des „Gemeinwohls“ eingesetzt zu haben, sind dabei groß. Versetzen wir die Eltern aber in die Lage, einen kostendeckenden Preis für die Betreuung ihrer Kinder in einem Kindergarten, Kinderhort, Waldkindergarten ect. ihrer Wahl zu zahlen, dürfte ein Mangel – wenn er überhaupt in einem freiheitlichen Bildungs- und Betreuungssystem auftritt – spätestens innerhalb eines halben Jahres behoben sein.

4.6.2 Soziale Marktwirtschaft

Ich will hier nicht versuchen, den Perfektionismus in der Bearbeitung eines Themas zu zeigen, sondern nur Eindrücke vermitteln, die die Leserin, den Leser zur eigenen Arbeit an dem Thema *Soziale Marktwirtschaft* anregen. Es sollte aber auch deutlich werden, daß in Bezug auf den begrifflichen Inhalt von *Sozialer Marktwirtschaft* die heutige propagandistische Dichtung von der ursprünglichen (unvollkommenen) Wahrheit weit aus einander liegen.

Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft hat nach meiner Kenntnislage drei Hauptwurzeln: Die eine führt über Ludwig Erhard und Erich Preiser zu Franz Oppenheimer, die andere zu den Ordoliberalen (Neo-Liberalen 1. Prägung), zu denen u.a. Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und (?) Alfred Müller-Armack gehörten und die dritte führt zu der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule.

Im Zusammenhang mit dem (gescheiterten oder noch nicht realisierten) Projekt *Soziale Marktwirtschaft* sind von der Freiwirtschaftsschule besonders Otto Lautenbach als Gründer der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* und Ernst Winkler („Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“, 1952)⁴⁶ hervorzuheben.

46 Siehe auch: Ernst Winkler: „Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung – Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur 'Sozialen Marktwirtschaft', 1980

Im Grunde haben die ökonomischen Nachkriegsgestalter aus dem Ideenfundus der freien Sozialisten der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts geschöpft. Stichwortartig sind zu benennen: die Bodenreformer um Henry Georg und Adolf Damaschke⁴⁷, die Vertreter der Siedlungsidee, wie Franz Oppenheimer und anders und früher Theodor Hertzka und die Freiland- und Freigeldvertreter um Silvio Gesell. Orte, wie die Obstbausiedlung Eden bei Oranienburg waren die Knotenpunkte, wo sie sich gedanklich und teils real begegneten. Aus dem Anhang 4 kann man ersehen, daß die beiden Flugpioniere Otto und Gustav Lilienthal auch in diese Gedankenwelt verwoben waren.⁴⁸

Am besten kann man das Wollen der Reformer der Vor-Nazi-Zeit mit einem Zitat aus der Titelgeschichte des *SPIEGELS* vom 9. Sept. 1953 verdeutlichen:

„Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

'Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich – soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.'“

Der Anteil der Freiwirtschaftsschule an der Entwicklung und an den Durchsetzungsversuchen der Sozialen Marktwirtschaft wird nicht nur nicht erwähnt, die Spuren werden in offiziellen Darstellungen und Gedenkreden verwischt. Dies ist nicht nur eine:

- a) Ehrabschneiderei, b) eine politische Dummheit mit menschenfeindlichen Wirkungen, und c) ein Vorgang, der der Wirtschaftswissenschaft das Attribut wissenschaftlich nimmt.

Da ich die Rolle von Alfred Müller-Armack - der als Namensgeber für die nach dem zweiten Weltkrieg versuchte Wirtschaftsform gilt - in Bezug auf den Start der Sozialen Marktwirtschaft nicht richtig einzuschätzen wußte, habe ich mich im Internet schlau gemacht und den Nachdruck seines erstmals 1946 erschienenen Buches „Wirtschaftslenkung und Marktwirt-

47 Zu den Bodenrechtsreformern kann man zu der Zeit auch Konrad Adenauer rechnen.

48 Die „roten Faschisten“, die sich heute bemühen, die Siedlung Eden als eine Brutstätte völkischen Denkens hinzustellen, wollen nicht wahrhaben, was z.B. der verstorbene Bischof Scharf auf dem Kirchentag in Düsseldorf über diese Siedlung sagte. Siehe „Die Botschaft der Bibel“ in meinem Text 33. „Über die Konfusion in der Freiwirtschaft“ vom April 2005. TA

schaft" gekauft und gelesen. Ich komme darauf zurück. Auf der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ der Evangelischen Akademie Loccum im Oktober 1972 hat Müller-Armack einen Vortrag mit dem Thema „Bilanz der ordnungspolitischen Experimentente“ gehalten. In dieser Tagung war Ludwig Erhard auch anwesend. Ich hatte Gelegenheit ihm selber Fragen zu stellen. Als ich bemerkte, daß ich meine Kritik marktwirtschaftlich begründen würde, knurrte er: „Das wird auch Zeit!“. Ich muß gestehen, daß ich Erhard zu Zeiten als er noch in Amt und Würden war, nicht besonders mochte. Ich glaube, ich habe ihn zu stark mit dem CDU-Staat ⁴⁹ gleichgesetzt. Damals wußte ich noch nicht, daß die Opposition, die ihm Kummer machte, in seiner eigenen Partei bzw. im CDU-Umfeld saß. Die SPD-Opposition hat er wohl nicht ganz ernst genommen, weil diese ihm inhaltlich nichts zu bieten hatte. Erhard hat auch wohl einiges Unbehagen an der Tatsache gehabt, daß die theoretische Ökonomie und die politische Ökonomie (die Anwendung der Theorie im Interessenwiderstreit) soweit auseinander klafften. In der schon erwähnten *SPIEGEL*-Ausgabe von 1953 war zu lesen:

„Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug, als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht.“

Als ich vor Jahren zum ersten Mal den Text gelesen habe, dachte ich, die Spiegel-Schreiber wußten nicht, daß das Wort Freiwirtschaft für eine Ökonomieschule steht und sie hätten wohl einfach aus dem Adjektiv „freie“ und dem Substantiv „Wirtschaft“ aus Gründen des Schreibstils ein neues Hauptwort gebildet. Inzwischen habe ich den Eindruck, daß Erhard theoretisch Gesell näher stand als seinem „geliebten Lehrer“ Franz Oppenheimer.

Mein Urteil heute: Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack waren beide zu ihrer Zeit in der betrüblichen Situation des westlichen Restdeutschlands (in die ja mein eigenes Erleben hineinreicht) sehr mutig. Auch kam mir beim prüfenden Lesen der Gedanke, daß die Rollenbesetzung dieser beiden Männer mit Minister und Staatssekretär richtig war und nicht austauschbar gewesen wäre.

Nochmals zur Verdeutlichung:

49 „Der CDU-Staat“ ist auch ein Buchtitel eines Sammelbandes von 13 Autoren aus dem Jahr 1967

Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft war ursprünglich, den Kapitalismus mit einem ökonomischen System des monopolfreien Wettbewerbes zu überwinden. Die Soziale Marktwirtschaft war ursprünglich eben kein Begriff für Beibehaltung des Kapitalismus mit der Vorstellung von einer Korrektur durch ein Soziales Netz, das zentralverwaltungswirtschaftlich zu knüpfen sei. Man war davon überzeugt, der Marktwirtschaft den kapitalistischen Stachel ziehen zu können. Die wahlkämpfenden Parteien haben offensichtlich keine Ahnung davon und die Professorinnen und Professoren, die den Hamburger Appell unterschrieben haben, ebenfalls nicht.

Bei Müller-Armak habe ich nur einen Satz gefunden, wo das Wort Sozialversicherung vorkommt.

„In eine marktwirtschaftliche Sozialpolitik bleiben weiterhin selbstverständlich einfügbar alle sozialpolitische Rechtsgestaltung und das soziale Versicherungswesen, sofern nicht, was nur in wenigen Punkten zutreffen dürfte, ein Widerspruch mit der Marktwirtschaft vorliegt.“

(S. 120)

Bei den Sozialversicherungen, die ein wesentlicher Teil der Arbeitnehmerökonomie ausmachen und die ein besonderer Bereich der der Gesamtökonomie sind, haben wir nun aber – da dieser Bereich zentralverwaltungswirtschaftlich (in politischer Begrifflichkeit: faschistisch) gestaltet ist – einen fundamentalen Verstoß gegen marktwirtschaftliche Prinzipien vorliegen. Man könnte diesem Regelverstoß ja noch etwas abgewinnen, wenn dadurch dem Kapitalismus ein Zahn gezogen würde. Dies ist aber nicht der Fall.

Sowohl ein zentralistisches wie auch ein dezentrales Soziales Netz müssen aus dem Arbeitseinkommen finanziert werden.⁵⁰ Das zentralistische System kann gar nicht anders sein als obrigkeitsstaatslich, bürokratisch und ineffektiv. Ein dezentrales Versicherungssystem (z.B. auf genossenschaftlicher Basis als Dienstleistungsangebot der Gewerkschaften) würde ein Zugewinn an Gestaltungsfreiheit und Leistungsumfang erbringen. Dabei habe ich noch nicht von einer ökonomischen Situation gesprochen, in der die Kapitalkosten des Heilwesens, das heute mehr den Charakter des Krankheitsunwesens hat, wesentlich gesenkt werden konnten.

Damit bin ich bei dem Verteilungsproblem, daß sich die sozialen Marktwirtschaftler vorge-

50 Die Arbeitgeberanteile an die Sozialversicherungen sind Löhne in anderer Form (Nebenlohn). Eine Reduzierung der Arbeitgeberanteile ohne Kompensation beim Hauptlohn ist gleich einer Lohnreduzierung.

nommen hatten zu lösen. Wenn der Marxismus mit seiner Vorstellung, mit einer Zentralverwaltungswirtschaft die Verteilungsprobleme lösen zu können, auch gescheitert ist, so ist ja nicht alles falsch, was Marx gesagt hat. Die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ist eine Realität. Ist die Ausbeutungsrate auf Dauer nicht hoch genug, gibt es Bürger- oder Völkerkriege. Ich habe weiter oben die unterschiedlichen Analysen der Ursachen der Ausbeutung benannt und Proudhon und Marx als deren Repräsentanten bezeichnet. Aber Marx selber hat ja auch in einem Erkenntnisprozeß gestanden und Erkenntnisse der Zirkulationssozialisten nachvollzogen. Ich selber bin mit Marx nicht so gut vertraut, um das bestätigen zu können. Ich bin aber wiederholt durch Schriften auf diesen Sachverhalt hingewiesen worden. Von Georg Otto, der die Gründung der grünen Partei ausgelöst hat, liegt mir eine Schrift aus dem Jahr 1991 vor, die den Titel trägt: „Warum der Marxismus scheitern mußte / Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie – Grundlage der realsozialistischen Versuche und der Geldtheorie von Marx – Basis eines Sozialismus in Freiheit?“.

Franz Oppenheimer leitete das arbeitslose Einkommen (die Ausbeutung) wohl ausschließlich aus dem Bodenmonopol ab. Daran hatten wohl Erhard wie auch Preiser Zweifel. Bei Silvio Gesell finden wir als Quelle des arbeitslosen Einkommens den Boden und das Geld (in heutiger Fassung) benannt. Und wenn ich mich richtig erinnere, finden wir bei ihm auch schon Verweise auf das Patentrecht⁵¹ als weitere Quelle der Ausbeutung.

Den sozialen Marktwirtschaftlern unterschiedlicher Prägung waren die Fragen von Gerechtigkeit und Freiheit gleichgewichtig oder gleich wichtig. Sie haben nicht versucht - wie es mir bei den Ökonomen heute erscheint - die gefährlichen Themen ihrer Wissenschaft durch eine verschleiende Begrifflichkeit oder abstrakte Formeln zu umschiffen.

Ich weiß nicht mehr, wann ich den Titel „Nationalökonomie heute“ von Erich Preiser (Aufgabe von 1970) in meine Hände bekommen habe. Als ich jetzt das Buch ungezielt aufschlug, landete ich bei dem Kapitel „Die Einkommensverteilung“ (von dem ich nachfolgend die Einleitung wieder geben) und konnte an Hand der Markierungen feststellen, daß ich es vor Jahren auch gelesen habe. Ich habe dann das Buch noch einmal gelesen. Es stellte sich bei mir der Gedanke ein, daß ich diesen Autor gerne persönlich kennengelernt hätte, was ja eine Auszeichnung des Autors durch den Leser ist.

51 Das Patentrecht – hier im weiteren Sinne gebraucht - schützt eben nicht nur die geistige Leistung des Erfinders – die Differenz zwischen dem Bekannten und dem Neuen -, sondern mehr als angebracht und oftmals nicht einmal die Arbeit Erfinders.

„VI. DIE EINKOMMENSVERTEILUNG

Mit der Frage nach der Einkommensverteilung wenden wir uns dem zweiten Hauptproblem der Nationalökonomie zu. Es ist ein gefährliches Thema, mehr als alle anderen Fragen unserer Wissenschaft entzündet es die Leidenschaften, und selbst die rein theoretische Betrachtung hat es nicht immer leicht, Werturteil und Wirklichkeit sauber zu trennen. Überholt ist heute freilich die Verknüpfung mit dem sozialen Elend und mit der Parole des Klassenkampfes; es geht nicht mehr ums Brot, und Lohnkämpfe werden nüchtern und ohne den Appell an das Gefühl ausgefochten. Trotzdem bleibt Zündstoff genug. Nach wie vor geht es um den Anteil der Klassen am Sozialprodukt. Wir sollten uns sogleich ganz klar machen, was das bedeutet. Nehmen wir als Beispiel den Lohn, so geht der Kampf zwar primär um den Geldbetrag, der für die Arbeitsstunde gezahlt wird, d. h. um den Nominallohn. Was man aber damit anfangen kann, hängt von den Preisen ab; wichtiger als der Nominallohn ist daher der Reallohn, der sich aus dem Verhältnis von Geldlohn und Preisen ergibt und den Lebensstandard des Lohnempfängers bestimmt. Entscheidend für den Nationalökonom aber ist eine dritte Größe: der Anteil des Lohnkommens am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft, d. h. die Lohnquote. Da wir uns ja nicht in erster Linie für den Lebensstandard irgendeiner Gruppe interessieren, sondern für die Gesetze der *Einkommensverteilung* auf die verschiedenen Gruppen von Wirtschaftssubjekten, so sind die Anteile, d. h. die Quoten dieser Gruppen und ihre Veränderungen der eigentliche Gegenstand der Verteilungstheorie. So war es schon bei RICARDO, und so ist es auch heute noch.“ ... (Preiser, S. 72 ff.)

Den sozialen Marktwirtschaftler (Ordoliberalen, Neoliberalen 1. Prägung, und Freiwirtschaftler) ging es aber nie nur um Konjunktur und Vermögensverteilung. Es ging auch immer und immer wieder um die Freiheit der Person, um die haftende Gestaltungsfreiheit.

Der Status von Berufen, der mit der Aufschrift „staatlich anerkannt“, galt ihnen wohl wenig. Neulich, als in der Zeitung gemeldet wurde, daß dieser und jener Ausbildungsgang jetzt staatlich anerkannt sei, erinnerte ich mich an Aussagen von Ludwig Erhard in „Wohlstand für alle“, 1957. (Wenn man Erhard im Original liest, dann ist sein politisches Wollen mit keiner programmatischen Zielsetzung der heutigen Parteien – auch der CDU/CSU nicht – in Deckung zu bringen.)

Ludwig Erhard
Wohlstand für alle
6. Kapitel
Wirtschaftsminister, nicht Interessenvertreter

... So wie es im staatlichen, d. h. im politisch gesellschaftlichen Raum eine Ordnung durch das Grundgesetz gibt, das das Zusammenleben der Menschen regelt und die Beziehungen gestaltet, so gilt ein Gleiches für die Wirtschaft. Hier sind die Verantwortungen klar geschieden. Der Unternehmer hat die Verantwortung für seinen Betrieb; dort kann er mit Fug und Recht fordern, daß sein Handeln von staatlicher Weisung oder Gängelung frei bleibt, daß er also echte unternehmerische Freiheit und Freizügigkeit genießt und üben darf. Ich bin der erste, der den Unternehmer in dieser Forderung unterstützt. Die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik aber hat allein der Staat zu tragen. Wir wissen, wohin es führt, wenn man diese beiden Funktionen miteinander vermengt. ... (S.140)

... Wenn festgestellt werden darf, daß in der Bundesrepublik sowohl die liberalistische Wirtschaft der Vergangenheit als auch die staatliche Befehlswirtschaft als überwunden gelten können, ergibt sich daraus die Aufgabe, das Neue an dieser unserer Wirtschaftspolitik deutlich zu machen. Das Neue daran ist, daß der Staat heute nicht mehr den einzelnen Menschen ansprechen will, daß mithin der Wirtschaftsminister nicht mehr Befehle an die Unternehmer erteilt, daß er sie von Stempeln, Genehmigungen und Konzessionen und Lizenzen befreit. Er geht dabei von dem Grundsatz aus: Der Unternehmer soll ebenso wie der Arbeiter und jeder andere Staatsbürger im Bereich seines persönlichen Tuns und Lassens frei sein.

Natürlich bedeutet das nicht Hemmungslosigkeit und Zügellosigkeit. An Stelle des unmittelbaren Befehls durch den Staat oder - und diese zweite Feststellung ist ebenso bedeutsam wie die erste - anstatt des Verzichts auf jeglichen Eingriff ist die Wirtschaftspolitik heute von der Absicht getragen, die ihr an die Hand gegebenen Instrumente der Wirtschaftspolitik dazu zu benutzen, ständig neue Energien auszulösen, neue Chancen zu eröffnen, aber auch unfruchtbare Wege zu verbauen, - d. h. also mit der Auswahl und Kombination der Mittel die Wirtschaft vorwärts zu drängen zu neuem Fortschritt und weiterer Expansion.

Umfangreiches Sündenregister

Gewiß ist zuzugeben, daß zur Vollendung der von mir

vorgestellten Ordnung noch vieles fehlen mag. Ich habe in diesem Zusammenhang selbst einmal von dem *umfang-*
-142-

reichen Sündenregister gesprochen, das die fehlgeleiteten und abseitigen Wünsche und Forderungen der deutschen Wirtschaft aber auch die Mängel der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne kennzeichnet. Ich sagte dabei, wir müssen zu der betrüblichen Feststellung gelangen, daß wir gar nicht so sehr viel Grund haben, auf die seither erzielten marktwirtschaftlichen Fortschritte stolz zu sein.

Mit dem Kartellstreben der deutschen Industrie setze ich mich an anderer Stelle dieses Buches besonders auseinander. Daneben sind in gleichem Zusammenhang die verschiedenen Anliegen nach sogenannten Berufsordnungen zu erwähnen, die sich im Gesamtgefüge meiner Wirtschaftspolitik schädlich, wettbewerbshemmend und leistungsmindemd auswirken müssen. Auch die Bestrebungen, bestimmte Berufsbezeichnungen durch besondere Gesetze schützen zu wollen, gehören in diese Reihe, und ein hoher Rang in diesem Sündenregister gebührt auch dem Verlangen, die kollektiven Zwangsversicherungen auszudehnen. Es gehörte dazu die illusionäre Vorstellung, daß das wirtschaftliche Schicksal der einzelnen Wirtschafts- oder Berufsgruppen „paritätisch“ gestaltet oder besser konstruiert werden könnte; ich denke an die Forderung nach Gleitzöllen, welche die Konkurrenz von außen im eigenen Lande unwirksam machen sollen. Es kommen auch gewisse Bestrebungen hinzu, in der Liberalisierung unseres Außenhandels recht vorsichtig oder - wie man zu sagen pflegt - verantwortungsbewußt zu sein (wobei man meint, so langsam und so zaghaft wie möglich voranzuschreiten). Die deutsche Öffentlichkeit kennt die Widerstände gegen einen entschlosseneren Zollabbau, die Einwände gegen mein Drängen nach endlicher Herstellung der freien Konvertierbarkeit. All diese Beispiele zeigen, *wieviel Schlacken* das marktwirtschaftliche, freiheitliche System noch *verunzieren*.

Diese Hinweise dürften allerdings auch genügen, um deutlich zu machen, wie wenig uns bisher die Einordnung der Gruppeninteressen in den Staat gelungen ist. ...

- 143 -

... Es kommt also entscheidend darauf an, daß man in der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber dem Staat jene stolze Haltung bezieht, die ihren Ausdruck in dem dringenden Wunsch findet, von zu viel Staat verschont und befreit zu sein.

Vom Bürger zum Untertan

Wenn ich oben von dem „*Sündenregister*“ wider die Marktwirtschaft sprach, dann will ich hier noch auf einige

- 148 -

der unter diesem Gesichtswinkel gravierenden Vorkommnisse eingehen. Wenn wir an dieser Stelle von dem Kartellstreben einzelner Kreise der Industrie absehen, sind unter diesem Aspekt die verschiedenen Wünsche, einzelne Berufe durch Sondergesetze abzuschirmen, charakteristisch. Hierzu gehören - um mit dem Einfachsten zu beginnen - die Bemühungen, Berufsbezeichnungen gesetzlich schützen zu wollen. Gegenüber diesen Bestrebungen kann ich nur fragen:

Ist denn nur der Titel und der Rang die Dokumentation, was einer ist und was er kann, oder erkennt man es aus der Arbeit, aus der Leistung, aus der Persönlichkeit? Braucht man wirklich Berufsbezeichnungen, um einen Beruf ausüben zu können? Ich möchte die aus derartigen Regelungen unmittelbar erwachsenden Schäden gar nicht dramatisieren. Ich halte indessen diese Forderungen deshalb für gefährlich, weil diesem ersten Schritt mit Sicherheit weitere folgen werden. Man wird argumentieren, daß jemand, der eine bestimmte Berufsbezeichnung führen will, dann auch ganz bestimmte, fixierte Voraussetzungen erfüllen müsse, daß er nicht nur sachlich einen Befähigungsnachweis zu erbringen hätte, sondern auch eine moralische Garantie bieten müsse, um jenen geschützten Beruf ausüben zu können. Dann gibt es neue Gremien, denen gegenüber diese globale Fähigkeit zu beweisen ist, - und allmählich wird dann aus dem freien Bürger wieder der Untertan, der Verbeugungen zu machen hat, um sich behaupten zu können.

Es ist eben tatsächlich so, wie ich es einmal ausdrückte: Die Privilegierten, die drinnen sitzen, wollen allen anderen, die hereinwollen, das Leben sauer machen. Frage ich nach dem Geist, der hinter all diesen Bemühungen steht, dann bin ich zu harter Antwort genötigt: Es ist der pure Egoismus und nichts anderes, der versucht, solche Forderung mit gesellschaftswirtschaftlichen Idealen und ethischen Prinzipien zu verbrämen. Tatsächlich möchte man sich abschirmen, Zäune um Berufe ziehen, man möchte

- 149 -

abwehren, möchte schützen, Positionen mit künstlichen Mitteln bewahren.

Die Wirkung kann keine andere sein als die, die Nachrückenden und Nachdrängenden, unter denen sich oft gerade jene befinden, die sich „berufen“ fühlen, in ihrer Entfaltung zu behindern. Wenn gar die Forderung nach

der sogenannten persönlichen Zuverlässigkeit laut wird - und schon sind wieder Zeichen solchen Pharisäertums erkennbar -, dann ist wohl die Fragestellung berechtigt, welche Berufszweige denn für derart Diskriminierte offen bleiben sollen. Müssen dann von Staats wegen Berufszweige für „nicht zuverlässige Personen“ geschaffen werden oder werden die Berufsgruppen nach dieser Wertung katalogisiert? Man kann sich nur empört von solchem Muckertum abkehren. ...

-150 -

17. Kapitel Ausblick: Zuversicht und Sorgen

... Schon der Titel dieses Buches „Wohlstand für Alle“ ist voller Problematik, denn es entspricht beileibe nicht meiner Überzeugung, daß selbst mit der Erreichung dieses Zieles dem deutschen Menschen auch schon Glück und Zufriedenheit beschert wäre, und Wohlstand für Alle ausreichen könnte, um die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung zu verbürgen.

Aber „Alles“ schickt sich nicht für „Einen“, womit ich sagen möchte, daß der Wirtschaftsminister überfordert wird, wenn man ihm zugleich das Seelenheil für ein ganzes Volk

- 353 -

verantwortlich übertragen will. Es ist schon richtig, daß wir nach acht Jahren erfolgreichen deutschen Wiederaufbaues trotz allenthalben noch vorherrschender Notstände nicht so sehr unter materieller Beengung und Bedrängnis leiden, und daß auf diesem Felde die eigentlichen und letzten Lösungen zur Sicherung einer glücklichen Zukunft für unser Volk liegen würden; - nein wir sind von einer Unsicherheit befallen und nicht nur unsere Hirne, sondern auch unsere Seelen und Herzen sind in Verwirrung geraten. Vielleicht - oder ich meine sogar gewiß - hat viele von uns die notwendige Hinlenkung aller menschlichen Energien auf die Rückgewinnung und Sicherung unserer materiellen Lebensgrundlagen in die Irre laufen lassen und dabei ist das rechte Gefühl für die Rangordnung der Werte verloren gegangen. Ob wir die uns unabweisbar gestellte Frage glücklich zu lösen vermögen, wird unser Schicksal ausmachen.

Nicht vom Brot alleine . . .

Ich verdanke diese Einsicht meinem alten Lehrer Wilhelm *Vershofen*, wenn ich trotz aller Anstrengungen, die expansiven Kräfte in unserer Volkswirtschaft zu wecken, doch immer wieder darauf verwies, daß zwar der Zweck der Wirtschaft kein anderer sein könne, als dem Verbrauch

(allerdings nicht nur dem primitiv materiellen) zu dienen, daß das aber nicht zugleich auch der Sinn unseres wirtschaftlichen Tuns sein dürfte. Die Sinnggebung der Wirtschaft fließt aus dem allumfassenden Lebensbereich eines Volkes und wurzelt damit in letzten, nicht mehr rational erfäßbaren Wertungen. Das heißt mit anderen Worten, daß wir mindestens im Bereich der westlichen Zivilisation derzeit nicht die Gnade einer einheitlichen und gemeinverbindlichen Wertung des Lebens erfahren. Wir drohen der Sucht zu erliegen, auch die qualitativen Werte unserer Umwelt auf eine rechenhafte Formel bringen und sie markt-

- 354 -

gängig machen zu wollen, und erfahren dabei, daß Glück eben nicht käuflich ist.

Ist nun aber die Situation, in der wir stehen, hoffnungslos und ausweglos? Ich bringe auch hier den guten Mut auf, diese Frage zu verneinen, weil ich glaube und spüre, daß in der Brust vieler einzelner Menschen der Zweifel nagt und die innere Unruhe zunehmend zur Besinnung drängt.

Dieses Verlangen wird nach meiner Überzeugung überdeckt, manchmal vielleicht sogar erstickt durch die kollektiven Willensäußerungen, die von solchen Regungen nichts wissen und sie meist auch gar nicht wahrhaben wollen, um nicht die vielgerühmte Geschlossenheit der Fronten zu stören. Offenbar ist das sehr differenzierte menschliche Gewissen mit dem kollektiven Machtstreben der Organisationen nicht zu einer inneren Harmonie zu bringen, und darum begegnen wir in der Öffentlichkeit nur jener Sprache, die da klagt und fordert, aber der inneren Wahrhaftigkeit entbehrt. Damit aber führt diese Überlegung wieder zur

Praxis der Politik. ...

- 355 -



- 195 -

Eine Anmerkung am Schluß dieses Abschnittes zu der Rolle der Arbeitnehmer in der Sozialen Marktwirtschaft. Bei ihren Theoretikern und Vertretern wird man gegenüber den Gewerkschaften im allgemeinen und zur Mitbestimmung und Streik im besonderen Skepsis und Zurückhaltung spüren. Diese Haltung richtet sich nicht gegen die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer, sondern gegenüber der Art der Interessenvertretung. Das gewerkschaftliche Selbstverständnis ist auch heute noch wesentlich von der marxistischen Kapitalismusanalyse bestimmt. Während der libertäre Lösungsansatz lautet: Wir müssen die Machtkonzentration auflösen, atomisieren, die Macht verteilen, so daß es keine Ohnmächtigen mehr gibt, so spukt in der marxistisch geprägten Linken immer noch das Gegenmachtmodell in den Köpfen. „Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will!“

Die Monopolisierung und Kartellisierung der Arbeit ist nun vom Wettbewerbsgedanken her gesehen aber genauso ein Übel wie die Monopolisierung und Kartellisierung der Unternehmer. Der Streik – heute den Arbeitnehmern ein mehrheitlich zugebilligtes Recht – ist aber – wie auch die Aussperrung – ein Eingriff in die Rechte unbeteiligter Dritter. Nun könnte man ja sagen, diese haben den Schaden hinzunehmen, wenn der Gesamtheit der Gesellschaft dadurch ein Nutzen entsteht. Diesen Nutzen wird man aber nicht nachweisen können. Jeder Streik ist entweder eine Kapitalvernichtung oder eine Unterbrechung der Schöpfung neuen Kapitals. Er verlängert den Zustand der Realkapitalknappheit und bewirkt die Stärkung der Position des Kapitals im Verteilungskampf zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Der Streik ist also nicht nur ein Eingriff in die Rechte der Nichtbeteiligten, sondern wirkt auch gegen die Interessen der Streikenden. Mit den Mitteln des Streiks läßt sich auf keinem Fall die Lohnquote erhöhen. Allenfalls lassen sich mit dem Streik Vorteile einer Arbeitnehmergruppe zu Lasten der anderen Arbeitnehmergruppen durchsetzen.

Diese Aussagen besagen aber eben nicht, daß die Arbeitnehmer in der Sozialen Marktwirtschaft macht- und schutzlos sind. Die Vollbeschäftigung – die möglich ist – sorgt dafür, daß die Arbeitssuchenden zu einer Mangelware werden. Das heißt, sie können Arbeitsbedingungen und Löhne ohne Kampf durchsetzen, die sich in der Situation der Unterbeschäftigung auch bei einem 100 prozentigen Organisationsgrad in Gewerkschaften mit den traditionellen Mitteln nicht durchsetzen lassen.

Der Haftungsgedanke spielt in der Marktwirtschaft – besonders bei den Ordoliberalen – eine große Rolle. Den einzelnen Individuen und Gruppen von Menschen kann nur eine Gestaltungsfreiheit zugebilligt werden, wenn sie für ihr Tun und Lassen auch haften. Dieser Haf-

tungsgedanke greift unmittelbar, wenn wir es mit dem Unternehmer und Eigentümer eines Unternehmens in einer Person zu tun haben. Bei dem angestellten Unternehmer in der Kapitalgesellschaft ist Haftung ja auch schon zum Problem geworden. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben - wenn sie mehr als eine Beratungsfunktion hat - ist auf diesem Hintergrund kein ideologisches sondern ein systematisches Problem. Derjenige der haftet, muß auch selbst und allein darüber bestimmen können, was zu einer Haftung führen kann.

Aber diese Einwände gegen die übliche Mitbestimmung bedeutet wiederum nicht, daß die Arbeitnehmer in der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt auf eine Mitbestimmung verzichten müßten. Erinnern wir uns: Den vollen Arbeitsertrag zu erreichen und die Fremdbestimmung des Menschen aufzuheben, ist das eigentliche Ziel des Sozialismus. Kurz gefaßt ist es das gleiche Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft vermeidet bei der Zielerreichung den „Weg in Knechtschaft“. Ihr Schwert, die Dauerkonjunktur bewirkt, daß das Kapitaleinkommen zu Gunsten des Arbeitseinkommens sinkt. Die Arbeitnehmer werden so in die Lage versetzt, haftende Anteilseigner an ihren (und auch anderen) Unternehmen zu werden. Sie können den Ort, die Art, die Zeit und den Lohn ihrer Arbeit nicht diktieren, aber auf gleicher Ebene mit dem Einzelunternehmer, der Gruppenunternehmung (in einer der bekannten oder neuen Rechtsform), mit ihrem freigewählten Kollektiv ver- oder aushandeln. Die Gewerkschaften können in der Sozialen Marktwirtschaft neue Aufgaben (ohne Alleinvertretungsanspruch) übernehmen. Ich denke an die Berufs-, Arbeitsmarkt-, Vertragsberatung, an die Arbeitsvermittlung, Fortbildung und an die Trägerschaft von Versicherungen in einem freiheitlich geknüpften sozialen Netz.

4.6.2 Zweimal Neoliberalismus und

katholische Soziallehre / evangelische Sozialethik

Nachtrag vom 30. August 2005

Während die zweite Hälfte dieses Haupttextes von meinem Freund Josef Hüwe in Berlin korrigiert wird, kommt mir mit der Ausgabe 269 der *Fragen der Freiheit*, einer Schriftreihe des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. (www.sffo.de), ein Beitrag meines Freundes Frank Bohner aus Stuttgart mit „Anmerkungen zu Heiner Geißlers Kapitalismuskritik“ ins Haus. Zwei Gründe veranlassen mich, hier in einem Nachtrag auf diesen Abschnitt einzugehen:

a) Da Heiner Geißler den Neoliberalismus auch geißelt, stellt Frank Bohner klar:

„In der Tat ist »Neoliberalismus« heute ein zentraler Begriff der politisch-wissenschaftlichen Diskussion. Zwingend notwendig erscheint jedoch die Unterscheidung der ursprünglichen, historischen Bedeutung von Neoliberalismus auf der einen Seite und der - im Zeichen der Globalisierung stehenden - aktuellen Neoliberalismus-Diskussion auf der anderen Seite.

Der Neoliberalismus-Begriff wurde in den 1930er Jahren eingeführt, um die Arbeiten einer Gruppe von Wissenschaftlern zu kennzeichnen, welche die theoretischen Grundlagen für eine >geläuterte<, nicht >ökonomistisch verengte< Marktwirtschaft (der späteren Sozialen Marktwirtschaft) schufen: Er umfasst den Ordoliberalismus der Freiburger Schule Walter Euckens und Franz Böhms, den soziologischen Liberalismus Wilhelm Röpkes, Alexander Rüstows und Alfred Müller-Armacks sowie (in einer weiteren Abgrenzung) den evolutorischen Liberalismus Friedrich August von Hayeks.

Damit ist die paradoxe Situation entstanden, dass die heutigen Kritiker des Neoliberalismus - zumeist unwissentlich - jene Ökonomismus-Kritik aufgreifen, die vor 50 Jahren von einer Gruppe von Ökonomen entwickelt wurde, die sich selbst als »neoliberal« bezeichneten.“

Ich habe vorher auf diesen Sachverhalt hingewiesen, indem ich vom Neoliberalismus erster Prägung gesprochen habe. Die Verdeutlichung von Frank Bohner an dieser Stelle scheint mir aber wichtig, damit das Thema Soziale Marktwirtschaft mit weniger Verwirrung verhandelt werden kann.

b) Nach Geißler ist die Idee von der sozialen Marktwirtschaft nicht identisch mit der des Kapitalismus.

„Sie war, so Geißler weiter, ein Bündnis des Ordoliberalismus der Freiburger Schule(...), der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik.“

Ich selber habe als Wurzeln benannt die Freiburger Schule, die Nicht-Schule Franz Oppenheimer und die Freiwirtschaftsschule. Habe ich die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik übersehen und die Oppenheimer und Gesellianer eingeschmuggelt? Ich glaube es nicht. Daß Sozialethik und Soziallehre ihre eigene Wirkungsgeschichte vor und nach der Gründung der BRD gehabt haben, würde ich aber nicht bestreiten. Auch steht für mich fest, daß die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft beim Start der BRD noch unvollkommen oder unausgegoren war und daß das, was schon klar war, politisch nicht umgesetzt werden konnte. Die Wirkungsgeschichte der Soziallehre und Sozialethik begann in Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft – so schätze ich es ein – mit der Umsetzungsphase. Und es kann sogar sein, daß sich bei einer näheren Prüfung herausstellen würde, daß gerade diese beiden Wirkungskräfte zum Scheitern der Sozialen Marktwirtschaft beigetragen haben. Man darf doch nicht vergessen, daß die evangelische Sozialethik schon lange eine Hochzeit mit dem Kapitalismus eingegangen war, und in der katholischen Soziallehre hatte doch – soweit ich

nach meinen zugegeben oberflächlichen Kenntnissen urteilen kann - eine kapitalismusfreundliche Ethik der traditionellen, biblischen den Rang nicht nur streitig gemacht, sondern abgelaufen.

Ich habe nochmals das Kapitel „Wie >sozial< ist die >Soziale Marktwirtschaft<?“ in „Den Kapitalismus umbiegen“ von Oswald von Nell-Breuning, 1990, gelesen.⁵² Ich füge ein Zitat ein, aus dem hervorgeht, daß von Nell-Breuning sehr früh in einer marktwirtschaftlichen Beraterfunktion war. Nicht zu erkennen ist aus diesem Text, ob weitere Vertreter der kath. Soziallehre und der ev. Sozialethik unter den Beratern waren.

... „Gewohnt, in Kategorien der Zentralverwaltungswirtschaft zu denken, haben denn auch die Herren von der »Verwaltung für Wirtschaft« (der Vorläuferin des heutigen Bundesministeriums für Wirtschaft) uns mit Entwürfen immer neuer »Pläne« geradezu überschüttet. Wir, die 17 Professoren, die wir berufen worden waren, um sie zu beraten, hatten alle Hände voll zu tun, diese Pläne zu zerpfücken und als undurchführbar zu erweisen. Die Herren von der Verwaltung - das gereicht ihnen zu hoher Ehre - waren so unvoreingenommen sachlich,
- 222 -

daß sie sich überzeugen ließen und mit voller Hingabe mit uns zusammengearbeitet haben, eine Ordnung der Wirtschaft zu entwerfen, die mit möglichst wenig Maßnahmen und Anordnungen von oben auskommen und der eigenen Initiative der wirtschaftenden Menschen möglichst viel freien Raum geben sollte....“
- 223 -

Von Nell-Breuning geht dann auf die zentrale Rolle des Wettbewerbs in dem Modell Soziale Marktwirtschaft ein und zitiert Wilhelm Röpke: „Wettbewerb ist kein Naturgewächs; Wettbewerb ist eine Kulturpflanze.“ Hier kommt wieder zum Ausdruck, was auch Gesell sagt, eine natürliche Wirtschaftsordnung kommt nicht in der Natur vor, sie ist immer eine gesetzte Ordnung. Das Natürliche in seiner Natürlichen Wirtschaftsordnung - die eine marktwirtschaftliche ist – bezieht sich auf die Natur des Menschen, an die die Wirtschaftsordnung angepaßt werden muß.

Von Nell-Breuning macht deutlich, daß das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft sich in der ursprünglichen Konzeption auf die Mittelbeschaffung für die Hilfe individuelle Notlagen begrenzt.

... „Ein anders Spiel der Marktkräfte in Gang zu bringen oder

⁵² Ein solches Buch liebt man natürlich nicht wie einen Roman. Aber jedes mal wenn ich nachschaue bin ich angetan von der klaren Gedankenführung und der verständlichen Sprache von Oswald von Nell-Breuning. Ich halte dieses Kapitel für eine gute Ausgangsbasis einer Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft.

diese Spiel in eine andere Richtung zu lenken, woraus sich von vorn-
herein eine sozial gerechtere Einkommens-(und Vermögens-)vertei-
lung ergeben würde, daran ist überhaupt nicht gedacht; das liegt völ-
lig außerhalb des Blickfeldes.“... - 227 -

Hier wird deutlich, daß die freiwirtschaftliche Komponente in der Sozialen Marktwirtschaft nicht verstanden oder unterdrückt wurde. Ich konnte nicht erkennen, ob von Nell-Breuning mit der Freiwirtschaftslehre vertraut war.⁵³ Auch das nächste Zitat könnte von einem freiwirtschaftlichen Autor stammen:

...“Ob gesellschaftliche oder wirtschaftliche Strukturen bestehen, die zur Folge haben, daß die einen immer reicher und die anderen zwar nicht immer ärmer werden, aber doch immer arm bleiben, kommt bei dieser Sicht der Dinge überhaupt nicht in den Blick.“ ... - 228 -

Von Nell-Breuning erkennt durchaus die Schwächen der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und hält sie nur partiell für brauchbar. Ob er nur in eine pragmatische – von Fall zu Fall entscheidende – Politik mit tendenzieller Ausweitung der staatlichen Aktivitäten ausweicht, oder ob er heimlich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Pfeile – wie solche, die aus der freiwirtschaftlichen Produktion stammen – im Köcher hat, kann ich nach meinem jetzigen Wissenstand nicht beantworten. Ein letzter und längerer Ausschnitt von ihm soll anregen, zum Gesamtwerk zu greifen:

Als »reine ökonomische Lehre« ist die soziale Marktwirtschaft dem Kopfe Müller-Armacks entsprungen. Haben Erhardt, seine Mitarbeiter und wissenschaftlichen Berater sich daran gehalten? Ist das

53 Josef Hüwe hat auf eine Kontroverse zwischen Gesell und Nell-Breuning hingewiesen. Er schrieb nach Lesen meines Manuskriptes:

„Gesell hat 1925 einen Beitrag veröffentlicht mit dem Titel "Die Verteidigung des Kapitalzinses durch den Pater von Nell-Breuning S.J.". Erschienen in "Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld" Nr.19/1925. (Gesell/Gesammelte Werke Bd. XV, S. 351-361.)

Im Jahre 1927 erschien in derselben Zeitschrift (Nr. 11-12 u. 14-16/1927) ein Beitrag von Gesell mit dem Titel "Die Westdeutsche Arbeiterzeitung und das Freigeld". (Gesell/Gesammelte Werke Bd. XVII, S. 49-55.) In diesem Beitrag beschäftigt sich Gesell mit einer Kritik Nell-Breunings am Freigeld, die in der Westdeutschen Arbeiterzeitung Nr. 16-20/1927 erschienen war. Gesell erwähnt dort, dass sich Nell-Breuning auch schon mit der Freilandidee beschäftigt habe und Damaschkes "Bodenreform" fördere.

Dem Pater war demnach die Freiwirtschaft bekannt, jedenfalls in Ansätzen. Wenn er auch die Lösungsvorschläge ablehnte, so ist von der Gesellschen Kritik am Kapitalismus vielleicht doch einiges bei ihm hängen geblieben. Darauf könnte seine kritische Einstellung zu den späteren Konzepten einer Sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen sein.“

Hinweis von TA: Die gesammelten Werke Gesells sind im Gauke Verlag GmbH – Verlag für Sozialökonomie Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg erschienen. Eine Ausgabe als CD-ROM mit Suchfunktion soll in Kürze erscheinen.

unbestrittenermaßen großartige Werk des Wiederaufbaus unserer
- 235 -

Wirtschaft nach dem Zusammenbruch von 1945 wirklich der sozialen Marktwirtschaft zuzuschreiben oder der Großzügigkeit, mit der die praktische Wirtschaftspolitik mit voller Zustimmung ihrer wissenschaftlichen Berater sich über die »reine ökonomische Lehre« hinweggesetzt hat? Hatte vielleicht sogar Victor Agartz Recht, als er erklärte: »Wie könnte ich gegen die soziale Marktwirtschaft sein? Es gibt doch keine!«?

Zum großen Verdruß von Müller-Armack habe ich selbst einmal die soziale Marktwirtschaft als die »theoretische Begleitmusik« zu unserer Wirtschaftspolitik bezeichnet; das wollte er nicht gelten lassen und sie lieber als »theoretische Programmusik« bezeichnet wissen. Immerhin hat auch er bei der gleichen Gelegenheit sich dahin geäußert, »das, was wir in der Bundesrepublik anstreben, ist eine »soziale« Marktwirtschaft (>sozial< in Anführungszeichen) ... Die Wirklichkeit wird wahrscheinlich (sic!) nie einer solchen möglichen Ordnung entsprechen. Es ist klar, daß erst recht die gegenwärtige Wirklichkeit (das war 1955) einer solchen Ordnung noch nicht entspricht.« Noch viel deutlicher an späterer Stelle: »Es ist keine Rede davon, daß ich sage, das faktisch Bestehende sei soziale Marktwirtschaft. Das faktisch Bestehende hat im Sinne der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft soziale Wirkungen gehabt. Die soziale Marktwirtschaft ist der Entwurf einer möglichen, bisher nur teilweise realisierten Konzeption.« So Müller-Armack in: »Der Christ und die soziale Marktwirtschaft«.

In der Grundsatzfrage weichen demnach Müller-Armack und ich insoweit voneinander ab, als er die - damalige, erste und ursprüngliche - Konzeption der sozialen Marktwirtschaft für eine »mögliche Ordnung« hält bzw. hielt, während ich zwar überzeugter und entschiedener Anhänger der Verkehrs- oder Marktwirtschaft bin, auch noch in Übereinstimmung mit ihm und mit den Neoliberalen überhaupt den Wettbewerb für ein überaus nützliches Ordnungsinstrument halte; dann aber gehen die Meinungen auseinander; im Gegensatz zu Müller-Armack und den Neoliberalen kann ich den Wettbewerb, auch den noch so geschickt institutionalisierten Wettbewerb, nicht als ausreichendes Instrument und noch weniger als Ordnungsprinzip der Wirtschaft ansehen; der Wettbewerb allein reicht nicht aus, damit die Wirtschaft auch nur einigermaßen reibungslos funktioniert, noch viel weniger, um den sozial befriedigenden Vollzug und ein sozial gerechtes Ergebnis der Wirtschaft zu gewährleisten.

Inzwischen hat aber auch Müller-Armack selbst sich diesen Einsichten erschlossen. Und damit komme ich zu dem Wandel, den das
- 236 -

ursprüngliche Konzept der sozialen Marktwirtschaft durchgemacht hat mit den daraus sich ergebenden Folgen für die dem Staat in der sozialen Marktwirtschaft zugeordnete Rolle. Das sollte ich ja in meinem Referat zum guten Schluß noch einbeziehen. Sehr viel ist dazu

nicht zu sagen, denn damit zerfließen die scharfen Konturen der ursprünglichen Konzeption, und was übrig blieb, ist - um es in Anlehnung an einen von Götz Briefs geprägten Ausdruck so zu nennen -
»sozial temperierter Kapitalismus«.

- 237 -

Johannes Kleinhappl:

Geistiger Dialogpartner oder Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning?

Vor längerer Zeit habe ich in einer alten Zeitschrift einen Beitrag von Kleinhappl gelesen, in dem er den starken Einfluß von von Nell-Breuning auf die Enzyklika „Quadragesimo anno“ (1931) bedauerte. Als sich vor einiger Zeit die Gelegenheit bot, die von Ernst van Loen herausgegebenen fünf Bände mit dem geistigen Kleinhappl-Nachlaß zu erwerben, habe ich zugegriffen. Ob ich je oder noch dazu komme diese Bände durchzuarbeiten, weiß ich nicht. Aber manchmal genügt ja schon ein Blick auf oder in eines der Bücher, um interessantes zu erfahren. Auf der Rückseite des Bandes „Soziales Christentum“ ist z. B. zu lesen:

Die Überwindung der „vernunfts- und sittenwidrigen Schichtung“ der Menschen nach Besitz und Nichtbesitz ist das Anliegen des Lebenswerkes von Johannes Kleinhappel, schreibt Ernst van Loen im Vorwort dieses Bandes. In seinen Schriften versucht der Moraltheologe und Wirtschaftsethiker Kleinhappel Möglichkeiten des Umbruchs zu einer ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzuzeigen sowie zu begründen.

In seiner Hinwendung zu einer ganzheitlichen Wirtschaftsauffassung versteht er Arbeit als die einzige, zeitlich und ursächlich erste wirtschaftliche Handlung, durch die sich der Mensch kostende Sächsgüter unmittelbar von der außermenschlichen Umwelt beschaffen kann. Johannes Kleinhappel lehnt, ähnlich wie Karl Marx, den „kapitalistischen Eigentumsmißbrauch“ (E. van Loen) kompromißlos und als mit der Botschaft der Bergpredigt unvereinbar ab: Die Lösung sei aber nicht die staatliche Aneignung der Produktionsmittel, sondern ihre Wiedervereinigung in den Händen der Schaffenden.

Die Kirche stehe seit der konstantinischen Wende auf der Seite der Macht, so der ehemalige Innsbrucker Moraltheologe. Sie passe sich den Bedingungen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft an, anstatt der „Allmacht des Megakapitals“ (Vorwort) eine neue christliche Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens entgegenzuhalten.

Bisher erschienen:

- Band 1: Christliche Wirtschaftsethik
- Band 2: Christentum und Kapitalismus
- Band 3: Kirchliche Kapitalismuskritik

Ernst van Loen ⁵⁴ (geb. 1911), Dr. jur., Dipl. sc. pol., Rechts- und Staatswissenschaftler, Nationalökonom und Kulturphilosoph und -politiker, arbeitete seit 1963 mit Kleinhappl zusammen, betreute nach dessen Tod seinen wissenschaftlichen Nachlaß und gibt nun diesen vierten Band mit Schriften Kleinhappls heraus.

Ich schlage das Buch willkürlich auf, und die Seiten 172 und 173 beschenken mir die vielsagenden Abschnittsüberschriften: „Der besitzlose Nurlohnarbeiter als gesellschaftliche Mißgestalt“ und „Jede Vermögenskonzentration des Kapitals ist privater Kollektivismus“. Auf der Rückseite des Bandes „Unus contra omnes“ ist folgendes zu lesen:

„Unus contra omnes“ - das ist Johannes Kleinhappl (1893-1979), Jesuit, Professor für Moraltheologie und Wirtschaftsethik: in Innsbruck, der 1947 seinen Lehrstuhl verlor, weil er dem biblischen Zins- und Wucherverbot mehr folgte als den Postulaten der liberalen katholischen Sozialtheologie eines Oswald von Nell Breuning und Johannes Messner. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln kämpfte der Ordinarius für Wirtschafts- und Gesellschaftslehre um die Aufrechterhaltung einer 1500-jährigen Lehrtradition und gegen den vorherrschenden Trend, sich mit dem Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und deren Maxime der Profitmaximierung zu arrangieren.

Im Kampf gegen Kirche und Staat unterlag er zwar, fand aber in seinem Nachlaßverwalter Ernst van Loen einen beredten Promotor seines Anliegens. Das vorliegende Buch ist der abschließende fünfte Band der posthumen Werkausgabe und bietet einen bewegenden Einblick in den „Fall Kleinhappl“, der leider wenig von seiner Aktualität verloren hat.

Der Leser kann hier erstmals das anstoßerregende Werk Kleinhappls im Wortlaut nachlesen, das von zwei Ordensmitbrüdern denunziert wurde. Er kann die Stellungnahmen Kleinhappls zu den Anwürfen seiner Kritiker begutachten (eine Auseinandersetzung fand nie statt) und findet eine Dokumentation der Kooperation von Kirche und Staat, die zur Zwangspensionierung des Ordinarius geführt hat. Ernst van Loen arbeitet in seiner ausführlichen Einleitung und in einem Epilog die Bedeutsamkeit und Aktualität dieses einsamen Kampfes heraus.

Ernst van Loen ... (siehe vorherigen Einbandtext TA)

Nachfolgend gebe ich die ersten sechs Absätze aus dem Vorwort von „Unus contra omnes“ von Ernst van Loen vom Herbst 1995 wieder:

54 Ernst van Loen ist der Herausgeber, Johannes Kleinhappl der Autor. Der erste Band ist 1991 bei Herder in Wien erschienen. Die weiteren Bände 1992, 93, 94 und 96 in der Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck

Vorwort

Johannes Kleinhappl:

„Wir sind verpflichtet, uns von unseren Schwierigkeiten ein klares Bild zu machen und nach wirksamer Abhilfe auszuschaun. Auch von den sozialen Kämpfen, die so viel Unrecht und Leid in die Welt bringen, gilt das Wort der Schrift: Die Wahrheit, die volle, rückhaltslose und unverfälschte Wahrheit, wird uns frei machen.“

Was ich schrieb, ehe es geschrieben wurde, ist erlebt, erlitten und erbetet worden. Freilich schwingt Ressentiment mit. Nicht ganz zu Unrecht: Es ist ein Zornesausbruch, doch auch heiliger Zorn dabei. Jedenfalls wollte ich einmal in den Luftballon der Tautologien der adaptiven Oberlehrer der bürgerlichen Soziallehre in der Kirche stechen.“

Der editorische Abschluß des Nachlaßwerkes von Johannes Kleinhappl im Frühjahr/Sommer 1995 fällt zeitlich zusammen mit der feierlich begangenen 50. Wiederkehr des sich als Endsieg der Geschichte verstehenden Triumphes des imperial-global verstehenden Allmachtsanspruchs des internationalen Weltfinanzkapitals über den ganzen Planeten.

Eben diesen hedonistisch-materialistischen Omnipotenzanspruch des Kapitals über Mensch und Natur als bloßes „Person- und Sachkapital“ hatte unser Autor-jenseits aller ihm fernliegenden Verschwörungstheorien - als christlicher Fundamentalkritiker des modernen Kapitalismus moralisch hinterfragt und als flagranten Verstoß gegen den Sein- und Sinnkosmos des Menschen als unverzichtbarer Grundlage und Bedingung einer identitären Ordnung und Gestaltung seiner Lebens- und Schaffenswelt in Frage gestellt und bestritten.

Der auf nichts als den eigenen Allmachtswahn gestellte Weltherrschaftsanspruch des Internationalen Finanzkapitals, der die menschlich-mitmenschliche Welt ebenso wie die außermenschliche Umwelt auf den bloßen Verwertungsrang eines profitmaximierenden Warenpotentials degradiert, wurde durch die enzyklicale Sanktionierung der „kapitalistischen Wirtschaftsweise“ in Ziff. 100/101 von „Quadragesimo anno“ (1931) im Bewußtsein von Kirche und Welt als „in sich nicht schlecht, daher als solche nicht zu verdammen“ gerechtfertigt und verteidigt. Seitdem war eine fundamentalkritische Hinterfragung dieses eindimensionalen Profitmaximierungs-Denkens im Bereich der christlichen wie nichtchristlichen Öffentlichkeit unter Berufung auf die klassische Lehrtradition der Kirche in der Kapitalismusfrage nicht mehr möglich.

Wer eine „Wirtschaftsweise“, die den Menschen als einzigen Träger von Rechten und Pflichten in der Ordnung und Gestaltung seiner Lebens- und Schaffenswelt, zur käuflichen „Ware Arbeitskraft“ als bloßes Erwerbsmittel auf dem Warenmarkt zur gewinnträchtigen Sache verdinglicht als „in sich nicht schlecht, daher als solches nicht zu verdammen“ moralisch sanktioniert, hat damit nicht nur den Menschen als ENS SOCIALE (Gemeinschaftswesen), sondern zugleich seinen personalen Identitätsrang als letztes Glied der Evolutionskette bis zum HOMO SAPIENS an den ihn zur profitablen Verwertungssache verdinglichenden Weltgötzen Mammon und Widersacher Gottes und des Menschen entwertet und in Frage gestellt.

Nun müßte ich gerechter Weise auch noch ein paar Stimmen aus dem Bereich der

evangelischen Sozialethik zitieren, mir fallen aber keine ein, was aber nicht bedeutet, daß es keine Entsprechungen zu von Nell-Breuning und Kleinhapfl gibt.

Deutlich geworden ist schon an den beiden zitierten Autoren, daß die Kirchen zur Entwicklung einer menschen- und umweltfreundlichen Ökonomie einiges beizutragen haben. Ich fürchte nur, daß der Teil der hauptamtlichen Christen und des allgemeinen Kirchenvolkes, die sich wirklich in das Zeitgeschehen einbringen will und dies auch tut, so gering sein wird wie der Teil, der sich zu Zeiten der nationalsozialistischen Herrschaft auf die Seite der bekennenden Kirche schlug.

4.7 Die vernachlässigten Themen:

Die Geldverfassung, das Bodenrecht, das Patentrecht,
die freiheitliche Ordnungen des Sozialen Netzes und
des Bildungswesen, der Kultur und die Wirkungen der
Mehrwertsteuer

Ich wollte hier nochmals konzentriert darauf hinweisen, daß sowohl die Sozialwissenschaften wie auch die Politik die Themen Bodenrecht, Geldverfassung und Patentrecht sträflich vernachlässigen oder ganz aus ihrer Betrachtungsweise verdrängt haben. Ich wollte begründen, warum ich unser Bildungssystem als kommunistisch bezeichne und warum die Bürgerversicherung den Faschismuscharakter (Zwangsbündelung von individuellen Interessen und ihre obrigkeitliche Befriedigung) unseres sozialen Sicherungsnetzes nicht aufhebt und nur ein weiterer zum Scheitern verurteilte Versuch ist, bürokratisch eine Umverteilung von Einkommen vorzunehmen.

Ich habe auch immer noch keine Antwort gefunden auf die Frage, ob die 1972 von Karl Walker formulierte Kritik „Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer“ berechtigt ist oder nicht. Walker wies damals auf Systemfehler zu Lasten der öffentlichen Kassen und die negativen Folgen für die arbeitsintensiven Unternehmen hin. Unabhängig hiervon kann man erwarten, daß mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer die „Schwarzarbeit“ wächst. Übersehen wird meines Erachtens auch, daß zwar die Mehrwertsteuer – wie alle Kosten des Unternehmens – vom Endverbraucher getragen werden müssen, aber eine Erhöhung der MWST auch Waren (und damit unter Umständen auch Unternehmen) aus den Markt drängt, für die kein höherer

(Brutto-)Preis im Markt durchgesetzt werden kann. Ich bin aber aus zeitlichen Gründen gezwungen, auf meine anderen Arbeiten und vor allem auf die Links auf meiner Webseite zu verweisen.

Heute, am 25. August 2005, an dem Tage an dem das Bundesverfassungsgericht die Auflösung des gegenwärtigen Bundestag auf Antrag des Bundeskanzlers durch den Bundespräsidenten für rechtmäßig erklärt hat, will ich doch noch ein paar Anmerkungen zu den Stichworten Geldverfassung, Bodenrecht, soziales Netz und Bildungssystem machen. Die Anmerkungen können nicht mehr sein als Anregungen für unabhängige Bürger, sich diesen Themen intensiv zu widmen, denn hier liegen die Hunde begraben, die die Luft unserer Gesellschaft verpestet. Sich der Hoffnung hinzugeben, die Politik oder Wissenschaft würde die erforderliche Erkenntnisarbeit schon leisten, ist unter den gegebenen Verhältnissen illusorisch.

Ich fange mit dem Bildungssystem an: Ob wir Walter Eucken mit seinen Ordnungsformen zu Hilfe nehmen, den Bildungskritiker Ivan Illich oder ob wir mit eigenen wachen Augen unsere Bildungslandschaft betrachten, wir können nur feststellen, daß zum Beispiel das Bildungssystem von heute sich von dem Bildungssystem in den Hauptstrukturelementen nur durch den ideologischen Überbau und einige inhaltliche Vorgaben unterscheidet: Die Bildung als staatliche Veranstaltung, inhaltliche Vorgaben, Festlegung der Formen, der Inhalte und ihrer Vermittlung und der Abschlüsse durch den Staat, die Lehrer als Vollzugsbeamten und die zwangsweise Rekrutierung der Schüler. Der Schulzwang wird euphemistisch als Schulpflicht deklariert. Die Eltern werden in Bezug auf die Erziehung ihrer Kinder teilentmündigt, nur (?) weil einige sich gegen einen Schulbesuch entscheiden könnten. Das die Zahl der Schulverweigerer aber höher sein wird, wie im jetzigen Zwangssystem, ist ziemlich unwahrscheinlich. Die Erfahrungen in Ländern, die nur eine Unterrichtspflicht kennen und trotzdem in der Pisa-studie besser abschneiden als wir, werden ignoriert. Ignoriert werden auch Modelle eines freiheitlichen Bildungssystem, das über Bildungsguthaben finanziert wird. In den ersten Jahren nach der Gründung der GRÜNEN war dort noch ein Gespür für die Bildungsfreiheit. Inzwischen kann man sie aber auch zu den Mitgliedern der kommunistischen Bildungsfront zählen.

Wenn man sich bewußt anschaut, was im Bildungssektor der Politik läuft und dann noch den nachfolgend erwähnten Sektor der Sozialversicherungen hinzu nimmt, dann ist die von der

Politik erfundene Formel von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ (die ja zur Verurteilung von politischen Radikalen und Extremisten herhalten mußte) eine Verhöhnung und Verdummung der Menschen in unserem Land.

Heute verteidigen sogenannte Linke ein Zwangsversicherungssystem, das mit Fug und Recht faschistisch genannt werden kann, das ursprünglich obrigkeitsstaatlich als Beruhigungsmittel gegen soziales Aufbegehren eingeführt wurde. Hat man denn total vergessen, daß es gegen die Intentionen von Sozialisten, die noch ein glühendes Herz für Gerechtigkeit und Freiheit hatten, geschaffen wurde? Kann man den Entmündigungs-, den Verschwendungs- und Konfliktcharakter unserer Zwangskollektive nicht sehen? Auch hier spricht man euphemistisch viel von Solidarität. Abgesehen davon, daß man Solidarität nicht verordnen kann, ist das ganze System eher als eine Krankheitsindustrie zu verstehen. Der gute Wille und das Können der Heilberufler gerät doch zwangsläufig immer wieder in ein schiefes Licht. Das Schlimme an dem System ist auch, daß die Bürger von der Politik in einem Abhängigkeitsverhältnis gehalten werden, damit die Sozialpolitiker sich hinterher als die großen Wohltäter profilieren können. Die Kosten der Gesundheitsfürsorge und Heilbehandlungen müssen so oder so von der Arbeit finanziert werden. Warum dann nicht eine Geborgenheit in einem freiheitlichen System, in einer selbstgewählten, privatrechtlichen Föderation?⁵⁵ Wenn dann die Wahl besteht zwischen einem teureren Vollkaskosystem und einem billigeren Teilkaskosystem, was wäre dagegen zu sagen? Da das jetzige System auch das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern belastet oder gar vergiftet, wäre es wichtig, daß dieser Teil der Arbeitnehmerökonomie voll in die Autonomie der Arbeitnehmer übergeht. Würde sich nicht der verstaubte Geist im Bundestag immer selber reproduzieren, hätten wir schon vor Jahrzehnten ein soziales Netz mit echter Solidarität haben können, das uns die heutigen quälenden Diskussionen über den Arbeitsmarkt erspart hätte.

Bei Walter Eucken heißt es in „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ auf Seite 183:

„Pflicht der verantwortlichen Staatsmänner ist es,
dem Menschen alle Möglichkeiten zu geben, sich individuell zu sichern.“

Zum Bodenrecht nur soviel: Die Existenz des Menschen ist an dem Vorhandensein der Mutter Erde gebunden. Wenn die Rede von den gleichen Rechten der Menschen eine Substanz haben soll, dann muß jeder Mensch die gleichen Nutzungsrechte am Boden und seinen Schätzen (ein-

55 Siehe dazu Karl Hahn, „Föderalismus – Die demokratische Alternative“ - Untersuchung zu P.-J.Proudhons sozial-republikanischem Freiheitsbegriff“, 1975

schließlich die der Meere) und am Luftraum haben.

Auch unter ökologischen und marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist das geltende Bodenrecht nicht haltbar. Die Nutzung des Bodens und der Naturschätze muß merklich etwas kosten, damit er bzw. sie geschont werden. Marktwirtschaftlich ist der chancengleiche Zugang zum Boden und seinen Schätzen wichtig. Die Chancengleichheit erfordert eine Neutralisierung der Bodenrente als Störfaktor des Wettbewerbes.

Insgesamt muß die Bodenrente (Bodenzins, Grundrente, Knappheitspreis des Bodens) aus der Oberflächennutzung in geeigneter Form abgeschöpft und pro Kopf oder z.B. pro Kind regional oder national verteilt werden. Mit der Bodenrente aus dem Abbau der Bodenschätze (Förderzins) könnte ein internationaler Lasten- bzw. Nutzensausgleich betrieben werden und somit der ökonomische Sprengstoff zwischen den Völkern reduziert werden. Das ist nun kein Programm für einen Tag oder für eine Legislaturperiode. Und wenn ein solches Programm durchgezogen werden soll, kann nicht altes Recht einfach gebrochen werden. Es dürfen keine Strategien verfolgt werden, wie sie von den Bolschewisten praktiziert wurden, und es erfordert viel Aufklärung, wenn die Maßnahme selbst nicht den Zündstoff für einen Bürgerkrieg liefern soll. Was aber vor allem wichtig ist, wäre der Mut der Wissenschaft und Politik, der erforderlich ist, um das Thema aus der Tabuzone zu holen und den am Boden liegenden Faden der Bodenrechtsreformer vom Anfang des vorigen Jahrhunderts wieder aufzunehmen.

Zum Geld, zur Währungsverfassung:

In den lexikalischen Auskünften zur Marktwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft fanden sich meistens die Hinweise, daß zum System eine stabile oder funktionsgerechte Währung gehöre. Die Stabilität darf man nun aber nicht nur auf die Preisniveaustabilität beziehen, sondern auch auf die Kreislaufstabilität. Denn ist die Kreislaufstabilität nicht gegeben, haben wir es mit konjunkturellen Störungen zu tun, weder inflationäre noch deflationäre Tendenzen sind dann vermeidbar.

In Bezug auf die hier liegenden Probleme haben wir eine große Irrationalität der Wirtschafts-, Finanz- und Forschungspolitik festzustellen. Es wird einfach so getan, als gäbe es die Probleme nicht. Das man in der Sache nicht ganz ahnungslos ist, wird deutlich, wenn Politiker das Problem mit Seelenmassage lösen wollen.

Es gibt nun einzelne Wirtschaftswissenschaftler, die sich des Themas angenommen haben und bekennen, daß die große Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler die Problem des Geldes nicht sehen oder nicht sehen wollen. Das Geld sollte ein neutraler und zuverlässiger Tauschvermittler sein, ist es aber nicht. Das Geld in der heutigen Form ist ein wesentlicher Faktor der

Ausbeutung wie auch ein Verhinderer einer Dauerkonjunktur. Dieter Suhr, Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, war von der rechtlichen Seite auf die Probleme gestoßen, als vergeblich auf Antworten seiner Fragen an die Kollegen von der Ökonomie wartete, hat er sich selbst die Antworten erarbeitet und in kurzer Zeit eine Reihe von Veröffentlichungen dazu vorgelegt. Seine Arbeit wurde leider durch seinen Unfalltod abgebrochen. Ich finde keine Antwort auf die Frage, warum Berufsökonominnen sich so zahlreich und ausdauernd vor den wesentlichen Problemen der Geldverfassung und des Bodenrechtes drücken. Welchen Aussagewert sollen ihre Lehren denn haben?

In der „Franz Oppenheimer - Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages.“ von Erich Preiser, 1964 (siehe Anhang 4) heißt es:

„Besonders stolz, und mit Recht, war er, als es ihm gelang, den Umbruch in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des späten Mittelalters neu zu datieren. Die Historische Schule hatte den Verfall der mittelalterlichen Marktwirtschaft in der Mitte des 16. Jahrhunderts verlegt, beeindruckt von dem Glanz und vom Reichtum der Städte in den beiden vorangegangenen Jahrhunderten. Oppenheimer wies nach, daß der entscheidende Wendepunkt um 1370 lag, also 180 Jahre früher, und die neuere Forschung, zuerst und vor allem Friedrich Lütge, bestätigt seine Datierung.“ An dieser Stelle ist nicht zu erfahren, wie Oppenheimer den Verfall der vorher blühenden Wirtschaft begründet. Autoren der Freiwirtschaftschule erklären die lange Dauerkonjunktur, die uns die gotischen Dome und die vielen Städtegründungen brachte, mit dem Münzsystem der Brakteaten, eine dünne Münze, die nur einseitig geprägt war und relativ häufig zur gebührenpflichtigen Ummünzung aufgerufen wurde. Dieses Geld eignete sich nicht zur Schatzbildung, förderte aber wesentlich die Zirkulation.

Bei Hans Weitkamp „Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens“ habe ich gelesen, daß Wilhelm Röpke den Begriff der „monetären Geschichtsbetrachtung“ eingeführt hat. Und offensichtlich ist es so, daß die Währungen in ihrer desolaten oder guten Verfassung die Geschichte mehr bestimmt hat als die Dynastien. 1945 hat Fritz Schwarz seine beiden Bände „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“ vorgelegt. 1959 erschien von Karl Walker „Das Geld in der Geschichte“. Ich habe noch nie davon gehört, daß die offizielle Wirtschafts- oder Geschichtswissenschaft die Themen aufgegriffen und weiter verfolgt hat.⁵⁶ Dabei kann hier der Schlüssel zum Verständnis unserer heutigen Schwierigkeiten liegen.

Alfred Müller-Armack schreibt in der Ausgangslage der BRD 1946 in seinem viel erwähnten

⁵⁶ Anmerkung von Josef Hüwe: „Doch, Ein Wissenschaftler der Freien Universität Berlin.“

„Wie sehr gerade eine marktwirtschaftliche Ordnung einer aktiv gesteuerten Währungspolitik bedarf, zeigt die gegenwärtige Lage. Sie wird insgesamt dadurch gekennzeichnet, daß aus der Vergangenheit eine ungeheure, sich auf 600 bis 800 Milliarden Reichsmark beziffernde Reichsschuldenlast (Reichsanleihen, Kriegsschäden, Verdrängten- und Auslandsbesitzentschädigung, Zahlungsrückstände, Fliegerschäden) besteht, dem im Währungsbereich eine gegenüber dem früheren Durchschnittsumlauf auf mehr als das Zehnfache erhöhte Notenmenge von 60 bis 70 Milliarden Reichsmark und eine entsprechende Summe Giralgeld gegenübersteht. Die im letzten Jahr geführte Währungsdiskussion zeitigte insgesamt das Ergebnis, daß das dringlichste Anliegen der Geldwertkorrektur nicht die Bereinigung der ins ungemessene gewachsenen Reichsschuldenlast ist, sondern daß eine Währungskorrektur als vorrangige wirtschaftspolitische Maßnahme zur Wiederherstellung einer geordneten Marktwirtschaft erforderlich ist. Die uferlose Kaufkraft-erweiterung hat insgesamt eine Lage entstehen lassen, die unbedingt bereinigt werden muß, um eine volkswirtschaftliche Kooperation wieder in Gang zu bringen. Es zeigt die gegenwärtige Währungssituation sehr klar, wie jedem Währungszustand eine entsprechende Marktlage gegenübersteht. Der Kaufkraftüberhang hat weitgehend eine persönliche Uninteressiertheit der Arbeitenden, Unternehmer, Handwerker und Bauern am unmittelbaren Ertrag ihrer Arbeit geschaffen und einen unkontrollierbaren Tauschmarkt entstehen lassen, der die Reste unseres Rationierungssystems stärkstens bedroht. Auf der anderen Seite führt die ungeklärte Währungslage zur Warenrückhaltung und Warenhortung zum Zwecke der Vermögenssicherung. Nur ein wirklich knappes, durch die Zeit hindurch wertstabiles Geld von effektiver Kaufkraft vermag einen Leistungsaustausch zu organisieren, dessen Fehlen neben vielen sonstigen Hemmnissen das Schneckentempo des deutschen Wiederaufbaues verschuldet.

So sind gerade heute die Vertreter der Marktwirtschaft Anhänger einer höchst aktiven Währungspolitik, während die Verteidiger der Wirtschaftslenkung paradoxerweise hier einen Laissez-faire, laissez-aller das Wort reden, womöglich gar das Vorhandensein eines Währungsproblems abstreiten und alles Erforderliche auf dem Wege über gewisse steuerliche Maßnahmen glauben erreichen zu können.“ ...

Im Anhang 4 habe ich das Geleitwort von Ludwig Erhard u.a. zur ersten Ausgabe der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ (1949) zugänglich gemacht. Dort wird erklärt:

„Die 'Währung' ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der 'Wirtschaft' hätte. Sie ist 'nur' eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen der Organismen. Aber 'RICHTIGES GELD' ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.“

Ludwig Erhard
in
Wohlstand für alle
1957, S. 14 u. 15

Die. wirtschaftlichen Grundrechte.

„Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht. Dieses demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muß seine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d. h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewußtsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen, wie Diktatur und Staatswirtschaft.

Die Verwirklichung des Gedankens der Wohlstandsmehrung zwingt zum Verzicht auf jede unredliche Politik, die dem nur optischen Scheinerfolg den Vorzug vor dem echten Fortschritt gibt. Wem dieses Anliegen ernst ist, muß bereit sein, sich jedweden Angriffen auf die Stabilität unserer Währung energisch zu widersetzen. Die soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Währungsstabilität nicht denkbar. Nur diese Politik gewährleistet auch, daß sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern.

Solche Versuche haben gerade in jüngster Vergangenheit vielfache Ausprägungen erfahren. Hier seien z. B. die Vereinbarungen der Sozialpartner erwähnt, deren Effekt bereits dahin geführt hat, daß Lohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt übersprungen haben und damit gegen den Grundsatz der Preisstabilität verstoßen. Der gleiche Vorwurf trifft die Unternehmer, wenn sie aus solchem Anlaß oder aus Eigennutz in höhere Preise glauben ausweichen zu können. Die Schuld würde sogar zum Fluch werden, wenn da jemand eine bewußt inflationäre Entwicklung fördern wollte, um auf solche Weise zu leichterem Rückzahlung aufgenommenen Kredite befähigt zu werden. Es liegt mir fern, einen solchen Verdacht zu äußern, um so mehr als wohl niemand daran zweifeln kann, daß bereits

ein solcher Versuch zur politischen Katastrophe führen müßte.“

Auch hier betont Ludwig Erhard die Bedeutung der Währung für die Soziale Marktwirtschaft, ist aber mit den Aussagen im letzten Absatz inkonsequent. Denn an anderer Stelle betont er, daß der Unternehmer für die unternehmerische / betriebliche Ebene zuständig ist und nicht für die volkswirtschaftliche, für die die Wirtschaftspolitik verantwortlich ist. Außerdem widerspricht die Aussage, daß von Arbeitnehmer- oder Unternehmerseite aus die Währung inflationiert werden könnte, den Aussagen der Quantitätstheorie, für deren Wiedereinführung Milton Friedman den Nobelpreis erhalten hat. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen unter Wahrung ihrer sonstigen Ziele so viel aus dem Markt für ihre Produkte bzw. Leistungen herausholen wie möglich.

Und hier nochmals ein Zitat aus „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ von Walter Eucken, in dem die Problematik von Geldsystem und Ausbeutung anklingt:

„Wenn Karl Marx gegen das < kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln > ganz allgemein den Vorwurf der Ausbeutung erhob, so übersah er dabei, daß Privateigentum je nach Marktform ganz Verschiedenes bedeutet. Die wesentliche Frage ist, ob sich Marktformen und Geldsysteme realisieren lassen, in denen < Ausbeutung > unmöglich ist, die mithin nicht zur Vermachtung führen, und in denen der Gesamtprozeß ins Gleichgewicht gebracht wird. Anders ausgedrückt: Wie kann Privateigentum zu einem ökonomisch und sozial brauchbaren Instrument des Ordnungsaufbaus werden?“ (S. 168 ff.)

Und vorher hört sich Eucken richtig freiwirtschaftlich an:

„Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d.h. In Inflation und Deflation umzuschlagen.“ (S.162)

Und noch weiter vorher zur internationalen Währungsordnung:

„Eine internationale Währungsordnung, die einem System von Wettbewerbswirtschaften angemessen ist, müßte also folgenden Mindestbedingungen genügen:

1. Sie muß automatisch funktionieren, so daß die Zentralbankleiter die Geldpolitik nicht nach wechselnden Gesichtspunkten von Fall zu Fall willkürlich bestimmen können.
2. Der Mechanismus muß auf möglichste Stabilhaltung der Wechselkurse hinwirken.
3. Es muß ein kräftiger Stabilisator in den Mechanismus einge-

baut werden, der viel stärker, als es bei der Goldwährung der Fall war, darauf hinwirkt, daß Deflation und Inflation vermieden werden.“ (S. 118)

Die Bedingung Nr. 1 ist aus meiner Sicht voll zu bejahen. Denn wenn man der Notenbank Politik zubilligt, dann muß sie auch demokratisch unterfüttert werden, womit noch nicht gesagt ist, daß das Ergebnis auch ein gutes wäre.

Die Bedingungen 2 und 3 lassen sich nur gleichzeitig realisieren, wenn das System eine Einwirkungsmöglichkeit auf jede angeschlossene Währung hätte mit dem Ziel der Stabilisierung. Denn freie Wechselkurse sollen ja gerade die Abweichungen der Kaufkraftparität verschiedener Währungen zwischen dem Zeitpunkt A und B und C usw. zum Ausdruck bringen. Also, stabile Wechselkurse kann es nur zwischen stabilen Währungen geben.

Nun will ich noch auf ein Problem hinweisen, das die Wirtschaftsreformer und Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft (die Gesellianer sprechen hier von der Natürlichen Wirtschaftsordnung) von Anbeginn an in ihrer Wirkung ausgebremst hat. Es ist das Thema Giral- oder Buchgeld. Wenn die Währung insgesamt, die Vermeidung von Inflation und Deflation speziell, so eine zentrale Rolle in der Marktwirtschaft, in der Sozialen Marktwirtschaft spielen, dann ist es natürlich wichtig zu wissen, was Geld ist. Ich glaube, die weiteste Definition von Geld hat der ehemalige Bankier von Bethmann formuliert. Nach ihm ist alles Geld, wo man mit kaufen und Schulden tilgen kann. Das ist nach meiner Einsicht Unsinn, nämlich dann hätten wir in der reinen Tauschwirtschaft – wo Güter mit Güter bezahlt wurden – auch schon eine Geldwirtschaft. Ich habe an andeerer Stelle erwähnt, daß Milton Friedman den Nobelpreis dafür erhalten hat, daß er die Quantitätstheorie wieder in die Wirtschaftswissenschaft eingeführt hat. (In der Freiwirtschaftsschule galt sie aber ununterbrochen.) Die Quantitätstheorie ist wohl der älteste Bestandteil der ökonomischen Theorie überhaupt. Aber was taugt denn eine Theorie der Quantität, die mit unbestimmbaren Quantitäten rechnet? Das sind aber nicht nur theoretische Fragen, die hinter dem Komplex stehen, sondern Einschätzungen, die in die reale Wirtschaft hineinwirken.

Die Giralgeldschöpfungstheorie begründet heute nicht nur die überzogene Kontrolle der Banken⁵⁷, sondern rechtfertigt auch durch das Mindestreservesystem -das ursprünglich gar nicht für die Geldmengensteuerung geschaffen wurde – Eingriffe in Eigentumsrechte. Denn – so Karl Walker – die Zwangseinlagen der Geschäftsbanken bei der Notenbank repräsentieren le-

57 Neulich klagte mir ein Leiter einer kleineren Genossenschaftsbank sein Leid. Er sagte, die Kosten der staatlichen Kontrolle machten den kleineren Banken arg zu schaffen und verursachten mit den Hang zur Fusion, zur größeren Einheit. Hier wird also der Staat zum Saboteur der Marktwirtschaft.

gitime Ansprüche auf Güter im Markt. Da die Mindestreserve zinslos ist, müssen die Geschäftsbanken den so entstehenden Verlust durch höhere Zinsen beim restlichen Kreditvolumen wieder hereinholen. Die Schuldner bezahlen also die Kosten dieses problematischen Instrumentes.

Ich wollte nun mit einem Zitat von Erich Preiser die Problematik noch verdeutlichen, erinnerte mich aber an Aussagen von Franz Oppenheimer, die ich jetzt voranstelle.

„Freiland-Freigeld
Kritik der Geld- und Krisentheorie Silvio Gesells
Von Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Charlottenburg
in der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1935, III

„2. Freigeld

Henry Georg, dem Gesell die Lehre vom Bodenmonopol verdankt, war der Überzeugung, dass mit seiner Beseitigung alles getan sei, um das arbeitslose Einkommen «spurlos» verschwinden zu lassen. Er hielt nämlich den Zins für eine «legitime, natürliche Bildung».

Unzweifelhaft ist seine Lehre vom Zins falsch. Auch hier wieder müssen wir Gesell recht gehen. Sie ist «naive Fruktifikationstheorie», wie Gesell mit Böhm-Bawerk sagt, und kann die Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft, Zins, Krisen und Arbeitslosigkeit (107) nicht erklären. Sie beruht auf der ewigen Verwirrung von Rohzins und Reinzins und wird, wie jede andere Zinslehre, die den Zins als einen Aufschlag auf den natürlichen Preis des Produkts erklärt, durch die einfache, zuerst von Marx angestellte Überlegung abgetan, dass diese Aufschläge per saldo - Null ergeben, weil jeder als Käufer so viel verliert, wie er als Verkäufer gewonnen hatte. Der Zins bzw Profit ist nur zu erklären durch Abzüge vom vollen Arbeitsertrage, der Schaffenden, nur als <Mehrwert>, wie auch Gesell es tut: <die aufwieglerische Ansbeutungstheorie> (289).

Gesell behauptet aber nicht nur, dass die Georgesche Zinstheorie falsch ist sondern: dass Freiland allein kein «Allheilmittel» ist (106) Er erblickt noch ein zweites, mindestens ebenso schweres Hindernis für den gerechten Austausch und daher einen zweiten schweren Abzug vom vollen Arbeitserträge. Dieses Hindernis ist das heutige Geld.

Der Gedankengang ist der folgende:

- a) das Geld ist ein «Erzeugnis der Gesetzgebung»;
- b) das Geld ist für den Tauschverkehr unentbehrlich;
- c) das Geld erhebt bei jedem Tausch einen Aufschlag, den «Urzins». Dieser

Urzins ist die Grundursache allen Zinses und Profits;
d) darum muss das heutige Geld durch ein neues Geld ersetzt werden, das
den Urzins nicht erheben kann: Freigeld.“

Nun versucht hier ein ökonomischer Geistesverwandter den anderen, der durch seine Analyse Zweifel am eigenen Denken aufkommen läßt, diesen zu widerlegen. Es behaken sich hier zwei herausragende Denker, so wie sich Protestanten und Katholiken ohne Rücksicht auf die Gemeinsamkeiten behakt haben, als *Ökumene* noch ein unbekanntes Fremdwort war.

Er kommt dann zu der Aussage, die hier von Interesse ist.

„Schliesslich führte die Entwicklung der letzten endgültigen Form des bargeldlosen Verkehrs zum Clearing, wo alle Wechsel und Schecks gegeneinander skontiert und sogar die Salden bargeldlos durch Gutschrift bzw. Lastschrift der beteiligten Banken auf Clearingkonto ausgeglichen wird. Nicht ein einziger Pfennig Bargeld ist hier «unentbehrlich».

Während Oppenheimer zu Gesells Aussage <Das Geld ist unbedingte Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung> (326), ist <das allgemeine unentbehrliche Tauschmittel> (327) sagt: „Der Satz ist falsch!“, erklärt sein Schüler Erich Preiser in:

Nationalökonomie heute, 1959

VII. DAS GELD

... In unsern bisherigen Überlegungen ist zwar das Wort „Geld“ oft vorgekommen, aber weder haben wir uns über den Begriff des Geldes den Kopf zerbrochen noch ist irgendwo eine Problematik aufgetaucht, die es notwendig gemacht hätte, neben Angebot, Nachfrage, Preis, Einkommen und anderen Erscheinungen unserer Wirtschaft dem Geld besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir haben ganz einfach stillschweigend angenommen, daß es da ist. Diese Annahme ist nötig, aber sie genügt auch. Sie ist nötig, weil die Marktwirtschaft ohne ein allgemeines Tauschmittel natürlich nicht funktionieren könnte. ... (S.83)

Mit den weiteren Ausschnitten aus Preisers Darlegungen möchte ich nochmals hinweisen auf die Schwächen der ganzen Geldtheorie, die durch den ungeklärten oder fragwürdigen Geldbegriff entstanden ist.

... Die erste betrifft die Definition des Geldes. Wir haben vorhin von der Notwendigkeit eines Tauschmittels in der Marktwirtschaft gesprochen, aber da wir ja leider z. B. auch Steuern zahlen müssen, so ist die Gleichsetzung von Geld und Tauschmittel zu eng, und wir müssen also das Geld allgemeiner, nämlich als Zahlungsmittel, definieren: Geld ist alles, womit man zahlen kann. Das sind

heute, wenn wir mit dem sogenannten Stückgeld beginnen, die Münzen für den Kleinverkehr und die Noten der Zentralbank. Aber jeder weiß, daß man auch, wenn man ein Bank- oder Sparkassenkonto besitzt, mit einem Scheck oder durch Überweisung von Konto zu Konto zahlen kann. In diesem Fall fungiert das Bankguthaben als Geld, und so tritt also neben das Stückgeld oder Bargeld als zweite Geldart das Buchgeld oder Giralgeld. Im Gegensatz zu den Münzen, die der Staat selbst ausgibt, und zu den Banknoten, die allein die vom Staat dazu ermächtigte Zentralbank in den Verkehr setzt, hat das Buchgeld durchaus privaten Charakter, aber das verschlägt nichts: es erfüllt trotzdem Geldfunktion, ist also keineswegs ein bloßes Geldsurrogat, sondern genau wie die Münze und Banknote richtiges „Geld“.... (S. 86)

... Es bleibt also dabei, daß weder der Geldstoff noch die staatliche Autorität dem Geld seinen Wert verleiht, daß der Geldwert vielmehr einzig und allein von der richtigen Bemessung der Geldmenge durch diejenigen Institutionen abhängt, die das Geld in die Welt setzen - ein offenbar höchst bedenklicher Zustand, der nicht nur dem Irrtum, sondern auch der Willkür Raum gibt und in bemerkenswertem Gegensatz zu der Automatik der Selbststeuerung durch den Preismechanismus steht.

Mit dieser Feststellung sind wir nun plötzlich und unversehens über die bloßen Vorfragen der Geldtheorie, und in gewisser Hinsicht sogar über die Theorie überhaupt, hinausgeschossen. In der Tat ist ja das Geld nicht einfach da, es wird geschaffen wie andere Dinge auch, aber im Gegensatz zu den Gütern, von denen wir soviel wie möglich haben wollen, kommt es beim Geld, wie wir jetzt gesehen haben, auf das richtige Maß an. Wird es überschritten, so geraten wir in die Inflation, wird es unterschritten, in die Deflation. Wo diese Stichworte fallen, beginnt die eigentliche Problematik der Geldtheorie, zugleich aber auch der Geldpolitik. ... (S. 89)

... Was das „richtige“ Maß ist, kann daher nur im Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung und allen von der Wirtschaftspolitik angesteuerten Zielen entschieden werden, nicht aber im Rahmen einer für sich betriebenen Geldtheorie. Mit Sicherheit läßt sich nur sagen, daß jedes Abweichen von der Politik stabiler Preise gefährlich ist und daß die Geldpolitik alles tun muß, um das zu verhindern, was wir bei den Begriffen Inflation und Deflation in erster Linie vor Augen haben: die ungeheure Verschlechterung des Geldwerts in und nach den beiden

Weltkriegen einerseits, die krisenhafte Schrumpfung von Geldumlauf und Produktion in dem berüchtigten Deflationsjahr 1931 andererseits. (S.90)

... Unsere Überlegungen haben weit über das hinausgeführt, was den traditionellen Inhalt der Geldtheorie bildet. In der Tat ist es das Kennzeichen der neuesten Entwicklung, daß die Geldtheorie immer mehr mit der Theorie des Wachstums und der Konjunkturbewegungen verschmilzt. ...(S.94)

... Aber gleich am Anfang, bei der Definition des Geldes und bei der Betrachtung der heutigen Geldarten, sind ja neben dem Münzenkleingeld, das uns nicht weiter interessiert, und neben den Noten der Zentralbank, als eine dritte Geldart, nämlich als Giralgeld, auch die Konten der Wirtschaftssubjekte bei privaten Banken und Sparkassen aufgezählt worden. Das brauchte an sich nicht viel zu bedeuten; das Bankkonto könnte einfach durch Einzahlung von Banknoten entstanden sein, die nun bei der Bank verbleiben, und das Giralgeld wäre dann sozusagen lediglich eine andere Form der Banknote. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Das Giralgeld entsteht und besteht neben der Banknote, es ist ein Geschöpf der privaten Banken, und so stellt sich also heraus, daß das Geld, das wir gebrauchen, heute keineswegs allein von der Zentralbank emittiert wird, daß vielmehr auch die privaten Geschäftsbanken Geld in die Welt setzen.

Diese Tatsache ist den meisten Menschen unbegreiflich, und lange Zeit haben gerade die, die dieses Geschäft betreiben, die Bankpraktiker selbst, rundweg geleugnet, daß sie Geld schöpfen. Sie geben Kredite, und insofern setzen sie Geld in Umlauf. Aber dieses Geld, so meinen sie, muß ihnen vorher zugeflossen sein - woher sollten sie es sonst nehmen? Jedoch, schon in diesem einfachen Fall haben sie die Geldmenge vermehrt. Wenn der Kunde A sich ein Girokonto eröffnen läßt und den Betrag in bar, d. h. in Banknoten, einzahlt, und wenn die Bank diese Noten dem Kunden B als Kredit weitergibt, so zirkuliert jetzt nebeneinander das Bargeld und das Giralgeld; denn A verfügt ja auch über sein Konto, durch Ausstellung von Schecks oder durch Überweisungsaufträge. Allerdings kann die Bank nicht den ganzen Betrag des empfangenen Bargeldes weitergeben. Sie muß ja damit rechnen, daß A sein Guthaben oder einen Teil davon in bar abhebt oder daß es derjenige tut, dem A einen Scheck gegeben hat, und sie muß darüber hinaus auf unvorhergesehene Anforderungen gefaßt sein. Sie behält daher einen Teil als Liquiditätsreserve, aber selbstverständlich hält sie diese Reserve so klein wie möglich, weil Geld

in der Kasse keine Zinsen bringt.... (S. 96 ff.)

Es wird aus den Zitaten deutlich: Die Geldwertstabilität ist wichtig für eine brauchbare Marktwirtschaft. Um die Geldwertstabilität (Preisniveaustabilität) zu ermöglichen müssen wir wissen, was Geld ist. Durch die Hereinnahme von Forderungen auf Geld (Giralgeld oder Buchgeld) wird die Aussage und die Anwendung der Quantitätstheorie fragwürdig, weil das was Giralgeld ist, willkürlich nach Einlagefristen definiert wird. Außerdem läßt sich durch die Hineinnahme des Giralgeldes in die Gelddefinition nicht mehr ein klare Grenze zwischen staatlicher Geldschöpfung und Setzung der Rahmendaten und den privatwirtschaftlichen Aktivitäten der Banken setzen, was zur Folge hat, daß immer mehr staatliche Eingriffe in den privatwirtschaftlichen Sektor erfolgen.

Nach Ansicht von Elimar Rosenbohm, der lange in einer volkswirtschaftlichen Abteilung einer Landeszentralbank gearbeitet hat ist die ganze Giralgeldschöpfungstheorie ein Theorienschöpfung, die wenig mit der Realität zu tun habe. Wenn Preiser sagt, daß die Bankpraktiker selbst ihre Buchgeldschöpfungsmöglichkeit rundweg geleugnet haben, dann hatten sie auch guten Grund dazu. Denn wenn sie diese Möglichkeit hätten, müßte es sich in ihren Bilanzen nachweisen lassen. Als ich Anfang der 60er Jahre meine späte Banklehre machte, wurde die Giralgeldschöpfungstheorie uns Lehrlingen so vermittelt, wie die jungfräuliche Geburt Jesu den Priester-Anwärtern. Wenn man dazugehören will, muß man das Unglaubliche als Glauben schlucken. Karl Walker hat eigens zur Klärung solcher abstrakten Fragen ein volkswirtschaftliches Planspiel entwickelt, damit die einzelnen gedanklichen Schritte visuell durch konkrete Handhabung mit Geld, Schecks etc. und Gütern begleitet und überprüft werden konnten. Als es in der Zeit meines Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik (1964/66) mir mit einiger Nachhaltigkeit gelungen war, daß die Akademie Walker mit seinem Planspiel eingeladen hat, hatte man nichts anderes – wie mir zugetragen wurde – im Sinn, als ihn „abzuschießen“. Die Buchführung könnte man auch ohne sein Planspiel, wurde Walker bedeutet. Mangels wissenschaftlicher Neugier und aufgrund von Vorurteilen konnte man diese Erkenntnishilfe nicht nutzen.

Der Streit um die Giralgeldschöpfungstheorie dauert bis heute an und spaltet auch die Leute, die sich der Freiwirtschaftsschule zuordnen. Ich bekomme wenigstens zweimal die Woche einen E-Brief, in dem die Leute für schwachsinnig erklärt werden, die nicht an die Giralgeldschöpfung durch die Banken glauben.

Schon die Schilderung von Preiser: „Wenn der Kunde A sich ein Girokonto eröffnen läßt und den Betrag in bar, d. h. in Banknoten, einzahlt, und wenn die Bank diese Noten dem Kunden B als Kredit weiter gibt, so zirkuliert jetzt nebeneinander das Bargeld und das Giralgeld; denn A verfügt ja auch über sein Konto, durch Ausstellung von Schecks oder durch Überweisungsaufträge.“ ist falsch. Gerade in diesem einfachen Modell mit einer Bank, einem Kreditnehmer und einem Einleger (Sparer) wird deutlich, daß nur einer über das Geld verfügen kann. Wenn der Einleger über sein Geld verfügt, kommt die Bank mit ihrem Kreditversprechen gegenüber dem anderen Kunden in die Klemme. Ist aber der Kunde schneller, dem der Kredit eingeräumt wurde, kann die Bank der Auszahlungsanforderung des Einlegers nicht nachkommen. Ich denke, die ganze Verwirrung kommt auch daher, daß die Klärung eines Sachverhaltes mit unklaren Bezeichnungen versucht wird. Mir kam der Gedanke, daß diese Vorgänge mit Murmeln durchgespielt werden sollten. Wir würden dann bald feststellen, daß die Banken keine Murmeln schöpfen können.

Die ganzen ungeklärten Vorgänge um das Geld sind für unser Gesellschaft, für die Weltgemeinschaft wichtiger als Schwarze Löcher, Raumfahrt und Gentechnik. Wo bleibt das wissenschaftliche Interesse, die wissenschaftliche Innovation? Wo bleibt der Wille der Politik, hier Anreize für die Klärung der Geldfragen zu setzen oder Druck auszuüben?

5 Ist eine Wahlempfehlung möglich?

Auch bei großmütiger oder großzügiger Beurteilung ist es mir nicht möglich, eine Wahlempfehlung zu geben. Die Wähler haben bei dem gegebenen Wahl- und Selektionssystem für die Abgeordneten bestenfalls die Chance, das kleinere Übel wählen zu können. Das ist diesmal bei dem als Entscheidungswahl stilisierten Urnengang auch nicht anders. Es zeigt sich aber, daß die Häufung der kleinen Übel auch große Übel ergeben. Wer meine Ausführungen zur Marktwirtschaft und Sozialen Marktwirtschaft gelesen hat, wird feststellen, daß sie von keiner Partei wirklich vertreten wird. Wir gehen noch schlechteren Zeiten entgegen, egal wer die Wahl gewinnt, die Versprechungen vor der Wahl sind nach der Wahl Altpapier. Die nächste Legislaturperiode wird wieder ein Jammertal werden, weil eine wirkliche Wende in den Köpfen der Mitglieder unserer politischen Klasse noch nicht stattgefunden hat.

Vielleicht können wir den Weg durch das Jammertal dadurch abkürzen, daß wir mehrheitlich nicht wählen gehen, damit die, die das Sagen haben, nicht mehr sagen können, sie würden uns repräsentieren. Die Strategen der im Bundestag vertretenen Parteien werden natürlich wie immer sagen, daß eine Wahlenthaltung die Extremparteien stärkt, weil deren Wähler motivierter für eine Wahl sind als die eigenen. Aber ist denn die Gefahr für Deutschland geringer, wenn wir wieder jenen politischen Klüngel in den Sattel heben, der die Republik mit der Gefahr des Absturzes entlang des Abgrundes steuert?

Ich wollte eigentlich noch stichwortartig sagen, warum ich welche Partei (auch die eigene) nicht wählen kann. Ich bin froh, daß ich das aus zeitlichen Gründen unterlassen muß, sonst hätte mich meine Betrübnis über unsere politischen Zustände und Parteien noch zur Hähme verleitet. Ich will mit diesen Zeilen - aus Liebe zu unserem Land und ihren Bürgerinnen und Bürgern und den Menschen in der Welt – Kritik üben. Wenn ich verletzend geworden bin, dann nicht mit Absicht, sondern aus Betroffenheit. Ich sehe unser großes Entwicklungspotential und wir stecken dabei im Jammertal. Wir haben noch Wiedergutmachungsschulden – auch solche, die aus dem Versuch der Wiedergutmachung entstanden sind. Diese Wiedergutmachung hat aber nicht in Form von Geld und abgelegten Kleidern zu erfolgen, sondern in der Weise, daß wir unser Haus in Ordnung bringen, so daß es ein Vorbildfunktion für die Menschen in anderen Staaten erfüllen kann. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe für jüdische und nichtjüdische Bürger in unserem Land. TA

Zur Abdankung von Rot-Grün

Nun sind sie wieder am Ende mit ihrem Latein, die Politiker aller Parteien. An eine Reform, die dringend notwendig ist, haben sie alle nicht gedacht: an eine Reform der Parteiendemokratie. Die kann nur darin bestehen, dass man die Parteien als Staat bildende Einrichtung abschafft und sie auf die Mitwirkung beschränkt, so wie es im Grundgesetz steht. Das heutige Parteiensystem hat nun lange genug bewiesen, dass es absolut untauglich ist, die anstehenden Probleme in einer Demokratie zu lösen. In einer Gesetz gebenden Versammlung haben Parteien nichts zu suchen. So lange wir diese Reform in Form der strikten Gewaltenteilung von Regierung und Gesetz gebender Versammlung nicht durchführen, kommen wir aus der unendlichen Kette der politischen Debatte nicht heraus. Wir benötigen dafür eine absolut überparteiliche Einrichtung, die frei von Interessen und Lobby die für alle gleich gültigen Gesetze schafft. Sie muss von Persönlichkeiten gebildet werden, die im Ansehen beim Volk nicht - wie heute die Politiker - an letzter Stelle rangieren. Die jetzige Art ist eine Privilegienmaschine, die uns in den Dschungel geführt hat, in dem undurchsichtige Machtkämpfe stattfinden, wo kein wirklicher Frieden und keine dauerhafte Ordnung entstehen kann.

In der Politik darf es nicht mehr um Macht gehen, sondern nur noch um die Vernunft. Wir als Deutsche, die auch einen Imanuel Kant hervorgebracht haben, könnten doch einmal den Anfang machen. Die Aufklärung ist kein einmaliges historisches Ereignis der Vergangenheit, sondern ein fortdauernder Prozess. Sie wird immer gegen die Widerstände angehen müssen, die ihr durch Gewohnheit, Vorurteile und bestehende Machtverhältnisse entgegen stehen.

Dr. Gehardus Lang per E-Mail

(Leserbrief aus *HumanWirtschaft*, Heft Sept./Okt. 2005. www.humanwirtschaft.org)